Nr. 1. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Verbrechen der Gesellschaft!

Ein Entsetzen durchfuhr ganz Berlin, als in den Weihnachtstagen plötzlich das große Sterben im Obdachlosenasyl anhub. Die Erklärung der Sachverständigen, daß es sich um eine Fischvergiftung handelte, vermochte die Gemüter nur für den ersten Augenblick zu beruhigen, da die Erkrankungen und Todesfälle sich Tag für Tag häuften, und die rätselhafte Krankheit einen solchen Umfang annahm, daß man kaum noch an die Möglichkeit einer Fleisch- oder Fischvergiftung denken konnte. Nun soll es ja auch keine Fischvergiftung, wenigstens nicht in erster Linie, sondern eine Vergiftung durch Methyl-Alkohol gewesen sein. Die Tatsache, daß nach der Schließung mehrerer Destillen, in denen nachweislich mit Methyl stark versetzter Schnaps verschenkt worden, die Krankheit plötzlich erloschen zu sein scheint, gibt dieser neuesten Erklärung immerhin einige Wahrscheinlichkeit. Die Furcht vor einer Verseuchung ganz Berlins freilich war schon nach einigen Tagen geschwunden, als sich herausstellte, daß die Erkrankungen sich auf die Asylisten zu beschränken schienen, also keinen infektiösen Charakter trugen. Die honette Gesellschaft atmete auf und es blieb nur ein von Grauen und Mitleid gemischtes Gefühl zurück, mit dem man die Elendsschilderungen las, die von den Zuständen im Obdachlosenasyl und dem riesigen Umfang des furchtbarsten sozialen Elends Kunde gaben. Sollte jedoch die Krankheit für diesmal endgültig ihr Ende erreicht haben, so wird die schauerliche Katastrophe, die sich unter den Asylisten diesmal gerade zwischen Weihnachten und Neujahr abspielte, bald in wenigen Tagen für unser Bürgertum wieder völlig vergessen sein. Höchstens wird die geheime Furcht zurückbleiben: Welches Unheil könnte über die große Masse der Bevölkerung gebracht werden, wenn faktisch einmal im Obdachlosenasyl eine ansteckende Seuche ausbräche und nicht sofort erkannt würde!

Für alle aber, welche die entsetzlichen Zustände, die unser kapitalistisches System mit sich bringt, nicht als eine unvermeidliche Begleiterscheinung unserer „göttlichen" Weltordnung auffassen, ist die Affäre im Obdachlosenasyl mit dem Erlöschen der Krankheit keineswegs erledigt! Vielmehr muß mit aller Eindringlichkeit immer und immer wieder die Frage aufgeworfen werden: **Was hat die Gesellschaft zu tun, um die furchtbaren Zustände solchen Massenelends zu beseitigen?**

Freisinnige Kommunalpolitiker werden die Antwort geben, daß eben so gut wie nichts getan werden könne. Denn solange es Erwerbs- und Obdachlose gäbe und solange das Elend zur körperlichen und moralischen Verkommenheit führe, werde auch das Obdachlosenasyl trotz aller Bemühungen seiner Leitung für Sauberkeit und Ordnung keine hygienische Musteranstalt sein können. Würden auch am Morgen nach dem Verlassen der Obdachlosen die Säle mit der peinlichsten Sauberkeit gereinigt, so wälzt sich doch am Abend mit den Obdachlosen auch wieder die Schlammflut des Elends und des Schmutzes in die Räume hinein. Diese Antwort könnte plausibel klingen, wenn ihr nicht die Frage entgegengesetzt werden müßte: Gibt es denn kein Mittel, um eben den **Zufluß von Elend, von körperlicher und moralischer Verkommenheit zum Versiegen zu bringen?**

Das freilich werden wir Sozialdemokraten zu allerletzt bestreiten, daß eine Kommune allein den Augiasstall von Not und Elend, den die ganze Gesellschaftsordnung aufhäuft, nicht auszuspülen vermag. Es ist eben Sache des Zusammenarbeitens der kommunalen und der staatlichen Organe, der Ursache des Massenelends entgegenzutreten.

Es ist natürlich, daß eine Dreieinhalb-Millionenstadt wie Groß-Berlin aus dem ganzen Lande das Elend an sich zieht. Unter dem zuströmenden Proletariat, das in Berlin Arbeit und Brot zu finden hofft, befinden sich viele, die in ihren Hoffnungen getäuscht, bald der bittersten Not zum Opfer fallen und das Obdachlosenasyl in Anspruch nehmen müssen. Viele Asylisten verlassen dann wieder Berlin, um anderwärts wieder ihr Glück zu versuchen, manche Elemente indessen bleiben zurück, geraten in immer furchtbarere Not, suchen im Alkohol Betäubung und bilden schließlich den Bodensatz der großstädtischen Bevölkerung, aus dem sich das niedrigste Verbrechertum, Säufer und Bettler rekrutieren.

Unser Polizeistaat greift nun hier mit drakonischer Härte zu. Wer häufiger als zulässig das Asyl besucht, wandert ins Arbeitshaus; wer bei irgendeiner Straftat ertappt wird, landet in das Gefängnis gesteckt; wer einer schweren Krankheit zum Opfer fällt, findet vorübergehend Aufnahme in einem Krankenhause, um dann freilich nach dürftigster Wiederherstellung wiederum dem alten Elend preisgegeben zu werden. Nur die ärgsten Pharisäer können sittliche Entrüstung über die „Verkommenheit" dieser Elemente aufbringen. Sie führen ja Arbeitslosigkeit und Alkoholismus vielfach auf Arbeitsscheu und Hang zum Faulenzen zurück, während in Wirklichkeit diese Eigenschaften etwas so Angeborenes, jedem gesunden Instinkt Widerstrebendes sind, daß sie sich bei von Haus aus gesunden Individuen nur als Folge des Elends und der völligen äußerlichen und moralischen Entnervung herausbilden können. Außerdem befinden sich unter dem Lumpenproletariat der Großstädte zahllose geistig Minderwertige, Epileptiker und dergleichen, die zur Arbeit entweder gar nicht oder nur vorübergehend fähig sind und deshalb immer wieder in den Schmutz der Gosse hinabgestoßen werden.

Dazu kommt, daß die „Erziehungsmittel", die der Polizeistaat in Arbeitshäusern anwendet, meist nur die Wirkung haben, daß dem Inhaftierten der letzte Rest von Selbstvertrauen und Menschenwürde ausgetrieben wird. Daß unsere Gefängnisse und Zuchthäuser vielfach eine Hochschule für das Verbrechen sind, daß unsere Arbeitshäuser die ihnen überwiesenen Korrigenden erst recht zu stumpfsinnigem und widerstandslosem Material degradieren, ist ja selbst von bürgerlicher Seite nur zu oft zugestanden worden. Und haben doch selbst die zahlreichen grauenhaften Enthüllungen aus sogenannten Fürsorgeanstalten für Jugendliche den Beweis geliefert, daß diese Anstalten zum Teil geradezu geeignet sind, den bedauernswerten Zöglingen Abscheu und Empörung gegen ihre „Pfleger" einzuflößen und verbrecherische Instinkte zu erzeugen.

Einmal also sind die Institutionen, die unser kapitalistischer Staat gegen das Massenelend errichtet hat, völlig unzureichend, zum andern aber tragen sie einen derartigen Charakter, daß der erzieherische Effekt völlig ausbleiben muß, so daß die Mehrzahl der ehemaligen Internierten wiederum dem Verbrechen und dem Alkoholismus verfällt. Wollte man auch nur jenes soziale Elend, das sich uns in dem Stammpublikum der Obdachlosenasyle präsentiert, beseitigen, so wären **ganz andere** Maßnahmen erforderlich, so gebrauchte man **vernünftige**, nach wirklich **humanen** und **pädagogischen** Grundsätzen eingerichtete Fürsorgeanstalten und Heimstätten für die der Arbeit Entfremdeten, so gebrauchte man **zahlreiche Krankenhäuser und Heilanstalten** für die Kranken und die geistig Minderwertigen, so gebrauchte man mit einem Wort Wohlfahrtseinrichtungen, wie sie der heutige Staat nicht besitzt und nicht schaffen will! Er will sie nicht schaffen, weil ihm angeblich die Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen. In der Behauptung, daß für solche Zwecke die Mittel nicht ausreichten, offenbart sich eben der **brutal unsoziale Charakter unseres heutigen Klassenstaates** und unserer herrschenden Klasse, die in Staat und Gemeinde einstweilen das Szepter in Händen haben. Denn in Wirklichkeit müßten nicht nur, sondern könnten auch leicht die Mittel aufgebracht werden, um wenigstens so schauderhafte und empörende Zustände zu beseitigen, wie sie sich in unseren großstädtischen Obdachlosenasylen offenbaren. Wenn auch nur ein **kleiner Teil** der vielen Hunderte von Millionen, die gegenwärtig von unserer herrschenden Klasse für den **aberwitzigen Militarismus** in seinen verschiedensten Erscheinungsformen vergeudet werden, für die Milderung und Ausrottung des entsetzlichsten Elends aufgewendet würden, so könnte diese unauslöschliche Schande unserer „göttlichen" und „christlichen" Weltordnung sehr wohl beseitigt werden!

Es ist freilich nur äußerst geringe Hoffnung vorhanden, daß bei unseren gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Zuständen trotz der furchtbaren Mahnung der Berliner Katastrophe irgendetwas Durchgreifendes geschehen wird! Da unser Militarismus und unsere Flotte ja immer neuen Appetit entwickeln, so daß man zur Befriedigung ihrer Ansprüche sogar noch zu neuen Steuern wird greifen müssen, wird für die Aermsten der Armen in der Tat kein Geld vorhanden sein. Die Gemütserschütterung über die Schreckensvorgänge wird sich bald legen. Unsere **herrschenden Klassen erfahren ja von diesen gräßlichen Zuständen nichts**, wenn nicht gerade einmal eine besondere Katastrophe den Vorhang von dieser sozialen Tragödie zieht. So wird man schon in einigen Wochen nicht mehr daran denken, daß es Hunderte und Tausende von Menschen in Berlin gibt, die wie aasfressende Tiere die widerlichsten Abfälle hinunterschlingen müssen, um den quälenden Hunger zu stillen, die den greulichsten Fusel trinken müssen, um ihr grauenhaftes Elend wenigstens für Stunden zu vergessen, selbst auf die Gefahr hin, noch obendrein **vergifteten** Fusel vorgesetzt zu erhalten, da unsere agrarische Gesetzgebung durch die enorme Schnapsverteuerung skrupellose Händler anreizt, das schauderhafte Getränk durch den Zusatz giftiger Stoffe zu verfälschen!

Die Sozialdemokratie aber erhebt **schwerste Anklage** gegen unsere herrschende Klasse! Denn sie ist es, durch deren Schuld viele Tausende von Menschenbrüdern in das äußerste Elend hinabgestoßen und zu Halbtieren entwürdigt werden! Sie ist es, die Milliarden für Zwecke des Völkermordes verschwendet, aber kein Geld hat, um auch nur das schreiendste Elend, die gräßlichste Not zu bekämpfen. Das entsetzliche Ende der 71 Asylisten ist ein Posten in dem **Schuldkonto unserer herrschenden Klasse**, ein kleiner Posten nur, verglichen mit der Unmasse von Elend und Schmach, das unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung über unzählige Tausende verhängt! Jeder menschlich Fühlende, jeder human Denkende sollte deshalb am 12. Januar durch das Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten für sein Teil dazu beitragen, daß endlich an die Stelle unserer heutigen Gesellschaftsordnung Zustände treten, deren sich die Kulturmenschheit nicht länger zu schämen braucht!

Amtliche Wahlmache.

Der Minister des Innern hat bekanntlich die Anweisung gegeben, daß als Wahllokale bei der bevorstehenden Reichstagswahl **solche Räumlichkeiten** ausgewählt werden, die durch ihre Größe und ihren ganzen Charakter zur Vollziehung eines ordnungsmäßigen Wahlgeschäfts besonders geeignet sind. In **offener Auflehnung** gegen diese Anweisung sind die Herren Landräte jedoch bemüht, als Wahllokale gerade **solche** Räumlichkeiten auszusuchen, die als **gänzlich ungeeignet** zu solchen Zwecken betrachtet werden müssen! So ergibt sich aus einer amtlichen Veröffentlichung der Nr. 96 des Züllichau-Schwiebuser „Kreisblattes", daß sich unter 99 Wahllokalen **nur zwei Gasthöfe** und **10 Schulstuben** befinden, daß jedoch in **57 Fällen** in der **Wohnung des Wahlvorstehers bezw. Amtsvorstehers** die Wahl vorgenommen werden soll!

Die Ausrede, daß in manchen Wahlbezirken keine geeigneten Wahllokale aufzutreiben gewesen seien, ist völlig hinfällig. Denn die Wahlbezirke sind zum Teil **so klein**, daß nur **15 Wähler** auf sie entfallen! Hätte man größere Wahlbezirke gewählt, so hätte es auch nicht an den nötigen Gaststuben oder Schulräumen gefehlt! Aber man hat wohl gerade deshalb so kleine Wahlbezirke geschaffen, um die Wohnung des Amtsvorstehers zum Wahllokal machen zu können! Man hatte dabei zweifellos auch die Absicht, **nach Möglichkeit die Geheimhaltung des Wahlergebnisses zu durchkreuzen!** Denn daß sich bei einer Stimmenabgabe von nur 1½ oder 2 Dutzend Wählern die Abstimmung der Wähler viel schwerer geheim halten läßt als dort, wo zahlreiche Wähler ihre Stimmkuverts abgeben, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden! Das landrätliche Vorgehen bedeutet deshalb nichts Geringeres, als einen **Verstoß gegen die gesetzliche Bestimmung**, die eine **geheime Abstimmung** vorschreibt! Wir erwarten, daß die Behörden sofort diese landrätliche Taktik durchkreuzen und Maßregeln treffen werden, die eine Durchführung der gesetzlichen Vorschriften garantieren!

•

Mit welch gesetzwidrigen Mitteln speziell im Kreise Züllichau-Krossen gearbeitet wird, beweist folgendes Schriftstück:

> **Wir Endesunterschriebenen erklären hiermit, daß wir bei der am 12. Januar 1912 stattfindenden Reichstagswahl den Herrn Dr. Wienbeck, Sekretär der Handelskammer in Hannover, wählen und unsere Stimme geben.**
>
> Glauchow, den 27. Dezember 1911.
>
> gez. Steinsch, Gemeindevorsteher.
>
> Alb. Schulz. Paul Womischke. Gottlieb Bischoff. Friedrich Weimann. Martin Tschammer. Robert Panch. Gustav Klos usw.
>
> (Das Zirkular trägt zirka 50 Unterschriften.)

Der Gemeindevorsteher scheut sich also nicht, in **amtlicher Eigenschaft** Aufrufe in die Welt zu setzen, durch die die Wähler dem nationalen Kandidaten als Stimmvieh zugeführt werden sollen. Wir erwarten, daß auch diese Gesetzwidrigkeit sofort gerügt wird!

Daß sich auch in diesem Falle das Wahllokal natürlich im Amtszimmer des Glauchower Gemeindevorstehers Herrn Steinsch befindet, versteht sich wohl von selbst!

Alles oder nichts!

Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie gegen alle Arbeiterschutzgesetze stimmt, weil sie dem Alles oder nichts-Standpunkt huldige, gehört mit der Variation, daß sie auch deswegen dagegen stimme, damit die Arbeiter immer elend und unzufrieden, also „revolutionär" bleiben, zu den allerältesten Stinkbomben der nationalen Wahlagitation. Früher wurden derlei Vorwürfe nur durch Konservative und Sozialistenfresser erhoben, heute sind es auch das Zentrum und die Liberalen, die gemeinsam mit dem Reichsverband zur Beschmutzung der Sozialdemokratie den alten Tratsch daher beten.

Wie sieht es mit der **Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den großen Arbeiterschutzgesetzen in Wirklichkeit** aus?

Die Flugblätter des Zentrums, der Nationalliberalen und der „geeinigten" Liberalen schreiben mit geradezu beängstigender Einmütigkeit: Die Sozialdemokratie stimmte gegen die Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung, z. B. gegen das Krankenversicherungsgesetz von 1883, gegen das Unfallversicherungsgesetz von 1884 und gegen das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz von 1889.

Sehen wir uns einmal diese drei Behauptungen etwas genauer an.

Der Krankenversicherungsentwurf war dem Reichstage, in welchem die Sozialdemokratie ganze 12 Sitze inne hatte, mit dem zweiten Unfallversicherungsentwurf zugegangen (darüber siehe weiter unten), nur das Krankenversicherungsgesetz wurde am 31. Mai 1883 angenommen.

Der sozialdemokratischen Fraktion verweigerte man einen Sitz in der Kommission, die 50 Sitzungen abhielt! Sie konnte ihre Wünsche nur im Plenum vortragen! Nach ihrer Forderung sollten versicherungspflichtig sein:

> alle Angehörigen des Deutschen Reiches, sowie alle dauernd in Deutschland sich aufhaltenden Ausländer, welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein Einkommen bis zu 7,50 Mark pro Tag haben.

Als Mindestleistungen wurden gefordert:

vom ersten Krankheitstage an für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit Krankengeld in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, mindestens aber 2 Mark bei den Berufskrankenkassen;

freie ärztliche Behandlung und Arznei;

eine Wöchnerinnen-Unterstützung von sechs Wochen;

im Todesfalle eine die Begräbniskosten deckende Unterstützung;

die bestehenden Fabrikkrankenkassen sollen aufgelöst werden;

für die freien Hilfskrankenkassen war der Weg von jedem Hindernis freizumachen versucht.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes war man der sozialdemokratischen Forderung, alle Angehörigen des Deutschen Reiches zu versichern, so weit entgegengekommen, daß die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter beschlossen wurde. Die Konservativen und das Zentrum erklärten gemeinsam: Wir lassen das ganze Gesetz scheitern, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht wieder aus der Versicherung herauskommen! Alles was wir wollen oder nichts, war ihr Standpunkt.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit Gelächter abgelehnt. Unter den 99 Stimmen, die gegen das ganze Gesetz gezählt wurden, befanden sich 60 (!) linksliberale! Selbstverständlich auch die 12 Sozialdemokraten. Zwei Drittel der ablehnenden Minorität setzte sich also aus der Partei zusammen, die heute Flugblätter mit unterschreibt, in denen der Sozialdemokratie wegen ihrer Ablehnung der Krankenversicherung von 1883 der Vorwurf der sinnlosen Negation gemacht wird!

Nun zum Unfallversicherungsgesetz von 1884.

Schon im Jahre 1878 verlangte die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages die Anwendung der scharfen Haftung, gemäß dem Haftpflichtgesetz für Eisenbahnunternehmungen, auf die Unternehmer aller, auch der landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe. Ein Jahr später kam Bebel mit dem Vorschlag — der verwirklicht worden ist — Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf alle Unternehmer und als Grundlage dafür eine Zwangsversicherung der Unternehmer in einer Reichsanstalt. Das war zu der Zeit, als die drei vereinigten liberalen Parteien noch das alte Haftpflichtgesetz für eine ihrer sozialpolitischen Großtaten hielten.

1881 kam der erste Unfallversicherungsentwurf mit dem Bebelschen Gedanken einer Reichsversicherungsanstalt und Unfallgenossenschaften. Das Zentrum und die Nationalliberalen erklärten sich aber strikt gegen jeden Zuschuß aus der Reichskasse. Sogar die Konservativen verließen diesen verdrehten Standpunkt bei der zweiten Lesung. Die Regierung mußte den ganzen Entwurf, durch Zentrum und Nationalliberale gezwungen, zurückziehen! Die Nationalliberalen erklären heute trotzdem in den Flugblättern: Die Sozialdemokraten stimmten aus lauter Begeisterung an der Unzufriedenheit gegen die großen sozialpolitischen Gesetze.

November 1881 kam die soziale Botschaft Wilhelms I. Aus der Peitsche des Sozialistengesetzes wurde das Zuckerbrot der Sozialgesetzgebung. Trotzdem arbeitete die kleine sozialdemokratische Fraktion eifrigst mit an dem neuen Entwurf von 1884, der 1885 angenommen wurde und zwar gegen die sozialdemokratischen und die fortschrittlichen Stimmen! Also auch hier hat der Liberalismus mit gegen die sozialpolitischen Gesetze gestimmt!

Das Zentrum kämpfte mit wütender Leidenschaft gegen jede staatliche Versicherung, die „Germania" bezeichnete die Versicherungsgesetze als eine Anbahnung des sozialistischen Staates. Erst als der zweite Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes durch Bismarcksche Konzessionen an die Arbeiterfeindschaft des Zentrum verschlimmert schien, stimmte dieses dafür, nicht weil den Arbeitern genug geboten worden, sondern weil es genügend wenig war!

Als der Invaliditätsversicherungs-Gesetzentwurf kam, stürzte sich die sozialdemokratische Fraktion sofort wieder in die eifrigste positive Arbeit. Sie erreichte die Beseitigung der Quittungsbücher, die Annahme der Quittungskarten mit gesunden Bestimmungen gegen den geheimen Mißbrauch zur Kennzeichnung unangenehmer Arbeiter.

Die weiteren sozialdemokratischen Forderungen lauteten:

Sicherstellung der freien Hilfskassen,

Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Unternehmer mit weniger als 2000 M. Einkommen,

Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters ist schon dann vorhanden, wenn er nur noch die Hälfte seines früheren Verdienstes erarbeiten kann,

die Altersgrenze ist von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen,

die Wartezeit ist auf 20 statt 30 Jahre festzusetzen,

Erhöhung des Reichszuschusses und Einbringen der Mehrkosten durch direkte Besteuerung der großen Einkommen,

Schaffung einer einheitlichen Reichsversicherungsanstalt.

Die bürgerlichen Parteien bekämpften diese Anträge mit der größten Wut, zum Teil sogar das ganze Gesetz. Das hat gerade beim Zentrum so lange nachgewirkt, daß die „Kölnische Volkszeitung" noch am 12. September 1896 (!) erklärte:

„Das Zentrum ist für Invaliditäts- und Altersgesetz nicht verantwortlich. Dies festzustellen, ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht von Interesse ..."

Gegen das Gesetz stimmten Sozialdemokraten, die Deutschfreisinnigen, das Zentrum (mit 18 Ausnahmen), die Polen, die Welfen, die Elsässer und 11 Nationalliberale! Trotzdem steht heute überall in Zentrumsflugblättern und in solchen der liberalen Parteien die dumme Behauptung, die Sozialdemokratie sei deswegen völlig negierend und unfruchtbar, weil sie unter anderem auch gegen das Invalidenversicherungsgesetz gestimmt habe!

Lügen, nichts als Lügen sind es! Fest steht, daß die Sozialdemokratie schon Jahrzehnte vor der sozialpolitischen Einkehr der bürgerlichen Parteien die Grundprinzipien unserer heutigen Arbeiterschutzgesetzgebung eifrigst verfochten hat. Sie hat an den drei großen Versicherungsgesetzentwürfen eifrigst mitgearbeitet, trotzdem die bürgerlichen Parteien sie nicht einmal in die Kommissionen ließen, und trotzdem die ganze damalige Sozialgesetzgebung nur ein anderer Versuch war, die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen!

Zur Reichstagswahl.

Wie es gemacht wird!

Die öffentlichen amtlichen Wahlbeeinflussungen nehmen ihren Anfang. Aus dem Wahlkreise Guhrau-Steinau-Wohlau, den der konservative Graf Carmer seit 20 Jahren im Reichstage vertrat und wo er auch wieder als Kandidat aufgestellt ist, wird uns berichtet, daß dort ein Flugblatt für den Grafen Carmer verbreitet wird, welches nicht weniger als

1 Landrat,
1 Bürgermeister und
91 Gemeindevorsteher

mit ihrem vollen Amtstitel unterzeichnet haben. Im ganzen Wahlkreise sind 111 Gemeinden, also nur wenige Gemeindevorsteher fehlen, und der gesamte amtliche Apparat treibt öffentliche ungesetzliche Agitation zugunsten des konservativen Kandidaten.

Nach den Gepflogenheiten der Wahlprüfungskommission und des Plenums sind Wahlen, bei denen Wahlaufrufe mit den Unterschriften von Amtspersonen unter Hervorhebung ihrer Amtseigenschaften verbreitet wurden, für ungültig zu erklären. Demnach wäre das Mandat des Grafen Carmer schon ungültig, bevor er gewählt ist.

* * *

Mit Hochdruck

wird in Rothenburg-Hoyerswerda, Schlesien, für den Landrat Hegenscheidt, der dort kandidiert — selbstverständlich für die Junkerpartei —, gearbeitet. Das „Berliner Tageblatt" hat den Mann auf den Vorwurf der vaterlandslosen Gesinnung hin wegen verleumderischer Beleidigung verklagt. Nun wird folgende interessante Einladung veröffentlicht, die an verschiedene Vereine des Kreises erging:

Am 6. Januar findet in der Kaupe eine von mir einbe-
„Sehr geehrter Herr ... !

Am ... Januar findet in der Kaupe eine von mir einberufene Versammlung vaterlandsliebender Wähler unter meinem Vorsitz statt. Der Herr Landrat wird sprechen. Ich darf wohl erwarten, daß Sie vollzählig erscheinen und wohl am 6. 1. wie am 12. 1. Ihrer Stimmung für Herrn Landrat Ausdruck geben. Ich würde es als persönliche Kränkung empfinden, wenn Sie mich sowohl am 6. 1. wie am 12. 1. im Stich lassen würden. Ich habe mich doch bemüht, mit den Ruhländern auf freundschaftlichem Fuße zu stehen und darf nun wohl diese Gegenleistung zum Wohle des Vaterlands verlangen.

Hochachtend
Ulrich Prinz Schönburg."

* * *

Konservative Bier-Wähler.

In Ottendorf, zum Wahlkreis Bunzlau-Lben gehörend, wo der Junker Aus dem Winkel kandidiert, gab es am letzten Sonntag gelegentlich einer Zusammenkunft aller patriotisch gesinnten Wähler 8 Viertel Bier, 300 Zigarren und diverse Liter Junker-Fusel. Alles auf Kosten des Rittergutsbesitzers Förster, der auch einer von denen ist, die über die Not der Landwirte nicht laut genug schreien können. Selbstverständlich wurde den anwesenden Reflektanten auf Freibier klargemacht, daß sie als Gegenleistung nur konservativ zu wählen hätten.

* * *

Zwei Zentrumskandidaten in einem Kreise.

Aus Trier wird berichtet: Die mit dem offiziellen Zentrumskandidaten Astor unzufriedene Wählerschaft des Wahlkreises Wittlich-Bernkastel stellte Dr. med. Drautzburg in Wittlich als zweiten Zentrumskandidaten auf.

* * *

Saalabtreiberei.

Wie uns aus dem Wahlkreise Bamberg gemeldet wird, wollten dort am vergangenen Sonntag unsere Genossen in dem bisher vollkommen sozialistenreinen Orte Reichmannsdorf eine öffentliche Wählerversammlung abhalten. Lokal und Referent waren bestellt; aber als unsere Genossen am Sonntag im Orte erschienen und mit der Versammlung beginnen wollten, wurde ihnen vom Wirt folgendes Schreiben vorgezeigt:

Freiherrl. von Schrottenbergsche Güteradministration.
Reichmannsdorf, den 31. Dezember 1911.

An Herrn Freitag, hier.

Nach § 30 der Bedingungen über die Verpachtung des herrschaftlichen Wirtshauses ist zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in den gepachteten Lokalitäten die herrschaftliche Genehmigung notwendig.

Die unterzeichnete Güteradministration versagt anmit die Genehmigung zur Abhaltung der auf heute Abend 6 Uhr durch Anschlag einberufenen Volksversammlung.

Freiherrl. von Schrottenbergsche Güteradministration
Stöckel, Amtmann.

Dank dem rechtzeitigen Eingreifen der freiherrlichen Güteradministration ist also an diesem Sonntag die Infizierung der braven Reichmannsdorfer mit sozialdemokratischem Gift unterblieben. Der feudale Herr Junker aber wird an dem in seinem Auftrage erlassenen Versammlungsverbot seine helle Freude erleben. Die Entrüstung unter den zahlreich erschienenen Versammlungsbesuchern war äußerst groß und hat unseres Erachtens mehr genützt als die beste abgehaltene Versammlung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar 1912.

Der verspätete Bethmannsche Silvesterbrief.

Seit Wochen beklagt sich die konservative und industriell-scharfmacherische Presse, daß es der Regierung noch immer nicht gelungen ist, eine schöne, zugkräftige, nationale Wahlparole zu finden. Was dem Bülow-Dernburgschen Regiment möglich war, so meint diese Presse, dürfte doch dem Genie eines Bethmann Hollweg nicht unmöglich sein. Vielfach hatte man geglaubt, zu Weihnachten oder doch mindestens zum Silvesterabend werde die „Nordd. Allgem. Zeitung" einen fulminanten Artikel aus dem Reichskanzler-Palais veröffentlichen, der, nach dem Rezept des bekannten Bülowschen Silvesterbriefes verfaßt, die sogenannten „nationalen Volkselemente" zum heiligen vaterländischen Kampfe für die teuersten Güter der Nation, nämlich für die Schnapsprämie, Brotverteuerung, den Handelsprofit und die Kolonialausbeutung, gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie aufruft. Und endlich hat die Regierung eingesehen, daß es ihre heilige Pflicht ist, diesem Wunsch der „wahrhaft nationalen" Parteien nachzukommen. Zwar zum Silvesterabend ist dieser Wahlaufruf der Bethmannschen Regierung nicht mehr fertig geworden. Was ein halbwegs gewandter Redakteur in einer halben Stunde niederschreibt, dazu gebraucht der Philosoph von Hohen-Finow mit seinen Geheimräten immerhin einige Tage. Und wenn die Fülle der tiefsinnigen Gedanken endlich nach langen Geburtswehen zu Papier gebracht ist, beginnt erst noch das stilistische Nachfeilen, das wiederum einige Tage in Anspruch nimmt. So ist denn der Silvester-Wahlaufruf der Regierung erst heute, am 2. Januar, erschienen. Also etwas verspätet; dennoch rechtfertigt er in keiner Weise das bekannte Sprichwort: „Was lange währt, wird gut!" Was der Wahlaufruf enthält, hat schon zmal in der „Deutschen Tagesztg." gestanden, und zwar in weit besserer stilistischer Form. Die Verfasser hätten also viel gescheiter getan, einige Ausschnitte aus patriotischen Leitartikeln des Herrn Georg Oertel zusammenzukleistern.

Der „Zur Reichstagswahl" überschriebene Regierungs-Wahlaufruf der „Nordd. Allg. Ztg." schildert zunächst die herrliche Entwicklung, die Deutschland nach den bescheidenen Ansprüchen seines heutigen Kanzlers in den letzten Jahrzehnten genommen hat:

Wer unbefangen die Entwicklung Deutschlands in den letzten vier Jahrzehnten überschaut, wird finden, daß ihr Gesamtergebnis zu pessimistischen Betrachtungen keinen Anlaß gibt. Der innere Ausbau des Reichs ist kräftig gefördert. Die in der Verfassung vorgesehenen Institutionen haben sich zu leistungsfähigen Organen entwickelt und fast allen der verfassungsmäßigen Einwirkung des Reichs zugänglichen Gebieten erfolgreich gewirkt. Die Einheit des Rechts und die Einheitlichkeit des Gerichtsverfahrens sind durchgeführt. Die noch vom Fürsten Bismarck inaugurierte Politik des Schutzes der nationalen Arbeit hat Landwirtschaft, Handel und Industrie zu hoher Blüte entwickeln helfen und die in der Nation schlummernden Kräfte zu machtvoller Betätigung geweckt. Die sozialen Verschiebungen, die dem schnellen wirtschaftlichen Aufschwung folgen mußten, haben sich ohne Erschütterungen vollzogen dank einer weitgehenden gesetzlichen Fürsorge für die arbeitenden Klassen und die wirtschaftlich Schwachen überhaupt. Trotz der erheblichen Aufwendungen, welche die sozialpolitische Gesetzgebung dem Reiche und dem Volke auferlegt hat, ist für die Schlagfertigkeit des Heeres ständig gesorgt und eine leistungsfähige Flotte geschaffen worden. Und wenn die Finanzpolitik des Reiches nicht immer den Anforderungen genügt hat, die die sachgemäße Erfüllung aller dieser Aufgaben an sie stellte, so können wir heute sagen, daß auch die Finanzen des Reiches auf einer festen Grundlage stehen, die uns ohne ernstere Sorgen kommenden Aufgaben entgegensehen läßt. Dies alles aber ist erreicht worden, weil der staatsrechtliche Aufbau des Reiches gesund ist, und weil die innere Kraft unseres Volkes durch den Kampf der Parteien wohl abgelenkt, aber nicht zerstört werden konnte."

Man sieht also: alles schwimmt in schönster Butterso aber es gilt diese Herrlichkeit zu erhalten, denn ernst, se ernst ist die Weltlage. Es gibt Völker, die nicht friedlieben sind und uns bedrohen; es gibt ferner andere, die in un Konkurrenten ihres Handels erblicken. Deshalb müssen wi ein starkes Heer und eine große Flotte haben, die genügen um Deutschlands Grenzen und Seeinteressen zu schützen.

Daraus folgt, so heißt es wörtlich weiter:

„Wir brauchen einen Reichstag, der bereit ist, unsere bisherig Wirtschaftspolitik, die Politik der Handelsverträge und des Schutze der nationalen Arbeit weiterzuführen.

Wir brauchen einen Reichstag, der bereit ist, unsere Sozial politik, die Bürgschaft einer friedlichen Entwickelung im Innern ruhig und besonnen fortzusetzen.

Wir brauchen einen Reichstag, der bereit ist, Heer und Flotte dauernd im Zustand höchster Leistungsfähigkeit zu erhalten und Lücken in unserer Rüstung zu schließen.

Bei der Lösung aller dieser Aufgaben pflegt die Sozialde kratie ihre Mitarbeit zu versagen. Darum ist die endliche Ueb windung dieser Partei, deren Bestehen eine Gefahr bedeutet f die nationale Geschlossenheit unseres Volkes wie für die Erhaltu des politischen, geistigen und sittlichen Erbes unserer Väter, ei Lebensfrage für unser Vaterland.

Wer sich das alles vor Augen hält, wird sich klar darüb sein, daß kein pflichtbewußter deutscher Mann am 12. Januar a der Wahlurne fehlen darf. Er kann auch nicht im Zweifel darüb sein, gegen wen er Front zu machen hat."

Und durch dieses naive Geschwätz glaubt die Regierur „die nationalen Volkselemente" zum großen Kampf gegen de „roten Umsturz" sammeln zu können?! Weit besser eign sich dieser schöne verspätete Silvesterbrief zur Agitation gegen das heutige Regierungssystem, denn es gesteht ein, daß die Regierung starke Vermehrungen des Land heeres und der Kriegsflotte plant!

Neuer Gestank aus dem Zentrumslager.

Die „Südd. Monatshefte", die vor kurzem den Brief de Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, des Herr Stegerwald, an den Herrn F. X. Bachem veröffentlichten kündigen neue Enthüllungen aus dem Zentrumslager an Die „Tägl. Rundschau" ist in der Lage, daraus bereits einige Auszüge veröffentlichen zu können. Höchst interessant ist de Brief eines Redaktionsmitgliedes der „Germania", au dem hervorgeht, daß der Verfasser des scharfe Briefes gegen die Kölner Richtung und Herrn Marti Spahn, der Ende November 1909 in der „Germania" erschie kein anderer ist als der Kardinal-Fürstbischof Kop von Breslau. Der Brief, der außerdem ein niedlich Licht auf die Zustände in der „Germania"-Redaktion wir lautet nach Mitteilung der „Tägl. Rundschau":

Kardinal Kopp hatte einen Artikel mit scharfer Spit gegen den Volksverein, Frauenbund usw. ei geschickt (der Redaktion der „Germania"), forderte i aber anderen Tages telegraphisch zurück. Hier wurde schlossen, ten Brink (Chefredakteur der „Germani nach Breslau zu schicken, weil die Sache heikel w Welche Direktive er erhielt, weiß ich nicht. Breslau fand er Prälat Franz (früherer Chefredakteur der „Germani der offenbar die ganze Sache eingerührt hat. Kopp war sehr gehalten über den Volksverein, behauptete auch, seine Rede auf Breslauer Katholikenversammlung habe seine Unzufriedenheit Meinung durchblicken lassen. Ten Brink brachte dann den Ar wieder mit, nachdem der letzte Teil über Volksv ein usw. abgeschwächt worden war. Ich habe ihn erst gesehen, als er im Blatt stand, überhaupt nicht gewußt, er in anderer Form gebracht werden sollte. Als nun Malheur fertig war, entstand großer Krach. D Direktor war wütend: Die Dummheit (des Kardinals) einige tausend Abonnenten. Der Volksverein war wü Die Zentrumsführer, die auf Seite des Vereins stehen, w wütend. Auf die Erklärung von Brandts schickte Kopp ein pfefferte Erwiderung, die eine unzweideutige Absage an Spahnschen Ideen forderte. Nun war die Verlegenheit erst groß: Sollte man die Entgegnung aufnehmen oder n Gestern (1. Dezember 1909) kam auch noch eine gang pfefferte Verteidigung von Straßburg, was die Annehmlichke Lage nicht verbesserte. Nun großes Schauri von fichtsrat und Volksverein bezw. Zentru führern. Ergebnis: Spahns Erklärung soll erst Kopp zug und dann Spahn zurückgegeben werden, damit er ihr ein giliantere Fassung gebe. Wie es nun weiter geht, ist no gewiß. Unser wütender Direktor hätte gern mich zum Sü bock gemacht, wiewohl sie mich vor einem halben Jahre

geschaltet haben. Ich hätte aufpassen sollen! Glücklicherweise bin ich weit vom Schuß und kann immer kühl erklären: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Jedenfalls ist die allgemeine Ansicht, daß ein riesiger Bock geschossen worden ist; es ist also nicht die Rede davon, daß der Artikel Billigung fände. Wenn auch verschiedentlich über Spahn harte Worte gefallen sind. Daß Prälat Franz die Sache bei Kopp eingerührt hat, geht auch wohl daraus hervor, daß erst nach vier Monaten auf den Spahnschen Artikel reagiert wird. Franz hat wohl auch den Artikel in den „Hist. polit. Blättern" geschrieben, ich erinnere mich des Artikels nicht, aber Dr. Spahn spricht in seiner Erklärung davon.

Ein neues Beispiel von dem sittlichen Einfluß der hehren katholischen Moral auf die hohen Würdenträger der Kirche und die frommen Zentrumsführer. Gestank über Gestank!

Der preußische Etat.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht in ihrer Silvesternummer den preußischen Staatshaushaltsetat für 1912. Auffällig ist, daß der Etat jetzt schon, einen halben Monat vor Eröffnung des Preußischen Landtags, amtlich zur Kenntnis gegeben wird, während sonst der Etat tropfenweise aus dem Geheimkabinett des preußischen Finanzministeriums sickerte. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 301 242 250 M. ab. Von den Ausgaben entfallen 228 607 350 M. oder 5,3 Proz. der Gesamtausgaben auf das Extraordinarium, gegen 214 050 253 M. oder 5,2 Proz. der Gesamtausgaben im Etat für 1911. Zur Herstellung des Gleichgewichts sind 19 000 000 M. als außerordentliche Einnahme eingestellt, die im Wege der Anleihe zu beschaffen ist. Im Etat für 1911 war diese außerordentliche Einnahme auf 29 900 000 M. bemessen. — Bei der Eisenbahnverwaltung ist in Aussicht genommen, neben den im Extraordinarium aufgebrachten Mitteln etwa 190 000 000 M. für die bestehenden Bahnen durch Anleihe bereitzustellen. Die Staatsschuld beläuft sich nach der Beilage B zum Etat der Staatsschuldenverwaltung auf 9 428 874 044 M., gegen 1911 — 102 803 152 M. Die Verminderung ist durch Rückkauf von Schuldverschreibungen und durch Einlösung unverzinslicher, auf Grund von Anleihegesetzen ausgefertigter Schatzanweisungen herbeigeführt. Von der Gesamtschuld entfallen auf die Eisenbahnverwaltung 7 223 670 000 M. und auf die Bergverwaltung 167 459 711 M.

In die Breite gehen die Ausführungen über die Bewilligung von Pensionen an Zivilbeamte, von gesetzlichen Witwen- und Waisengeldern, Pensionen und Hinterbliebenenbezüge für die Volksschullehrer und -lehrerinnen usw. Hierin scheint die Ursache für die frühere Veröffentlichung des Etats zu liegen. Die Blätter der rechtsstehenden Parteien setzen denn auch bereits ein, diesen Teil des preußischen Etats für den Wahlkampf sich nutzbar zu machen. Sie teilen mit, daß bei der Staatsregierung die Absicht besteht, zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse schon für das laufende Etatsjahr bei den Unterstützungsfonds im Wege der Etatsüberschreitung Mittel flüssig zu machen. — Ob das Dreiklassenparlament nach den Reichstagswahlen hierzu seine Zustimmung geben wird, das steht auf einem anderen Blatte.

Gouvernementale Wahlbeeinflussung.

Wie bei den Reichstagswahlen von 1907 versucht auch jetzt wieder die Regierung, einen Teil der unteren Staatsbeamten dadurch von der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels abzuhalten, daß sie ihnen Gehaltserhöhungen und schöne Titel verheißt. Aber die Mache zieht nicht mehr. Von verschiedenen Unter- und Subalternbeamten sind uns Briefe zugegangen, in denen über diese Versuche der Regierung bitter gehöhnt wird. So schreibt uns ein Postbeamter:

14 Tage vor den Wahlen

versucht der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke seinen Beamten ein Pflästerchen aufzulegen, indem er in dem Postamtsblatt folgenden Gnadenakt kundgibt:

1. Die Ernennung zum Post- und Telegraphensekretär erfolgt jetzt zwei Jahre früher, also schon mit 18 Jahren. (Kostet nichts.)

2. Diejenigen Unterbeamten, welche die Prüfung für den gehobenen Dienst ablegen, werden sogleich nach Bestehen derselben zu Ober-Postschaffnern bezw. Ober-Briefträgern ernannt. (Kostet nichts.)

3. Diese Titel erhalten auch Post-Unterbeamte, die eine 30jährige vorwurfsfreie Dienstzeit zurückgelegt haben. (Kostet nichts.)

Das also die erste Leistung des so sehr verhaßten obersten Chefs. Fürwahr eine glänzende Tat!

Einige Zeitungen bezeichnen dies als ein Weihnachtsgeschenk an das Personal der Post. (Lächerlich!) Mit Hohn und Spott ist diese Verfügung allgemein aufgenommen worden. Die Erbitterung greift weiter um sich.

Abg. Dr. Müller-Meiningen aus dem Richterbunde ausgeschlossen?

Die „Mil.-pol. Korresp." berichtet aus München, daß der bekannte fortschrittliche Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen unlängst durch die bayerische Abteilung des Deutschen Richterbundes von der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden sei. Der Ausschluß soll auf Antrag eines jungliberalen Amtskollegen Dr. Müllers erfolgt sein und zwar wegen der verallgemeinerten Angriffe, die Dr. Müller im Reichstage gegen den deutschen Richterstand erhoben habe und für die er den Beweis schuldig geblieben sei.

In den „Münchener Neuesten Nachrichten" erklärt Dr. Müller-Meiningen die Behauptung von seinem Ausschluß in allen ihren Teilen für völlig unwahr. „Ich habe im heurigen Frühjahr (1911) freiwillig meinen Austritt aus dem Richterverein in dem Moment erklärt, als mir aus einem Briefwechsel klar wurde, daß meine Stellungnahme zu der Frage der Laienrichter vor allem in der Berufungsinstanz zu der Anschauung der Mehrheit meiner Richterkollegen im Gegensatz stand."

Der Präsident des Deutschen Richtervereins, Herr Landgerichtsrat Dr. Leeb in Augsburg erklärt: „Die wiederholt aufgestellten Behauptungen, als sei Herr Dr. Müller-Meiningen aus dem Deutschen Richterverein ausgeschlossen worden, sind völlig unwahr."

Der persische Verzweiflungskampf.

Ein Appell aus Persien an das Internationale Sozialistische Bureau.

Brüssel, 30. Dezember 1911. (Eig. Ber.)

Das Internationale Sozialistische Bureau hat nachstehende Depesche des Provinzialrats von Täbris (Andschumen Jyaloti) erhalten, die an das persische Komitee von Konstantinopel (Andschumen Soadel) am 26. Dezember gerichtet war und von diesem brieflich nach Brüssel weitergesendet wurde:

„Die russischen Truppen sind in die Verwaltungsgebäude eingedrungen, haben die Schüler niedergemacht, die Häuser geplündert und die unbewaffnete Bevölkerung massakriert.

Die Einwohnerschaft sah lange diesen Handlungen zu und fühlte sich endlich getrieben, sich zu verteidigen. Es gelang ihr, die russischen Truppen zur Räumung der Verwaltungsgebäude zu zwingen. Sie begannen jedoch die Stadt von Bagh her, ihrem Lagerplatz, zu bombardieren. Die Aufregung und der Schrecken sind im Wachsen.

Am nächsten Tage stellte die Bevölkerung auf einen Befehl von Teheran hin, den Widerstand ein. Aber die russischen Soldaten fuhren fort, die Häuser zu bombardieren, zu plündern und in Brand zu stecken, die Passanten zu massakrieren, die Frauen und die Kinder vor den Augen ihrer Eltern zu vergewaltigen und zu töten. Wenn sie dieses Massaker, diese Plünderung, die Gewalttätigkeit und das Bombardement nicht einstellen, wird die Bevölkerung sich nicht weiter zurückhalten können, Widerstand zu leisten.

Wir bitten, diese Depesche den namhaften Zeitungen, den internationalen Bureaus von Europa und der zivilisierten Welt und dem Professor Browne mitzuteilen, damit sie sich von den barbarischen Gewalttätigkeiten der russischen Truppen gegen ein waffenloses und schuldloses Volk überzeugen können."

Ein Telegramm des gleichen Inhalts hat auch der Polizeichef von Täbris, Emir Heschmet, an das genannte Konstantinopeler Komitee gerichtet.

Henkerarbeit.

Täbris, 2. Januar. Ein gestern eingesetztes Feldgericht verurteilte den Agitator Scheich Selim, einen einflußreichen Mullah sowie den Führer Ibrahim und fünf andere Perser wegen der Ueberfälle auf die russischen Truppen zum Tode. Das Urteil wurde am selben Nachmittag in Anwesenheit einer großen Volksmenge vollstreckt.

Shusters Nachfolger.

Teheran, 2. Januar. Am Sonntagmorgen wurde bekanntgegeben, daß eine Kommission, bestehend aus dem Belgier Monard und drei Persern, die Amtspflichten des Generalschatzmeisters übernehmen würde. Indessen hat einer der Perser die Berufung abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

Rüstungskosten.

In der Vorsession der Delegationen jammerte der Kriegsminister v. Auffenberg über die zu geringen Leistungen für den Militarismus und Marinismus, und die Berliner „Patrioten"presse stimmt ihm in lauten Tönen bei. Es ist darum angebracht, daß das Kriegsbudget des 48 Millionen Einwohner, zumeist verelendete Proletarier, zählenden Reiches 1911 auf 528 Millionen Kronen angewachsen, die jährliche Steigerung um je 100 Millionen an laufenden und einmaligen Ausgaben auf 5 Jahre festgelegt ist. Die Marineausgaben stiegen seit 1897 von 28 auf 129 Millionen, 800 Millonen kostet die Annexion Bosniens mit der Mobilmachung und 310 Millionen der Flottenplan. Und das alles nennt man im Lager des kommenden Mannes Franz Ferdinand einen — elenden Brocken!

England.

Die Beziehungen zu Deutschland.

London, 2. Januar. „Daily Telegraph" schreibt: Soweit wir die Tendenzen der öffentlichen Meinung Englands interpretieren können, lehnt sich die Mehrheit der Engländer mehr und mehr dagegen auf, irgendwelche weitere ernste Unterbrechung in unseren richtigen, normalen Beziehungen zu Deutschland zuzulassen. Das ist eine neue Note in der internationalen Politik, die mit unverkennbarer Deutlichkeit ertönt. Die Entdeckung, die wir kürzlich gemacht haben, daß wir im letzten Herbst am Rande eines Krieges waren, hat den kriegerischen Geistern unter uns einen nützlichen Shock gegeben. Das Blatt wendet sich gegen einen Artikel Professor Zorns in der „Kölnischen Zeitung", bezeichnet die kürzliche Aeußerung Professor Delbrücks, England habe im Sommer beabsichtigt, ohne formelle Kriegserklärung über Deutschland herzufallen, als reine Legende und fährt dann fort: Wenn so zwei Nationen grundlose Erdichtungen über einander erfinden können, so muß etwas geschehen, um die Atmosphäre zu reinigen, die so mit Elementen gefährlichen Mißtrauens geladen ist. Das ist die Aufgabe, die unserer Diplomatie in den nächsten Monaten wartet. Es ist absurd anzunehmen, daß England und Deutschland immer nebeneinander leben sollen, ohne durch gegenseitige Vereinbarungen die natürlichen Interessen beider Länder zu sichern.

Der Krieg.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatze liegen heute keine besonders erwähnenswerten Nachrichten vor. Die italienische Kavallerie hat einige Rekognoszierungen vorgenommen, ohne auf den Feind gestoßen zu sein. General Caneva hat in Tripolis einen großen Neujahrsempfang veranstaltet, bei dem die eingeborenen städtischen Behörden usw. wieder eine Ergebenheitskomödie für Italien aufführen mußten.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die dortige Filiale der Banca di Roma durch die türkische Regierung geschlossen worden ist.

Eine Großtat hat das Ministerium Giolitti wieder begangen, indem es den Kriegskorrespondenten unseres italienischen Parteiblattes „Avanti", Michele Vaine aus Tripolis ausgewiesen hat.

Bedrohliche Lage der Italiener in Tunis.

Mailand, 2. Januar. Wie Giuliano Bonacci, der Korrespondent des „Corriere della Sera", aus Tunis schreibt, befindet sich die dortige italienische Kolonie in keineswegs ungefährlicher Lage. Nach den Unruhen vom 7. und 8. November haben viele Italiener, die sich unsicher fühlen, Tunis verlassen. Die französischen Behörden begriffen nicht, daß die Unruhen gegen alle Fremden und nicht nur gegen die Italiener gerichtet waren, und gewähren den Italienern nicht den nötigen Schutz. Sobald die Italiener die Mauern der Stadt Tunis verlassen, um auf den Feldern zu arbeiten, werden ihnen die Waffen abgenommen, während die arabische Bevölkerung auf dem Lande weiter bewaffnet bleibt. Nach dem Ausbruche des Krieges haben sich die arabischen Stämme von Tunis und die von Tripolis, die vorher in ständiger Fehde lebten, wieder ausgesöhnt und sich im Hasse gegen die italienischen Eindringlinge vereinigt.

Die Revolution in China.

Beschlüsse der Friedenskonferenz.

Schanghai, 2. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Friedenskonferenz beschloß am Sonnabend, daß jede Provinz Chinas drei Vertreter zu dem Nationalkonvent wählen soll. Auch die Mongolei und Tibet sollen durch je drei Abgeordnete vertreten sein. Die Einberufung der Abgeordneten wird zum Teil im Namen der Mandschus und zum Teil im Namen der provisorischen republikanischen Regierung erfolgen.

Neue Kämpfe.

Hankau, 31. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Waffenstillstand ist abgelaufen. Die Republikaner haben von Wutschang aus ein Gewehrfeuer gegen Hanjang eröffnet.

Peking, 1. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wie die Regierung bekanntgibt, haben 4000 Revolutionäre gestern abend Hankau angegriffen. Der Kampf dauert an. Die Kaiserlichen sind erfreut darüber, daß der Abschluß der Verhandlungen, der, wie man annimmt, unzweifelhaft einen Sieg der Republikaner bedeutet hätte, vermieden wird.

Hankau, 2. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Republikaner, die gestern die Feindseligkeiten eröffneten, hatten keine Nachricht von der Verlängerung des Waffenstillstandes.

London, 2. Januar. „Morning Post" meldet aus Schanghai vom 2. d. M.: Drei Kreuzer der Revolutionäre sind in Tschifu angelangt, welches als Basis für die Angriffe gegen Nordchina dienen soll.

Peking, 2. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Juanschikai war heute im kaiserlichen Palast. Wie das Auswärtige Amt erklärt, hat ihm die Kaiserin-Witwe 3 Millionen Taels zur Verfügung gestellt. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Nordarmee darauf brennt, den Kampf wieder aufzunehmen.

Die Vorgänge in der Mongolei.

Petersburg, 1. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Meldungen aus Uliasutai proklamierten die dortigen Mongolen die Autonomie und forderten den chinesischen Militärgouverneur auf, abzureisen. Als er sich weigerte, dies zu tun, ersuchten die Mongolen den russischen Konsul um seine Vermittelung.

Kalgan, 2. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Fürsten der Südmongolei, die der Dynastie ergeben sind, haben einstimmig beschlossen, die Regierung im Kampfe gegen die Revolution zu unterstützen; im Falle der Errichtung einer Republik aber von China abzufallen, und sich für unabhängig zu erklären.

Aus der Partei.

Zur Steuer der Wahrheit.

Die „Schwäbische Tagwacht" in Stuttgart bringt unter obenstehender Spitzmarke folgende Erklärung:

Unter Verantwortlichkeit und vom Verlag der Nationalliberalen Partei in Stuttgart wird im ganzen Lande ein Flugblatt verbreitet, worin die Veröffentlichung des Genossen Westmeyer in der Göppinger „Freien Volkszeitung" am 18. Dezember d. J. zugunsten der Nationalliberalen Partei auszuschlachten versucht wird. Dieses Verfahren einer politischen Partei, die Auslassungen eines Genossen, die lediglich seine persönliche Auffassung von bestehenden Differenzen darstellen, zu Wahlzwecken auszunützen, überlassen wir ruhig der Beurteilung der Wähler.

Als die Körperschaft, die als ausführendes Organ der Beschlüsse der Landesversammlung verantwortlich in Betracht kommt, stellen wir fest, daß die Landesversammlung im September 1911, nachdem etwa zwei Jahre lang der Streit innerhalb der Redaktion angedauert hatte, die Kündigung aller in Betracht kommenden Redakteure beschlossen hat. Der Austritt dieser Redakteure erfolgte am 1. Oktober. Dem Genossen Westmeyer wurde jedoch das volle Gehalt bis zum 31. Dezember 1911 im Betrage von 775 M. ausbezahlt. Schon im Juli 1911 war auf Beschluß der beiden Körperschaften (Landesvorstand und Landesausschuß) dem Genossen Westmeyer bei freiwilligem Austritt aus der „Tagwacht"-Redaktion angeboten worden, deren ständiger Mitarbeiter zu werden, mit einem sicheren Jahresbezug bis zu 2400 M. Genosse Westmeyer hat dieses Angebot abgelehnt. Somit kann von niemand gegen verantwortliche Organe der Partei der Vorwurf der Maßregelung oder gar der planmäßigen Aushungerung erhoben werden.

Stuttgart, 29. Dezember 1911.

Der Landesvorstand
der Sozialdemokraten Württembergs.

Ein Gedenktag.

Am 1. Januar 1912 waren es 25 Jahre, seitdem die erste Nummer der „Gleichheit" in Wien erschien. Viktor Adler hatte das Blatt gegründet, um der in hadernde Fraktionen zerrissenen Arbeiterschaft, die der Ausnahmezustand auch um ihre Organe gebracht hatte, einen Ort der Sammlung und Verständigung und eine Waffe zu schaffen, die sie in der Zeit der Verfolgung, des Bruderzwistes und der Organisationslosigkeit doppelt nötig hatte. Unter der Mitarbeit einer nicht allzu großen Angahl von Genossen gelang es, nicht nur das Blatt weiterzuführen und allen Angriffen der Bureaukratie und Justiz standzuhalten, sondern auch — was vielleicht noch schwieriger war — das Mißtrauen zu überwinden, das Dr. Adler vielfach entgegengebracht wurde. Schließlich, als die „Gleichheit", nachdem sie den Hainfelder Einigungsparteitag zustandegebracht, ausnahmegerichtlich unterdrückt wurde, konnte das nicht mehr schaden. Die „Arbeiter-Zeitung" trat an ihre Stelle. Und es ging immer rascher vorwärts.

Aus dem Lande des Ochsenkopfes. Der Rat der Stadt Wismar lehnte die Einführung des vom Bürgerausschuß in den Gewerbeschulvorstand gewählten sozialdemokratischen Töpfermeisters Reincke ab, mit dem Hinzufügen: „Wegen seiner politischen Ansicht". Rechtsgleichheit im Junkerlande!

Aus Industrie und Handel.

Syndizierung der rheinischen Großmühlenbetriebe.

Das Mühlengewerbe wird immer mehr Großindustrie. Als Zwischenstufe in der Produktion hat es begonnen, sich auch die Versorgung mit Getreide anzuschließen. Besonders die am Rhein liegende Mühlengroßindustrie ist, durch die Zufuhrwasserstraße begünstigt, mehr und mehr zugleich Getreidehandel geworden.

Mitte dieses Jahres vereinigten sich 17 große süddeutsche Mühlenunternehmungen zu einer G. m. b. H.-Organisation, deren Hauptaufgabe die Kontingentierung der Produktion und Festsetzung von Minimalpreisen ist. Es handelt sich dabei um rund 10 Millionen Sack Mehl! Durch hohe Konventionalstrafen sollen die Mitglieder in Zucht gehalten werden.

Jetzt wird bekannt, daß diese süddeutsche Müllervereinigung G. m. b. H. mit der Vereinigung westdeutscher Mühlen am Niederrhein zu einer Verständigung gekommen ist, die ebenfalls wieder die Kontingentierung und die Minimalpreise betrifft. Damit ist das ganze Rheingebiet und seine Großmühlen unter gemeinsamer Produktionskontrolle. Nur drei Großunternehmen, die Ludwigshafener Walzmühlen A.-G., die Frankfurter Hafenmühle und die Firma Gebr. Wolf in Frankfurt a. M. stehen noch außerhalb der Organisation.

Es handelt sich hier um eine erste Verbandsgründung dieser Art, hat sie auch noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, sie setzt sich, als Vergegenständlichung einer kapitalistischen Tendenz doch durch, dagegen wird keine sogenannte Mittelstandspolitik, wie sie alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger — versprechen, etwas helfen.

Die Großstadt als Kohlenwerksbesitzerin. Die Gemeinde Wien hat von der Braunkohlengewerkschaft Zillingsdorf, Niederösterreich, 128 Kuxe für 1¼ Millionen Kronen gekauft. Die nach sachverständigen Gutachten (hoffentlich wiederholen sich hier nicht die Erlebnisse des bayerischen Staates und der Otaviminen) auf Jahrzehnte hinaus ausreichenden Kohlenvorräte sollen in erster Linie die städtischen Elektrizitätswerke von der schwankenden Kohlenkonjunktur möglichst unabhängig machen. Die Lehm-Deckschicht soll zur Ziegelfabrikation, die Kohlenabfälle zu Briketts verarbeitet werden. Für die Vorarbeiten sind 240 000 Kronen bewilligt. Die Kohle wird an Ort und Stelle ausgenutzt werden. Ihr Transport nach Wien lohnt nicht.

Gewerkschaftliches.

Die dem Staate „besonders nützlichen Elemente".

Da die bürgerliche und Reichsverbandspresse jetzt wieder mit einer Anzahl mehr oder weniger schlecht erfundener Märchen hausieren geht, um ihren gutgläubigen Lesern vor der bösen Sozialdemokratie und den ebenso schlimmen Gewerkschaften gruselig zu machen, ist es notwendig, ab und zu eine solche Hauptgestalt ihrer Märchen festzuhalten. Und das sind ja in 99 von 100 Fällen stets edle Menschen, sparsame und fleißige Arbeiter, treusorgende Familienväter usw., die als Menschengattung unter dem Sammelnamen „Arbeitswillige" geführt und wegen ihrer guten Eigenschaften selbstverständlich von den „sozialdemokratisch" organisierten Gewerkschaftlern verfolgt, gepeinigt und (es kommt ja beim Schwindeln nicht so genau darauf an) sogar zu Tode gehetzt werden.

Das wäre nun alles ganz gut und schön, wenn sich nachher nicht herausstellte, daß diese ausgeputzten Märchengestalten oft gemeingefährliche Lumpe sind. Wie solch ein Arbeitswilliger in Wahrheit aussieht, beweist ein Gerichtsbericht, den vor einiger Zeit auch der „Vorwärts" brachte. Danach wurde ein gefährlicher Jugendverführer auf längere Zeit unschädlich gemacht. Wegen Entführung einer minderjährigen Person unter Anwendung von List hatte die 1. Strafkammer des Berliner Landgerichts I gegen den Kurbelsticker Hermann Brunnstein zu verhandeln. Der Angeklagte ist ein vielfach vorbestrafter Mensch, der wegen aller möglicher Vergehen und Verbrechen **insgesamt zirka acht Jahre hinter Gefängnismauern** zugebracht hat. Außerdem hat er sich **wegen Bettelns und Arbeitsscheu** mehrere Male **im Arbeitshause** befunden. Nach Verbüßung seiner letzten Strafe zog er zu einer Frau H., mit der er nähere Beziehungen anknüpfte. Dort überredete er den zwölfjährigen Sohn der Frau H. dazu, das Elternhaus zu verlassen und mit ihm ins Ausland zu gehen. Er fuhr mit dem Knaben nach London, wo er mit ihm das deutsche Konsulat aufsuchte und um Unterstützung bat, die er auch erhielt. Er zog dann mit dem Jungen weiter herum und schickte ihn **zum Betteln auf die Straßen**, bis dieser endlich aufgegriffen und nach Deutschland zurücktransportiert wurde. Bald darauf wurde auch der Angeklagte ermittelt. Im Laufe des Verfahrens stellte es sich heraus, daß der Angeklagte **den Jungen auch zu unsittlichen Zwecken mißbraucht** hatte.

Vor Gericht benahm sich der Angeklagte trotz mehrfacher Rügen des Vorsitzenden sehr dreist. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit des Treibens des Angeklagten weit über diesen Antrag hinaus und erkannte auf **1½ Jahre Gefängnis** bei sofortiger Verhaftung.

Dieser, jetzt wieder auf längere Zeit unschädlich gemachte Hermann Brunnstein ist auch einer von den vorbildlichen Arbeitswilligen, der seinen im Textilarbeiterverbande organisierten Kollegen bei ihrem Kampfe um bessere Existenzbedingungen in den Rücken gefallen ist und das wohl häufiger getan hätte, wenn er nicht dann und wann hinter Schloß und Riegel gesessen hätte. Außer dieser vielseitigen Tätigkeit hat er noch versucht und verstanden, die Krankenkasse ganz gehörig zu rupfen und sich an den Groschen anständiger Arbeiter zu bereichern.

Wahrlich ein leuchtendes Vorbild!

Berlin und Umgegend.

Der Tarif für das Hilfspersonal in Buchdruckereien von den Mitgliedern der Zahlstelle Berlin abgelehnt!

Ueber Verlängerung des am 31. Dezember 1911 abgelaufenen Tarifes fanden, wie auch unseren Lesern bekannt, Ende November erneute Verhandlungen in Leipzig statt, die aber ergebnislos verliefen, weil die Vertreter der Buchdruckereibesitzer der Hilfsarbeiterorganisation Zumutungen stellten, welche diese mit Empörung ablehnen mußten.

Am 18. Dezember fanden nun im Buchgewerbehaus zu Berlin erneute Beratungen statt, die dann auch zum Abschluß eines neuen Tarifes führten. Der neue Tarif soll wie der alte 5 Jahre Gültigkeit haben. Ueber Verlauf und Ergebnisse dieser Verhandlungen, die unter Leitung des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker geführt wurden, berichtete der Berliner Ortsvorsitzende Moritz in einer von gut 2500 Personen besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung der Buchdruckereihilfsarbeiter, die am Sonntag in Wörners Saal tagte.

Wir wußten — so führte Redner aus —, daß mit dem Abbrechen der Leipziger Verhandlungen das letzte Wort noch nicht gesprochen war. Kurze Zeit darauf erhielt die Ortsverwaltung eine Aufforderung zu Verhandlungen. Wir konnten dies nicht ablehnen, weil wir gewillt waren, wenn irgend möglich, den tariflichen Weg zu beschreiten. Das Tarifamt machte zur Vorbedingung, daß unsererseits auf den § 14 der Allgemeinen Bestimmungen verzichtet würde. Wir konnten darauf eingehen, nachdem uns Garantien gegeben wurden, daß für Berlin die Sachlage „so betrachtet werden solle, als wenn § 14 noch zu Recht besteht". Da hier hauptsächlich nur die Zeitungsdruckereien in Frage kommen, hätte die Streichung dieses Paragraphen für Berlin keine Verschlechterung bedeutet. Auch die Haftpflichtklausel wurde von uns akzeptiert. Wir hielten es für selbstverständlich, für eingegangene Verpflichtungen auch Garantien zu bieten. Ausschlaggebend war für uns, die materielle Besserstellung der Kollegenschaft. — In dieser Hinsicht wurden wir bitter enttäuscht. Die bewilligten Zulagen konnten uns nicht befriedigen. Auch ein Herr Hornbach, der Zentralvorsitzende der „christlich" organisierten Hilfsarbeiter, eines Organisationchen von im ganzen 150 Personen, dazu meist Leute, die in Buchbindereien beschäftigt sind, nahm auf die Fürsprache des Geheimen Kommerzienrats Bürgenstein an den Beratungen als Zuhörer teil. Außer Berlin und München beteiligten sich noch: Bremen, Halle, Königsberg i. Pr., Mannheim-Ludwigshafen, Magdeburg, Nürnberg-Fürth, Stuttgart, Straßburg. Die Prinzipale aus Leipzig, Hamburg, Dresden, Karlsruhe, Breslau weigern sich, Tarife mit dem Hilfspersonal abzuschließen. Unsere Münchener Kollegenschaft hat dem abgeschlossenen Tarif ihre Unterschrift versagt, und eine Woche später durch örtliche Verhandlungen Zulagen von durchschnittlich 14 Proz. erreicht. (Diese Mitteilung wird von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt.) Die Berliner Mitgliedschaft möge entscheiden, ob sie dem abgeschlossenen Tarif ihre Zustimmung geben will oder nicht.

Ueber die Höhe der erreichten Lohnsätze macht Redner folgende Angaben:

Sämtliche Hilfsarbeiter mit einem Lohnbezug
- bis 12 M. erhalten eine Erhöhung von 12½ Proz.,
- über 12—18 M. erhalten eine Erhöhung von 10 Proz.,
- über 18—27 M. erhalten eine Erhöhung von 7½ Proz.,
- über 27 M. erhalten eine Erhöhung von 6 Proz.

Würden wir uns damit einverstanden erklären — so bemerkte Redner —, bekäme der größte Teil der Berliner Kollegenschaft keine Zulage, weil die in Berlin erkämpften Löhne höher sind als die festgelegten; ja, die Ziegelaulegerinnen bekämen statt wie jetzt 19,25 M. in Zukunft nur 19 M. Die Berliner Tarifvertreter unterschrieben das Schlußprotokoll nicht; spätere örtliche Verhandlungen brachen die Hilfsarbeitervertreter ab, weil die hiesige Prinzipalität sich nicht für kompetent erachtete, über die von ihrer Organisation festgesetzten Löhne hinauszugehen, dann aber auch, weil unsere Mittel nach ihrer Ansicht zu einem Streik nicht reichen. (Gelächter.) München hat durch örtliches Vorgehen 14 Proz. erreicht, Berlin fordert nur 10 Proz.; dies zu erkämpfen, muß uns möglich sein. (Beifall.)

In der Diskussion nahmen alle Redner eine den Tarif ablehnende Stellung ein. Die Mehrzahl der Redner drückte ihre Entrüstung aus über eine sechsprozentige Zulage, die der größte Teil noch gar nicht einmal erhalten würde, weil ihr Lohn über Minimum steht.

In seinem Schlußwort gab Moritz noch einige Ratschläge, wie sich die Mitglieder in der jetzigen tariflosen Zeit zu verhalten haben, und warnt vor sofortiger Arbeitsniederlegung. Ohne Zustimmung der Ortsverwaltung darf nichts unternommen werden.

In einer Resolution wird die Taktik der Ortsverwaltung gutgeheißen und diese beauftragt, durch eventuellen Abschluß von Hausverträgen eine 10prozentige Zulage für alle Mitglieder zu fordern, weil die Teuerungsverhältnisse diese Forderung mehr als gerechtfertigt erscheinen lasse.

Die kranken Kollegen, die sich zurzeit in Beelitz befinden, hatten ein Telegramm geschickt, das die Versammlung warm aufnahm.

Tarifbewegung der Lederarbeiter.

Die Sektion Berlin I des Verbandes der Lederarbeiter nahm am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung Stellung zum Ablauf des Tarifes. Die Lohnkommission hat bereits mit den Vertretern der einzelnen Abteilungen Beratungen gepflogen und Vorschläge ausgearbeitet. Der neue Entwurf enthält nun als wesentlichste Forderungen: Die Gerbereiarbeiter erhalten Anfangslohn pro Stunde 60 Pf. (bisher 52½ Pf.), die Färber 56 Pf. (bisher 48 Pf.). Diese Forderungen sind um so gerechtfertigter, als in der Provinz zum Teil schon höhere Löhne gezahlt werden.

Es wurde beim letzten Tarifabschluß schon versucht, die Hilfsarbeiter, deren Arbeit äußerst anstrengend und schmutzig ist, in den Tarif mit einzubeziehen. Sie erhalten jetzt 35—37 Pf. Anfangslohn pro Stunde; der Entwurf enthält nun für sie 40 Pf. Anfangslohn, 43 Pf. nach einem halben und 44 Pf. nach einem ganzen Jahre. Für Ueberstunden gibt es jetzt 10 Pf. Aufschlag, nach dem neuen Entwurf sollen 20 Pf. gezahlt werden. Die Arbeitszeit soll von 9½ auf 9 Stunden herabgesetzt werden. Für Akkordarbeiter sind in dem Entwurf bei den einzelnen Positionen entsprechende Aufbesserungen vorgesehen. Einstimmig erklärte sich die Versammlung mit folgendem Passus einverstanden: „Ist trotz der festgesetzten Akkordsätze der übliche Lohn nicht zu verdienen, dann sind für die betreffenden Sorten weitere Zulagen zu gewähren." Die gesamte geforderte Lohnerhöhung beträgt 10 Proz.

Ferner wurde folgender Antrag aus der Mitte der Versammlung angenommen: „In den Entwurf ist die Forderung aufzunehmen, daß Urlaub gewährt werde von 2 Tagen ab, jedes Jahr einen Tag mehr, nach fünfjähriger Tätigkeit im Betriebe eine Woche."

Weiter fand der Passus Annahme: „Werden qualifizierte Arbeiter zeitweise mit sogenannten unqualifizierten Arbeiten beschäftigt, so haben sie denselben Lohn zu beanspruchen, den sie vorher hatten."

Der Entwurf fand einstimmige Annahme, desgleichen der Beschluß, den Tarif, der am 1. März d. J. abläuft, zu kündigen. Der neue soll wieder für 3 Jahre gelten. Eine Statistik über Lohn usw. soll demnächst aufgenommen werden.

Stukkateure! Zum neuen Jahre haben uns die Unternehmer den am 31. März ablaufenden Tarifvertrag gekündigt, sicherlich nicht mit der Absicht, die für uns notwendigen Aenderungen vorzunehmen. Es ist deshalb notwendig, auf die genaueste Einhaltung des Tarifes zu achten und für die Festigung der Organisation tätig zu sein. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Zum Streik auf der „Carlshütte" bei Rendsburg.

Trotz der bisherigen Erfolglosigkeit sucht die Carlshütte in allen möglichen Zeitungen immer wieder Arbeitswillige. Meldet sich jemand auf diese Annoncen, so erhält er eine Karte folgenden Inhalts:

„Auf unserem Perron Rendsburg treffen Sie unsern Gesellschaftsbeamten in Uniform, der Sie zur Carlshütte führt. Als Kennzeichen tragen Sie diese Karte in der Hand. Wünschenswert ist es, daß Sie vorher melden, mit welchem Zuge Sie kommen."

Dieser „uniformierte Beamte" ist ein Arbeiter, der noch mit mehreren seiner Kollegen von der Schließgesellschaft bezogen ist und nebenbei das Amt eines Streikbrechertransporteurs versieht.

Dabei wird den Leuten vorgeredet, daß es sich nicht um Streikbrecherei handelt, wie nachstehender Fall zeigt. Ein Arbeiter aus Leipzig, der vorsichtshalber bei der Carlshütte angefragt hatte, ob dort auch nichts los sei, erhielt das Reisegeld zugesandt mit folgender Bemerkung auf dem Postabschnitt:

„Hierbei Fahrgeld 4. Klasse 10,20 M., Zehrgeld 1,80 M., zusammen 12,00 M. — Wenn Sie übrigens Streikbrecher sein wollten, so ist hier nicht der Platz dafür; in diesem Falle bleiben Sie dort und senden uns das Geld wieder zurück."

Bei ihrer Ankunft in Rendsburg müssen solche Arbeiter denn gewahr werden, daß sie doch als Streikbrecher verwendet werden sollen.

Die Linoleumleger der Firma Schröder u. Baum in Essen, Steelertor, sind in den Ausstand getreten. Zuzug ist fernzuhalten. Die Firma hatte Abzüge gemacht. Aus diesem Grunde ist ein Tarif eingereicht worden, um derartiges später zu verhindern. Der Firmeninhaber ist gestern nach Berlin (!) gefahren, vermutlich um Leute anzuwerben. Vor Zuzug wird gewarnt!

Ein rabiater Unternehmer.

Der Besitzer der Steinmühle in Wiesbaden-Dotzheim, Herr P. Frick, hat eine Anzahl Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen, weil sie sich weigerten, täglich eine halbe Stunde ohne Bezahlung länger zu arbeiten als bisher. Den fälligen Lohn behielt er ihnen ein. Mit den Ausgesperrten erklärten sich eine Anzahl anderer Arbeiter solidarisch. Bei dem ersten Unterhandlungsversuch mußten die Organisationsvertreter eine Schimpfkanonade über sich ergehen lassen, zum Schlusse wurden sie buchstäblich hinausgeworfen. Die paar Arbeitswilligen werden von Herrn Frick und seinem 18jährigen Sohn mit geladenem Revolver in der Hand von und zur Arbeit geleitet, die Streikposten werden ohne jede Veranlassung angerempelt.

Die ohne Kündigung entlassenen Arbeiter klagten nun beim Gewerbegericht auf Auszahlung des einbehaltenen Lohnes und Entschädigung für 14 Tage Lohn. Beim ersten Termin nahm der Gewerbegerichtsvorsitzende Veranlassung, Einigungsverhandlungen anzubahnen. Herr Frick ging schließlich darauf ein, entschuldigte sich dann aber am festgesetzten Termin mit Krankheit. Beim nächsten Termin lehnte er jede Einigungsverhandlung ab und zwar mit der Begründung, daß kein Streik mehr vorliege, da ein Teil der Arbeiter zu den vom Unternehmer festgesetzten Bedingungen arbeite.

Am 29. Dezember entschied das Gewerbegericht über die eingereichte Klage und sprach vorläufig der Tagschicht den rückständigen Lohn und 14 Tage Entschädigung zu. Das gab Herrn Frick Veranlassung zu behaupten, daß das Recht gebeugt werde, was ihm eine Ordnungsstrafe von 100 Mark eintrug. Eine nochmalige Anregung des Gewerbegerichtsvorsitzenden zu Einigungsverhandlungen über den Streitfall lehnte Herr Frick wieder ab, die Leute wieder einzustellen, sei ihm unmöglich, und die Organisation anzuerkennen oder gar mit den Vertretern der Organisation zu unterhandeln, weigere er sich entschieden. Austritt der Arbeiter aus dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband hatte er auch schon zu Beginn der Differenzen von seinen Arbeitern verlangt. Herr Frick mußte zugestehen, daß er schon enormen Schaden erlitten habe, aber er will „Herr im Hause" bleiben.

Ausland.

Intervention in der englischen Textilindustrie.

Im Namen der Regierung hat Sir Georg Asquith vom Handelsamte in dem Konflikt zwischen den Textilarbeitern und den Fabrikbesitzern von Lancashire interveniert. Das Eingreifen erfolgte, ohne daß eine der beiden Parteien um Vermittlung gebeten hätte. Asquith sandte Schreiben an die Vertreter beider Parteien, obwohl diese im voraus erklärt hatten, nicht nachgeben und auch keine Vermittlung annehmen zu wollen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen heraus!

Am Donnerstag, den 4. Januar, finden in Groß-Berlin **26 öffentliche politische Volksversammlungen** statt, in denen die Frauen Stellung zur Reichstagswahl nehmen. Die Frauen haben kein Wahlrecht, ergo haben sie sich nicht um die Reichstagswahlen zu kümmern, so argumentiert der Spießbürger. Als ob die vorhandene politische Rechtlosigkeit auch politische Interesselosigkeit bedingen müßte. Wir meinen vielmehr, daß die politisch mündigen Frauen in der Empörung über ihre politische Rechtlosigkeit sich um so stärker am Wahlkampf, an der politischen Agitationsarbeit für die Partei betätigen werden, von der sie wissen, daß sie neben dem Klasseninteresse der arbeitenden Massen das Interesse der Frauen grundsätzlich und energisch vertritt: die Sozialdemokratie.

Ein guter Agitator kann mehr für die Sozialdemokratie, für die Ausbreitung ihrer Ideen, für die Gewinnung neuer Anhänger wirken, als ein Wähler, der nur sozialdemokratisch stimmt, aber nicht agitiert. Agitieren können und sollen aber die Frauen so gut wie die Männer. Geschieht das überall, wird uns manche Stimme mehr gewonnen, als wenn die Frauen gleichgültig und tatenlos dem Wahlkampf gegenüberstehen würden. Mancher Gleichgültige, mancher Laue, mancher Wankelmütige ist durch Frauen zum Erfüllen seiner Wahlpflicht angespornt worden. Und so soll es auch im jetzigen Wahlkampf geschehen. Die Frauen werden zu dieser Wirksamkeit sicher um so mehr angespornt, angesichts der Tatsache, daß die bürgerliche Mehrheit des verflossenen Reichstages gerade ihre Interessen rücksichtslos mit Füßen traten.

Wir haben in den letzten Wochen wiederholt nachgewiesen, wie gerade die Frauen so enorm unter den „Segnungen" des verflossenen Reichstages zu leiden hatten. Um die Frauen aufzurütteln, sie für den Befreiungskampf des Proletariats zu begeistern, sei nur noch einmal an die Behandlung, die der Mutter- und Säuglingsschutz erfahren hat, erinnert.

Die Sozialdemokratie hatte beantragt: Alle Frauen, deren Familieneinkommen eine bestimmte Höhe nicht überschreitet, sind der Krankenversicherung zu unterstellen. Bei eintretender Schwangerschaft ist ihnen für acht Wochen eine Schwangerenunterstützung in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes für Arbeiterinnen zu gewähren; in der gleichen Höhe ist den Wöchnerinnen für acht Wochen eine Wöchnerinnenunterstützung zu gewähren. Arzt- und Hebammendienste haben die Wöchnerinnen unentgeltlich zu beanspruchen, und für 26 Wochen haben die Mütter, die fähig und willens sind, ihr Kind zu stillen, Anspruch auf ein Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes. — Die bürgerliche Mehrheit, als die Vertreterin des Besitzes, hat, ohne über die Anträge zu diskutieren, sie abgelehnt, und damit Leben und Gesundheit von Müttern und Säuglingen in Arbeiterkreisen auf das schwerste geschädigt. Sie haben die Anträge abgelehnt, trotzdem sie wissen, daß hunderttausende Frauen in Deutschland bis kurz vor der Entbindung schwer schaffen müssen, daß sie, von der Not gepeitscht, mit schmerzdurchwühltem Körper und mit zitternden Knien zur Arbeit wanken.

Aber was kümmert das die bürgerliche Gesellschaft. Mit kaltem „Nein!" wurde alles abgelehnt, wo ein freudiges: „Ja! Wir stimmen den sozialdemokratischen Anträgen zu!" viel Menschenleben und Menschenglück hätte erhalten können.

Möchten doch all unsere Proletarierinnen sich dieser skandalösen Vorgänge fortgesetzt erinnern, möge der Zorn, der heilige Zorn darüber ihnen die Kraft geben, energisch teilzunehmen an dem großen Kehraus aller Volksfeinde. Der sozialdemokratische Sieg bei der Wahl wird auch den Mutter- und Säuglingsschutz vorwärtstreiben.

Genossinnen, Proletarierinnen! Darum auf zur Agitation für die Versammlungen am Donnerstag. Erhebt in gewaltigen Massen Protest gegen das Unrecht, das der Arbeiterklasse immer aufs neue angetan wird. Rüttelt die Säumigen auf, begeistert die Indifferenten für den großen Kampf und macht sie auf ihre Pflicht aufmerksam, nicht länger untätig und gleichgültig beiseite zu stehen, denn

Kein Himmel kann das Heil uns senden,
Es fällt aus keines Gottes Schoß;
Die Menschheit muß mit eignen Händen
Erkämpfen sich ihr bess'res Los!

Letzte Nachrichten.

Die Revolution in China.

Peking, 2. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) 700 Soldaten, die das Arsenal in Lanchow bewachten, haben heute gemeutert. Der Kommandeur ist nach Kaiping geflohen, von wo er an die Eisenbahnbehörden in Tientsin telegraphierte, **die Meuterer hätten die Absicht, den Eisenbahnverkehr zu hindern.**

Moloch Kapital.

Budapest, 2. Januar. (W. T. B.) Bei der Budapester Petroleum-Aktiengesellschaft vorm. Berg wurden durch eine Kesselexplosion **vier Arbeiter getötet** und zwei Ingenieure und zwei Arbeiter schwer sowie drei Arbeiter leicht verletzt. Einige andere Arbeiter werden vermißt.

Generalstreik der Bergarbeiter in Belgien.

Brüssel, 21. Januar. (W. T. B.) In der Borinage wurde heute von den Gewerkschaften der Bergleute ein Referendum über die Frage veranstaltet, ob es am Platze sei, in den Generalausstand zu treten, weil die Bergwerksbesitzer beschlossen haben, in Zukunft den Kohlenarbeitern **den Lohn 14tägig zu bezahlen**, während jetzt 8tägige Lohnzahlung üblich ist. Das Referendum hat bis heute abend in den meisten Ortschaften das Ergebnis gehabt, **daß der Ausstand erklärt wurde.** Ob er allgemein durchgeführt wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

kular-) Sitzungen 5239 Gegenstände (hierunter 4728 mit Berufung oder Beschwerde anfechtbare Bescheide) beschlußmäßig erledigt."

Also in jeder Sitzung 230—250 Fälle „erledigt". Donnerwetter, wie „gründlich"! Mit der Tätigkeit der **Ortspolizeibehörden** ist „Ober-Elsaß" gar nicht zufrieden, denn der Bericht knurrt:

„Bezüglich der **ortspolizeilichen Unfalluntersuchungen** muß hier bemerkt werden, daß dieselben **viel zu oberflächlich abgehalten** werden und daß hierin bei einzelnen Ortspolizeibehörden **eher eine Verschlechterung** statt eine Besserung festzustellen ist. Diese Ortspolizeibehörden glauben ihrer gesetzlichen Pflicht zur Vornahme der Untersuchung genügt zu haben, wenn **sie die Aussagen des Verletzten** zu Protokoll nehmen, letzteres der Berufsgenossenschaft einsenden und sich um die Beweismittel bezüglich des angeblichen Unfalls gar nicht kümmern."

Auch „**Unterfranken**" meldet:

„Ueberhaupt zeigten **im großen und ganzen die Bürgermeister kein allzu reges Interesse** an der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften. Mehrfach überließen sie die Kontrolle der Beseitigung der vorgefundenen Mängel den hierzu sich wenig oder gar nicht eignenden Gemeindedienern; dann waren die gemeindebehördlichen Vermerke und Einträge über den Befund in den Revisionslisten infolge Ungenauigkeit und Unklarheit für den Geschäftsbetrieb sehr **häufig unbrauchbar**."

Auch die Betriebe der Gemeinden lassen zu wünschen übrig, wie uns „**Schwaben und Neuburg**" berichtet:

„Leider wird die Besichtigung der **gemeindlichen** und privaten Kiesgruben- und Steinbruchbetriebe durch die technischen Aufsichtsbeamten nicht in dem gewünschten Maße erfolgen können, obwohl **gerade hier eine sehr häufige Kontrolle nötig** wäre, da sich der Zustand der Gruben bezw. der Brüche fortlaufend ändert. Nur durch die ständige Ueberwachung derartiger Betriebe seitens der Orts- und Distriktspolizeibehörden wird eine allmähliche Besserung erreicht werden können."

Dieser Bericht zeichnet sich auch durch seine „schöne" Sprache aus, indem stets von „**Verunfallten**" gesprochen wird!

Einige Betrugsfälle, in denen verunglückte Arbeiter für einen auf andere Weise ihnen zugestoßenen Unfall mit Unrecht eine Betriebsarbeit verantwortlich machten, werden in den Berichten aus „Rheinland", „Oberfranken" und „Schwaben" sehr ausführlich behandelt.

Erwiderung an Herrn Professor v. Liszt.

In einem durch die liberale Presse laufenden Aufsatz (vergl. „Berliner Börsen-Courier" vom 30. Dezember und „Geraisches Tageblatt" vom 30. Dezember) polemisiert Professor v. Liszt gegen meine im „Vorwärts" vom 19. Dezember 1911 veröffentlichte den von ihm mitverfaßten Strafgesetzgegenentwurf betreffende Einsendung. Die Dankbarkeit, die ich Herrn Professor v. Liszt als meinem langjährigen Lehrer für viele wertvolle Anregungen schulde, verbietet mir, mit der von ihm angewandten persönlichen Schärfe zu antworten. Ich will deshalb nur in aller Ruhe folgendes zur Berichtigung des Liszt'schen Aufsatzes konstatieren:

In jener zitierten Einsendung wollte ich, wie ich ausdrücklich hervorhob, nur nachweisen, daß die auf Koalitionszwang im Gesetzentwurf angedrohte Höchststrafe unter Umständen noch bedeutend höher ist als 1 Jahr Gefängnis (gegen jetzt 3 Monate). Ich hatte also keine Veranlassung, in jenen Zeilen hervorzuheben, daß der Gegenentwurf auch den Zwang zum Koalitionsverrat unter Strafe stellt. In meinem ausführlichen Aufsatze über den Gegenentwurf in Nr. 12 des laufenden Jahrgangs der „Neuen Zeit" habe ich dies jedoch ausdrücklich hervorgehoben. Der Vorwurf Professor v. Liszts, dies außer acht gelassen zu haben, trifft mich also nicht.

Wie berechtigt meine Angriffe gegen den Gegenentwurf sind, gibt Professor v. Liszt eigentlich schon im ersten Satze seines Aufsatzes zu, indem er hervorhebt, nicht nur von Sozialdemokraten, sondern auch von Arbeitgebern und Scharfmachern sei mit Rücksicht auf die von ihm und seinen Kollegen vorgeschlagene Bestrafung des Koalitionszwanges der Ansicht Ausdruck gegeben, er habe einen „Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen" ausgearbeitet. Wer die „Genügsamkeit" unserer Scharfmacher kennt, der dürfte wissen, was es mit einem Gesetzesvorschlage auf sich hat, der von ihnen als Schutzgesetz für die „Arbeitswilligen" gepriesen wird.

Herr Professor v. Liszt führt dann weiter aus, der den Koalitionszwang betreffende § 278 sei nur deshalb in den Gegenentwurf aufgenommen, um gegenüber dem Regierungsentwurf zu beweisen, daß er sich recht wohl in ein allgemeines Strafgesetzbuch einarbeiten lasse. „Auf die Technik der Einarbeitung, nicht auf den Inhalt dieser Bestimmungen kam es uns daher in erster Linie an." Der vorgeschlagene § 278 soll also gewissermaßen nur als eine grammatische und stilistische Uebung angesehen werden. Als ob nicht der materielle Inhalt einer Gesetzesbestimmung tausendfach wichtiger wäre als alle darin etwa vorhandenen formalen Finessen! Diese Einwendung kann also ebensowenig als Entschuldigung gelten, wie etwa die von Herrn Professor v. Liszt geltend gemachte exceptio plurium (Einrede der mehreren Urheber).

Sodann wendet sich Professor v. Liszt dazu, die „ungeheuerlichen Behauptungen", zu denen ich mich „verstiegen" habe, „auch weiteren Kreisen gegenüber in ihrer Unhaltbarkeit aufzudecken". Zu diesem Zwecke berichtigt er, was ich nie behauptet habe, und behauptet er, was von mir nie bestritten worden ist.

Zunächst sei hervorgehoben, daß Professor v. Liszt folgende meiner Behauptungen gänzlich unbestritten läßt:

1. daß der Gegenentwurf „in besonders schweren Fällen" den sogenannten Koalitionszwang mit 2 Jahren Gefängnis bedroht,
2. daß nach dem Gesetzentwurf im wiederholten Rückfall der Koalitionszwang mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden kann.

Meines Erachtens würden auch schon diese Möglichkeiten genügen, um das Hosianna der Scharfmacher und die Wut der Arbeiterklasse über die im Gegenentwurf vorgeschlagene Regelung der Koalitionsvergehen mehr als begreiflich erscheinen zu lassen. Ich muß jedoch dabei verbleiben, daß auch die anderen von mir in meiner erwähnten Einsendung skizzierten Eventualitäten durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen.

Gegen meine Annahme, daß der § 98 des Gegenentwurfs, der von der Einsperrung der gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen Verbrecher handelt, auch auf vorbestrafte Streikfünder angewendet werden könne, weiß Herr Professor v. Liszt nur das seltsame Argument, es sei „psychologisch wie juristisch als Document humain gewiß interessant, daß ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt seine arbeitenden Genossen für Subjekte hält, die unter diesen Paragraph fallen könnten", die also in Verbindung mit ihren Vorstrafen als gewerbs- oder gewohnheitsmäßige und für die Rechtssicherheit gefährliche Verbrecher erscheinen". Nein, verehrter Herr Geheimrat, ich halte meine „arbeitenden Genossen" genau so wenig für gewerbs- oder gewohnheitsmäßige Verbrecher, wie ich etwa ehrenwerte Arbeiter, die im Lohnkampf mit Streik oder Boykott drohen, für Erpresser, oder den Maurer Dudo, der in Dresden wegen der Drohung: „Wenn die 2 Pfennig Lohnerhöhung nicht bewilligt werden, so werde ich dafür sorgen, daß unter 3—4 Wochen kein Fremder auf den Bau kommt," außer zu 6 Monaten Gefängnis zu [illegible] ehrenlust wegen Erpressung verurteilt wurde, für einen [illegible]sen halte. Aber leider werde ich ebensowenig wie Sie, Herr Geheimrat, Gelegenheit haben, über die Anwendung des künftigen Strafgesetzbuches als Richter zu befinden. Da kann ich es leider nach den bisherigen Erfahrungen nicht für ausgeschlossen halten, daß auch § 98 auf Streikfünder Anwendung finden könnte. In meinem Beitrage „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und die Strafrechtspflege" zu der Ihnen jüngst anläßlich ihres 60. Geburtstages dargebrachten Festschrift habe ich mich bemüht, zu zeigen, weshalb bei Prozessen, die ihren Untergrund in den sozialen Kämpfen der Gegenwart haben, gar oft der den bürgerlichen Klassen entnommene, mit ihren Vorurteilen behaftete Richter bei bestem Willen zur Unparteilichkeit nicht imstande ist, objektiv richtig zu urteilen. Ich habe dort auch außer anderen bürgerlichen Stimmen folgende Aeußerung des zahmsten Ihrer Parteifreunde, des Dr. Pachnicke, zitiert:

„Es kann auf die Dauer nicht ohne Einfluß bleiben, wenn unser Richterstand sich fast ausschließlich aus den „besten Familien" rekrutiert. So ist es in der Tat; es kann daraus, daß jede Auffrischung von unten herauf aus den Schichten der Arbeiterbevölkerung fehlt, zuletzt die Gefahr erwachsen, daß Anschauungen des Vorderhauses überwiegen, und daß man dem innersten Streben und Drängen der Arbeiterklasse nicht immer so gerecht wird, wie es zu wünschen wäre."

Und daß in manchen Vorderhäusern der „Streikhetzer" als ein „für die Rechtssicherheit gefährlicher Verbrecher" gilt, werden auch Sie sicherlich nicht bestreiten. Zudem geben Sie ja selbst in Ihrer Erwiderung zu, daß jemand, der trotz seiner Vorstrafen „die Einschüchterung Arbeitswilliger nicht aus ideellen Motiven, sondern gewerbs- und gewohnheitsmäßig betreibt", Einsperrung in die Sicherungsanstalt und Zuchthausstrafe „reichlich verdient" habe. Wie leicht wird der Richter „aus dem Vorderhause" zu einer derartigen Annahme genötigt sein! Meine „Hirngespinste" haben also einen sehr realen Hintergrund. —

Herr Professor v. Liszt wendet sich dann noch gegen meine Annahme, daß Straftaten Streikender von den Richtern möglicherweise als auf „Gewinnsucht" beruhend angesehen und deshalb zusätzlich mit einer Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft werden könnten. Ich meine, daß genau so gut, wie jetzt schon von den Gerichten in solchen Fällen ein Handeln um eines rechtswidrigen Vermögensvorteils willen angenommen wird, in Zukunft auch ein Handeln aus „Gewinnsucht" angenommen werden könnte. Natürlich würde ich dies für ebenso falsch halten wie beispielsweise die jetzige Erpressungsjudikatur.

Schließlich wirft mir Herr Professor v. Liszt noch vor, daß ich den § 61 Abs. 2 des Gegenentwurfs, wonach bei Bemessung der Geldstrafe die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten zu berücksichtigen sind, nicht gewürdigt habe. Nun, ich glaube, auch jene Vorschrift würde nicht ausschließen, daß auch bei Arbeitern eine unverhältnismäßig hohe Geldstrafe neben der Freiheitsstrafe verhängt werden kann. Der Richter braucht in solchem Falle nur zu konstatieren, daß ihm trotz der schlechten Vermögenslage des Streikfünders die hohe Geldstrafe „angemessen" erschienen sei. Wenn Derartiges verhütet werden soll, dann hätte eine Vorschrift aufgenommen werden müssen, daß die Geldstrafe einen bestimmten Bruchteil des Jahreseinkommens nicht übersteigen darf. —

Aus allen diesen Gründen muß ich meine von Herrn Professor v. Liszt so heftig befehdeten Aeußerungen in vollem Umfange aufrechterhalten. Daß Professor v. Liszt diese drakonischen Strafen gegen streikende Arbeiter nicht will, habe ich bereits in meiner Erwiderung vom 19. Dezember 1911 betont. Aber Herr Professor v. Liszt will auch unter dem geltenden Strafrecht nicht die Bestrafung ehrenwerter Arbeiter als Erpresser, und doch wissen die Zeitungen allmonatlich davon zu berichten!

Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg.

Eine polnisch-sozialdemokratische Wählerversammlung

hatten unsere Genossen von der P. P. S. am Sonntag nach Borgmanns Saal in der Andreasstraße einberufen. Der Besuch war wieder ein recht guter. Der Saal war vollständig gefüllt. Die nationalistischen Schreier, die in früheren Versammlungen als Provokanten und Ruhestörer eingetreten waren, hatten es diesmal vorgezogen, fernzubleiben. Wenigstens machte sich keiner von ihnen bemerkbar. Die Versammlung nahm deshalb einen ungestörten Verlauf. — Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden dem wirkungsvollen Vortrage des Genossen Biniszkiewicz, der an der Hand von Beispielen aus dem Leben zeigte, daß die Arbeiter, ganz gleich welcher Religion oder Nationalität sie sind, ohne Unterschied vom Kapitalismus ausgebeutet werden und daß die Arbeiter deshalb den Kapitalismus als ihren gemeinsamen Feind zu betrachten haben. Der Redner ging auf die Tätigkeit des Reichstages ein. Er illustrierte das volksfeindliche Wirken sowohl des liberal-konservativen wie des schwarzblauen Blocks und zeigte, wie verkehrt es sein würde, wenn polnische Arbeiter der Fahne der Nationalpolen folgen würden, deren Vertreter Korfanty sich durchaus nicht als Arbeiterfreund betätigt hat. Der Redner kam zu dem Schluß, daß die polnischen Arbeiter ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht anders wahren können, als indem sie sich der Sozialdemokratie anschließen und für die Partei wirken.

Die Gedanken, welche der Referent unter lebhaftem Beifall entwickelt hatte, wurden von mehreren Diskussionsrednern weiter gesponnen. Man appellierte an das Klassengefühl der Arbeiter, forderte sie auf, die bürgerliche Klatsch- und Sensationspresse sowie die unter den Polen leider ziemlich weit verbreiteten Zentrumsblätter aus dem Hause zu verbannen und statt dessen die Arbeiterpresse, die „Gazeta Robotnicza", zu lesen und am Wahltage nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben.

Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, wodurch sich die Versammelten ganz entschieden gegen die bürgerlichen Parteien einschließlich der polnischen Fraktion erklären und sich verpflichten, überall für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Jugendbewegung.

„Der jugendliche Arbeiter",

das Monatsorgan der deutsch-österreichischen Jugendorganisation, hat soeben zur Eröffnung des elften Jahrganges eine dem Kampf gegen den Nationalismus gewidmete Nummer in einer Auflage von 20 000 Stück herausgegeben. Die erste Nummer erschien 1902 in 3000 Stücken und es bestanden damals 12 Zweigvereine; heute hat der Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs 306 Ortsgruppen und Zahlstellen und der systematische Kampf gegen den verlogenen Nationalismus dürfte die Reihen des Verbandes rasch stärken.

Soziales.

Nahrungsmittelverfälschungen infolge der Verteuerung der Lebensmittel durch den schwarz-blauen Block.

Die künstliche Verteuerung der Lebensmittel zieht gemeingefährliche Verfälschungen von Lebensmitteln durch gewissenlose Leute groß. Welchen Umfang diese nicht scharf genug zu verurteilenden Manipulationen beim Kaffee genommen haben, der mit 85 Pf. pro Kilo allein durch den Zoll verteuert ist, zeigt ein im neuesten Ministerialblatt veröffentlichter Erlaß, den die preußischen Minister für Handel und des Innern an die Regierungspräsidenten unter dem 5. Dezember 1911 gerichtet haben. Er hat folgenden Wortlaut:

Betr. Verfälschungen von Kaffee.

Berlin, 5. Dezember 1911.

In neuerer Zeit sind Verfälschungen des Kaffees in stärkerem Maße aufgetreten. Abgesehen von der durch unseren Erlaß vom 27. September 1910 (HMBl. S. 523) betroffenen bedenklichen Anwendung von Glasiermitteln für gerösteten Kaffee, kommen auch folgende Verfälschungen in Betracht:

Es ist in Aufnahme gekommen, geröstete Samen von Hülsenfrüchten, die den Kaffeebohnen in der Größe, im Aussehen und in der Form ähnlich sind, dem gebrannten, ungemahlenen Kaffee zuzusetzen. Bei drei untersuchten Proben war die Menge der zugesetzten Samen von Hülsenfrüchten verschieden groß, und zwar bestand die eine Probe zu etwa einem Viertel, die zweite Probe zur Hälfte, die dritte sogar zu zwei Dritteln aus dieser fremden Beimengung. Bei den in der Literatur erwähnten Proben, die aus Berliner Geschäften stammten, handelte es sich um Zusätze von 5 bis 50 Prozent, durchschnittlich um solche von 30 Prozent dieses Fälschungsmittels zum Kaffee. Hauptsächlich konnten zwei Arten von Hülsenfrüchten, nämlich die Samen der blauen Lupine (Lupinus augustifolius L.) und diejenigen der Saatplatterbse (Lathyrus sativus L.) in den untersuchten Proben nachgewiesen werden; indessen werden sich vermutlich noch andere Samen zur Familie der Hülsenfrüchte (Leguminosen) gehörender Pflanzenarten für die Verfälschung des Kaffees eignen. Das ist einerseits bedingt durch die Gestalt dieser Samen, die derjenigen der Kaffeebohnen, insbesondere des Perlkaffees, bei oberflächlicher Betrachtung ähnlich ist, andererseits kann man den Samen beim Rösten die dem gebrannten Kaffee eigentümliche Farbe erteilen. Mittels entsprechender Handhabung des Röstverfahrens können die Hülsenfruchtsamen an einer Seite zum Aufplatzen gebracht werden und weisen infolgedessen einen länglichen Spalt auf, welcher der charakteristischen Längsfurche (Naht) der Kaffeebohne gleicht, so daß die gerösteten Leguminosensamen dadurch eine noch größere Aehnlichkeit mit gerösteten Kaffee annehmen.

Was die Beurteilung des Zusatzes von Hülsenfruchtsamen zum Kaffee auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes anlangt, so bedarf es keiner Frage, daß Mischungen der genannten Art keinesfalls unter der Bezeichnung „Kaffee" in den Verkehr gebracht werden dürfen. Die Leguminosensamen stellen ein dem Kaffee fremdartiges Naturerzeugnis dar, das diesem zwar äußerlich ähnlich, dessen Zusammensetzung und Beschaffenheit dagegen von derjenigen der Kaffeebohnen durchaus verschieden ist. Vor allem sind die Leguminosensamen frei von Coffein, das in den Kaffeebohnen enthalten ist und auf welches vornehmlich die anregenden physiologischen Wirkungen beim Genusse des Kaffeegetränks zurückzuführen sind, so daß Leguminosensamen dem Kaffee gegenüber schon in dieser Hinsicht als minderwertig und Gemische beider Erzeugnisse als verfälschte Lebensmittel zu betrachten sind. Der Zusatz der Leguminosensamen erfolgt ohne Zweifel in gewinnsüchtiger Absicht und in der Absicht, den Käufer über die Beschaffenheit dieser Ware in grober Weise zu täuschen.

Weitere Verfälschungen des Kaffees erfolgen beim Handel mit Kaffee in gemahlenem Zustande. Insbesondere wird darüber geklagt, daß Kaffeeersatzstoffe oder Gemische dieser mit gemahlenem Bohnenkaffee unter täuschenden Phantasiebezeichnungen, als Kaffeemischungen oder mit einer ganz unzureichenden Deklaration ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung in den Verkehr gebracht würden und daß es den am Kaffeehandel beteiligten Verbänden nicht oder außerordentlich schwer gelänge, auf dem Wege der Selbsthilfe Abhilfe zu schaffen. Daß diese Klagen nicht unberechtigt sind, davon hat die Prüfung der Aufschriften auf den Packungen einer großen Zahl derartiger neu im Handel aufgetauchter Surrogate überzeugt. So wurden in letzter Zeit in sogenannten Bruchkaffeemischungen bis zu 30 Prozent Surrogate festgestellt, und zwar vorwiegend Zichorie, Eicheln, Roggen, Rüben, Feigen und Mais. Einige Proben enthielten neben verschiedenen Surrogaten auch noch bis zu 10 Proz. Steine, die in der Farbe den Surrogaten glichen und infolgedessen nicht ohne weiteres wahrnehmbar waren. Diese Zusätze wurden natürlich beim Verkauf wie auf der Packung vollständig verschwiegen, von einem einzigen Fall abgesehen, indem die Düte einen roten Zettel enthielt mit der Deklaration „Perlkaffeemischung mit Leguminose glasiert".

Gesundheitsschädlichkeit dieser Mischungen dürfte in der Regel nicht in Frage kommen, da es sich in der Mehrzahl der Fälle um den Zusatz gerösteter Samen gesundheitsunschädlicher Hülsenfrüchte handelt. Für den Fall, daß die Verwendung von Lupinensamen für die in Rede stehenden Erzeugnisse eine allgemeinere werden sollte, ist indessen zu beachten, daß diese Samen in nicht unwesentlicher Menge wirksame Alkaloide enthalten, so daß, wenn diese Stoffe nicht vorher sorgfältig entfernt werden, unter Umständen gesundheitsschädliche Wirkungen der betreffenden Kaffeesurrogate nicht ausgeschlossen erscheinen.

Wir ersuchen ergebenst, die mit der Kontrolle des Nahrungsmittelverkehrs betrauten Stellen, insbesondere die Nahrungsmitteluntersuchungsämter, anzuweisen, den Kaffeeverfälschungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Einschlägige Beobachtungen sind in die Jahresberichte der Nahrungsmittieluntersuchungsämter aufzunehmen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
J. A.: Lusensky.
Der Minister des Innern.
J. A.: Kirchner.

Gegen derartige Betrügereien und Verfälschungen sollte mit aller Schärfe vorgegangen worden. Konsumvereine und reelle Kaufleute beteiligen sich an dergleichen gemeinschädlichen Handlungen natürlich nicht. Vorschub leisten diesen Dingen die Steigerung der Preise durch unsere Zölle. Die für solche Betrügereien intellektuell verantwortlichen Parteien kann man natürlich strafrechtlich nicht belangen.

Gerichts-Zeitung.

Einblicke in den Geschäftsbetrieb des „Psychologischen Verlages" gewährt die Verhandlung eines umfangreichen Betrugsprozesses, der gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Karsten begann. Unter der Anklage des fortgesetzten Betruges wurde die Verlagsbuchhändlerin Frau Viola Scott geb. Winz aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Frau Scott sitzt seit dem 15. Februar in Untersuchungshaft. Sie wird beschuldigt, in Berlin, Friedrichstr. 59/60, später Jägerstr. 63 und zugleich an verschiedenen Orten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz viele Leute insge[illegible] um 40 000 M. betrogen zu haben. Mit dieser Amerikanerin [illegible] Frau Alice Hörner geb. Schöpfwinkel, Dolmetscherin und Uebersetzerin der englischen Sprache, wegen Begünstigung angeklagt.

Der Engländer van Tuyl Daniels beschäftigte sich mit der Herausgabe von Büchern übersinnlichen Inhalts. Wie in anderen Teilen der Welt, so hatte er auch in Berlin eine Filiale unter der Firma „Psychologischer Verlag" begründet. Im Jahre 1906 bestellte Daniels zum Leiter der Berliner Filiale den Kaufmann Henry Mac Donald; bald darauf trat die Angeklagte, Frau Scott, die bis dahin in New York für Daniels den Massageapparat Vibrice vertrieben hatte, in der Weise in den Psychologischen Verlag ein, daß sie unter Oberaufsicht des Mac Donald, der in Berlin blieb, die Leitung der Petersburger Filiale übernahm. Für den Verlag wurde nun eine riesige [illegible]tischrierische Reklame in Szene gesetzt und dadurch zahlreiche [illegible] herangezogen, denen versprochen wurde, wunderbare [illegible] das Gebiet des Hypnotismus und Okkultismus zu er[illegible] das Geschäft soll glänzend gegangen sein. Im Jahre 190[illegible] van Tuyl Daniels seine

Zur Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter.

II.

Niedrige Arbeitslöhne, Belastung der Kleinbauern auf Kosten der Großbauern und Gemeinden, Schwarze Listen gegen Unfallrentner, Unfallhäufigkeit, Rentenquetscherei.

Ueber die „Höhe“ des **durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes landwirtschaftlicher Arbeiter** machen auch einzelne Berichte sehr bezeichnende Bemerkungen. Der Bericht von „**Ober-Elsaß**“ beschränkt sich darauf, eine ausführliche Statistik dieser Löhne, nach Kreisen und Ortschaften getrennt, zu geben. Wir finden da Löhne von **510—690 M.** pro Jahr für männliche erwachsene Arbeiter, sowie von **360—510 M.** für weibliche Arbeiter! „**Provinz Sachsen**“ bringt es fertig, zu schreiben:

„Die im vorjährigen Berichte ausgesprochene **Befürchtung**, daß die mit dem 1. Januar 1910 in den meisten Kreisen der Provinz erfolgte **nicht unbedeutende Erhöhung** der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter eine **fühlbare** Steigerung der Rentenlast bedingen würde, hat sich erfüllt, denn **trotzdem** durch die im Jahre 1910 ausgeführte außerordentliche Rentenrevision die Ausgaben an Renten um **mindestens 20 000 M. vermindert** worden sind, ist die Rentenlast gegen das Vorjahr noch um 9000 M. gestiegen, während im Jahre 1909 die Gesamtsteigerung nur 7000 M. betrug.“

Die Agrarier in „**Strelitz**“ (Mecklenburg) seufzen:

„Auch ist mit einiger Sicherheit schon in nächster Zeit die **Neufestsetzung der Durchschnittslöhne** für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter des Großherzogtums zu **erwarten**. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieselbe **wesentlich höhere** Sätze bringen wird, als wir sie bis dahin haben, nachdem inzwischen (mit Wirkung vom 1. April 1912) **sogar der ortsübliche Tagelohn gesetzlich** für Tagearbeiter (erwachsener männlicher) von 2,— M. auf 2,50 M. von der zuständigen Behörde **erhöht** worden ist, während als Durchschnittslohn für die gleiche Arbeiterklasse in der Land- und Forstwirtschaft noch immer der niedrigere Betrag von **1,88 M.** (als dreihundertster Teil des behördlich festgesetzten Jahresdurchschnittsverdienstes von 564 M.) normiert. Dementsprechend würden also für die Folge auch alle Arbeiterunfallrenten eine **entsprechende Erhöhung** zu erfahren haben.“

Die „**Ostpreußen**“ bemerken hierzu:

„Andererseits ist zu berücksichtigen, daß **eine Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes** der landwirtschaftlichen Arbeiter, **wenn er in der Zukunft eintritt**, eine Erhöhung der Renten und damit auch eine Erhöhung der von der Berufsgenossenschaft zu tragenden Lasten zur Folge haben würde.“

Ferner:

„Von den **711** entschädigten **Betriebsunternehmern** und Ehefrauen von Betriebsunternehmern hatten **548** (im Vorjahre 592) einen Jahresarbeitsverdienst **bis zu 900 M.**, 161 (187) von 900 bis 1500 M., 2 (5) von 1500 bis 2900 M.“

Eine Klage der **armen Kleinbauern** bringt auch der Bericht der „**Oberpfalz**“ wie folgt:

„Insbesondere beklagen sich letztere darüber, daß bei Holzversteigerungen nur ganze „Hiebe“ abgegeben werden und es **den weniger bemittelten Landwirten** infolgedessen **nicht möglich gemacht** wird, **Berücksichtigung** zu finden.

Es würde ganz sicher eine bedeutende Besserung der Verhältnisse eintreten, wenn den Landwirten seitens der Königl. Forstämter auf deren Wunsch einzelne geeignete Bäume angewiesen würden.“

Die Königl. Forstämter kommen jedoch dem Großagrarier nur entgegen:

Von den Kleinbauern erhält aber die Berufsgenossenschaft am besten ihre richtigen Beiträge, weil deren Einkommen am Orte genau bekannt ist, während der Großagrarier auch da mogeln kann. **Einzelne Berichte lassen erkennen, daß in punkto „Unfallverhütung“ auch arme Bauern den Auflagen der technischen Aufsichtsbeamten viel eher und williger nachkommen als die reichen Landwirte**, die eben fast nie den Betriebsgefahren selbst ausgesetzt sind. Deshalb ist auch der Einfluß der Großagrarier auf die Gesetzgebung, Versicherungspflicht, Rechtsprechung usw. gewaltig. Die Interessen der beiden Gruppen stehen sich hier direkt gegenüber! Der Bericht von „**Strelitz**“ meldet uns auch, daß jetzt die Frage „Unfallversicherung der bei **Wegebauarbeiten** auf dem platten Lande beschäftigten Personen“ wie folgt erledigt wurde:

„daß nach Lage der bestehenden Verhältnisse die Zuständigkeit der landwirtschaftlichen und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sich vielfach berühre, und empfohlen, zur Behebung der vorliegenden Schwierigkeiten von Landesverwaltungs wegen erst einmal völlige Klarheit darüber zu schaffen, wer in jedem einzelnen Falle der Wegeunterhaltungspflichtige sei. Dieser werde dann regelmäßig auch als Unternehmer der Wegebauarbeit anzusehen, und je nachdem es sich um eine Gemeinde oder eine Einzelperson mit landwirtschaftlichem Berufscharakter handle, die Zuständigkeit der Tiefbau- oder der diesseitigen Berufsgenossenschaft gegeben sein. — Im Verordnungswege ist nun unterm 16. Juni 1911 (siehe Großh. Meckl.-Strel. Off. Anzeiger Nr. 43 S. 370) vom Großherzoglichen Staatsministerium bestimmt, daß die **Wegebaulast** im **Domanium** und **Kabinettsamt grundsätzlich** den **Gemeinden** als solchen, auf den Feldmarken der Pachthöfe innerhalb desselben Gebiets aber den Pächtern, als Repräsentanten der Gemeinde, obliegen solle. Demgemäß würde nunmehr für die Unfallversicherung der betr. Arbeiter im allgemeinen die Tiefbau-Berufsgenossenschaft, soweit dieselben **aber den Pächtern Großherzoglicher Domänen** obliegen, die **landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften einzutreten haben.**“

Nach dem Berichte von „**Rheinland**“ wurde in der Genossenschaftsversammlung gefordert,

„daß eine reichsgesetzliche Regelung des Kreises derjenigen Versicherten, die sich nur **nebensächlich** mit der Landwirtschaft beschäftigen, notwendig bezw. daß für diese Personen ein Mindestbeitragssatz zu bestimmen sei. Bei der Erörterung der Angelegenheit wurde wiederum der **Wunsch auf Fortfall der kleinen Renten unter 20 Proz.** zum Ausdruck gebracht.“ — !

Ein **namentliches Verzeichnis** der Rentenempfänger, welches zur schwarzen Liste für die armen Krüppel geworden ist, bringt wieder der Bericht „**Reuß j. L.**“. Ihr ist jetzt auch „**Reuß ä. L.**“ und „**Lippe**“ gefolgt. Wird dieser Unfug weiter Schule machen?

Die meisten Berufsgenossenschaften melden einen kleinen **Rückgang der Unfälle**. Allerdings läßt auch hier die Statistik sehr zu wünschen übrig, denn einzelne Berichte erwähnen „angemeldete Unfälle“ und andere wieder: „Entschädigungsansprüche wurden erhoben“. Vergleichende Zahlen fehlen leider in vielen Berichten! In „**Ostpreußen**“ sind gegen das Vorjahr die angemeldeten Unfälle von 9587 auf 9171 zurückgegangen; in „**Ober-Elsaß**“ von 864 auf 843; „**Provinz Sachsen**“ von 6583 auf 6148; „**Pfalz**“ von 2667 auf 2382; „**Lothringen**“ von 994 auf 943; „**Rheinprovinz**“ von 8646 auf 8287; „**Westpreußen**“ von 4535 auf 4359; „**Brandenburg**“ von 7944 auf 7102; „**Westfalen**“ von 4092 auf 3956; „**Reuß j. L.**“ von 302 auf 290; „**Baden**“ von 7021 auf 6787; „**Mecklenburg-Schwerin**“ von 1923 auf 1821; „**Schwaben und Neuburg**“ von 2228 auf 2013; „**Hamburg**“ von 169 auf 167; „**Schlesien**“ von 12 147 auf 11 498 usw.

Eine **Zunahme der Unfälle** melden uns dagegen die Berichte „Lippe“ von 349 auf 376; „Oberbayern“ von 3295 auf 3381; „Reuß ä. L.“ von 80 auf 81; „Braunschweig“ von 783 auf 800; „Schlesien“ von 4869 auf 4902. Der „Rückgang“ der Unfallzahlen scheint wesentlich auf der **verschlechterten Rechtsprechung** zu beruhen. Schiedsgerichte und speziell Reichsversicherungsamt, dessen Rechtsprechung bekanntlich die einzelnen Landesversicherungsämter sehr beeinflußt, erfreuen sich jetzt wieder der Sympathie der Berufsgenossenschaften. Die „Bödikerdenkmünze“ wirkt deshalb als reiner Hohn, denn dieser war nach Kräften bestrebt, die Rechtsprechung auszubauen, populärer zu gestalten, während seine Nachfolger Schritt für Schritt zurückgehen und sich deshalb das Lob aller Unternehmer verdient haben. Und trotzdem ist „**Mecklenburg-Strelitz**“ erbost über die **Prozeßsucht** der Verletzten und führt in echter Junkersprache aus:

„Es muß aber wiederholt werden, was im vorigen Jahre schon an dieser Stelle bemerkt wurde, daß auch diese Zahl in ihrem oben angegebenen Verhältnis zur Gesamtzahl der berufungsfähigen Bescheide (mit 16 Proz.) vergleichsweise **noch eine recht hohe** ist, da im Reichsdurchschnitt von allen im Jahre 1910 über Ansprüche aus der landwirtschaftlichen Unfallversicherung erlassenen Bescheide nur 12,7 Proz. mit dem Rechtsmittel der Berufung angefochten wurden (im **Gebiete** der **gewerblichen** Versicherung **allerdings** 21,2 Proz.). Diese Erscheinung ist um so **befremdlicher**, als, wie gezeigt, **die Rentenkläger nur mit einem verhältnismäßig geringen Teile (14 Proz.) aller Berufungen durchzudringen vermochten**, ihre **Forderungen sich also zum weitaus größten Teil als unbegründet erwiesen.** Das Verhältnis **würde sich noch günstiger** für die Berufsgenossenschaften gestalten, wenn man die nicht geringe Zahl der Fälle, in welchen die Berufsgenossenschaften der unterliegende Teil war, weiterhin noch in solche zergliedern wollte, in denen dem klägerischen Anspruche voll, und solche, in denen ihm **nur zum Teil** vom Schiedsgericht stattgegeben wurde. **Denn das letztere ist, wo es sich um Streit über den Prozentsatz der Rente handelt, die Regel.**

Die **Hauptschuld** an der so häufigen Erhebung unbegründeter Ansprüche **trägt offenbar der Einfluß unberufener Ratgeber**, von denen die durch die Versicherungsgesetze an sich schon geweckte **Rentensucht künstlich noch mehr aufgestachelt wird. Wieviel Mühe und Kosten würden erspart**, wenn es **gelänge, solchen Einwirkungen einen Damm entgegenzusetzen.** Das einzig wirksame **Mittel dagegen, nämlich Heranziehung unterlegener Rentenkläger zu den Kosten** des Verfahrens, hat aber **leider** auch in der neuen Reichsversicherungsordnung keine Aufnahme gefunden. Die vorhandene und auch in das neue Gesetz übergegangene Bestimmung, daß den Beteiligten solche Kosten des Verfahrens auferlegt werden können, welche durch Mutwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verfahren derselben veranlaßt sind, **hat gar keine Wirkung**, da sich ein entsprechend gearteter Tatbestand nur ausnahmsweise feststellen läßt. Bei unserer Berufsgenossenschaft hat sie bis jetzt nur ein einziges Mal Anwendung gefunden!“

Den Junkern mit dem „Ochsenkopf im Wappen“ genügt also unsere heutige Rechtsprechung noch lange nicht und deshalb ist alle Mühe der Instanzen vergeblich, wenn sie auch in 86 Proz. der Fälle der Genossenschaft recht gaben.

Die **Verschlechterung unserer Rechtsprechung** gibt **der Bericht „Schlesien“** wie folgt zu:

„Der **erhebliche Rückgang** der neu bewilligten Renten gegenüber den früheren Jahren, insbesondere gegenüber 1903 und 1904, beruht zum Teil jedenfalls auf der in neuerer Zeit **strenger gewordenen Rechtsprechung, nach welcher geringfügige Unfallfolgen (unter 10 Proz. der Erwerbsfähigkeit) überhaupt nicht entschädigt werden und durchweg** dem Moment der **Gewöhnung**, besonders bei **Hand- und Fingerverletzungen, mehr Bedeutung als früher** beigemessen wird.“

Viele Berufsgenossenschaften nehmen aber **diese Verschlechterung** bereits als etwas selbstverständliches hin und registrieren nur die Zahlen. So berichtet „**Rheinland**“, daß die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung **2022** Berufungen zugunsten der **Genossenschaft** und nur **527 zugunsten** der **Verletzten** entschieden haben! Am Reichsversicherungsamt haben die Verletzten weitere **384 Rekurse** verloren und nur in 127 Fällen gewonnen!

Im Berichte „**Westfalen**“ finden wir, daß

„472 = 15,69 Proz. (gegen 20,42 Proz. im Vorjahre) zugunsten der Rentenbewerber, 2456 = **81,66** Proz. (76,80 Proz.) zugunsten der Berufsgenossenschaft und 32 (20) auf andere Weise erledigt wurden.“

„**Ober-Elsaß**“ meldet:

„Nachdem die Instanzen **entsprechend den täglichen Erfahrungen** nunmehr anerkannt haben, daß schon in der **Angewöhnung** an die Unfallfolgen, besonders was die **geringeren** Unfallfolgen betrifft, eine **Besserung** im Sinne der Unfallversicherungsgesetze zu erblicken sei, sind im Berichtsjahre nicht nur die früheren kleineren Renten unter 10 Proz. alle zur Einstellung gelangt, sondern auch **bei anderen höheren** Renten sind **entsprechende Aenderungen** vorgenommen worden. Nicht unwesentliche **Dienste und Fingerzeige leistete dabei den Instanzen** die von der Sektion I der Nordw. Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft herausgegebene bekannte Broschüre: die Gewöhnung an Unfallfolgen als Besserung im Sinne der Unfallversicherungsgesetze.“

„Die **Geschäfts- und Rechnungsführung** besorgte, wie **in den** Vorjahren, Herr **Landgerichtsrat** Wippermann zu Bückeburg,“ meldet der Bericht „**Schaumburg-Lippe**“, welcher nur 4 Seilen Zahlen ohne Text enthält. Der Herr „Rat“ macht es sehr kurz!

„Die **Instanzen**“ werden also **von den Berufsgenossenschaften** „belehrt“!

Recht naiv schreibt „**Unter-Elsaß**“ bei 78 Proz. hierzu:

„Immerhin ist wieder in **einer Reihe von Fällen** der **Instanzenweg** betreten worden, in denen auch **nicht die geringste Aussicht auf Erfolg geboten war.** Es scheint in den Kreisen der Versicherten immer noch nicht verstanden zu werden, daß die Genossenschaft die Kosten des Schiedsgerichts zu tragen hat, und daß diese oft **in rein mutwilliger Weise** eingelegten Berufungen eine unnötige Vermehrung dieser Kosten zur Folge haben, welche von den Genossenschaftsmitgliedern wieder aufzubringen sind.“

Sehr „**gewissenhaft**“ und „**fleißig**“ waren die Herren in „**Mittelfranken**“, denn sie melden:

„Der Genossenschaftsvorstand hat in 20 (einschließlich 2 Zir-

Kleines Feuilleton.

Theater.

Berliner Theater: **Große Rosinen oder Berlin hat's eilig**, Posse von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer. Der Kassenerfolg der renovierten „Bummelstudenten“ im Berliner Theater gab wohl die Veranlassung zu diesem neuen Possenexperiment, das ja auch seinen Zweck erreichen dürfte. Die Aufnahme in der Silvesterpremiere war äußerst freundlich. Das bißchen Handlung, das die alte Berliner Posse zu haben pflegte, ist hier noch weiter reduziert; aus irgendwelchen Verwickelungen herausgeholte komische Situationen gibt es so wenige wie drollige, einen Anspruch auf entfernte Menschenmöglichkeit erhebende Figuren. Zu einer parodistischen Verspottung hauptstädtischen Schieber- und Gründertums, die, nach einigen Anzeichen zu schließen, ursprünglich in der Absicht der Autoren gelegen mochte, hat's nicht gelangt. Herr Schaumschläger, der kommt mit den leeren Taschen und den Rosinen im Kopf, der dem Projekte eines so und so viel Warenhäuser, Bars und Tanzlokale umfassenden Berliner „Universalpalastes“ nachjagt, bleibt schattenhafte Schablone. Ein Etikett, das keinen Inhalt deckt. Die Posse löst sich auf ins Variété, bewegt sich in der Bahn der Kinosensationen, die gelegentlich sehr nett verulkt. Sie wirkt ausschließlich durch die Einlagen: Groteske Mimik, Tanz, Kouplets. Die gelungene Nachahmung der Freuden einer sonntäglichen Stadtbahnfahrt in Frau Kettelzahns guter Stube, brach nach einer schleppenden Exposition zuerst das Eis. Herr Sabo von Fräulein Weise, der abenteuerlustigen Pensionatstochter als Partnerin unterstützt, führte mit großer Verve einen modernen Tanzmaitre und Verrenkungskünstler. Bei seinem Kongolied, das die Trennungsschmerzen eines durch die im Marokkovertrag gezogene Grenze jäh auseinandergerissenen Negerliebespärchens besingt, erreichte die Heiterkeit den Gipfelpunkt. Starken Lacherfolg erzielte auch Direktor Meinhardt in der aktuellen Figur des blaublütigen Grafen Rolff-Schmetterlingk, der seine unterbrochene Kavalierkarriere in Schaumschlägers Ballsalon von neuem aufnimmt und das Schwindelunternehmen mit dem Glanze seines Namens decken soll. Selbst die endlose Dauer der an vier Stunden währenden Aufführung schien die Geduld des Publikums nicht zu ermüden. dt.

Schiller-Theater Charlottenburg. Am Silvesterabend pflegt „Jedermann“ sein gerüttelt Bündel Sorgen abzuhalftern. Selbst der ärgste Griesgram markiert Heiterkeit mit „verliebten Naslöchern“, wenn er ins Theater geht. Denn allda haben sich die Ramönen ihres feierlichen Amtes begeben: die letzte Vorstellung des alten Jahres dient frohen Gästen und lustigen Autoren. Einer von diesen, Gustav Kadelburg, kommt fast regelmäßig zur Gratulationscour. Diesmal nahm er schwankhaft — nicht schwankend! — den „Weg zur Hölle“ und tänzelte dann mit einem sardonischen Lächeln über die Bühne. Es steht ihm nett an — wie seinem Schwank eine gewisse artistische Linie und harmlose Ausgelassenheit eigen sind. Man amüsiert sich weidlich ob der bösartig auflaufenden „Zicken“, die hier der verliebte Schwiegervater und der ein klein wenig „eheirrende“ Eidam um einer spanischen Tänzerin willen auszustehen haben — bis schließlich alles versöhnlich ausklingt. Die Darsteller ließen es an Sprühteufelchen ihres Humors wahrlich nicht fehlen. An karikaturistischen Uebertreibungen freilich auch nicht, so Fanny Wolf, hauptsächlich aber Max Gülstorf, der es im Grimassenschneiden schon weit gebracht hat und im ganzen auf Guido Thielschers Bahnen wandelt. Die Tänzerin hatte in Else Baumbach eine temperamentvolle Vertreterin. Als Tilly Bendter trat Toni Willkens auf, die den Mitgliedern der Freien Volksbühne ja von zahlreichem Mitwirken in verschiedenen tragenden Rollen bekannt ist. Die junge Künstlerin offenbarte auch in dieser wenig ergiebigen Rolle frische Natürlichkeit. e. k.

Musik.

„**Wiener Blut**“, die Operette, die am Sonntag im Theater des Westens eine „erste Aufführung“ erfuhr, ist eine Zusammenstellung von Musikstücken des Komponisten 1899 verstorbenen Johann Strauß, gemacht von dem 1901 verstorbenen Adolf Müller jun., dem Sohne des bekannteren Adolf Müller sen., des Bühnenmusikmachers zu ungezählten österreichischen Volksstücken. Nachlässig aus dem Nachlaß gearbeitet. Die Reihenfolge könnte auch in mannigfaltiger Weise durcheinandergewürfelt werden, ohne wesentlich anderes zu ergeben.

Aber es hat seinen Wert und seinen Reiz, sich einmal willig dem Primitivsten hinzugeben, wie wir es mit besagtem Stück schon vor vielen Jahren getan. Der natürlich wieder von Zweien herrührende Text dreht sich um die Wiener Liebesstreiche des Gesandten von Reuß-Greiz-Schleiz beim Wiener Kongreß 1815 und um die Tölpeleien seines Ministers, der den Wiener Dialekt nicht versteht. Die Musik genießt man so, daß man sich nach dem Wiener Ausdruck „anstrudeln“ läßt. Ein Walzer nach dem andern, hie und da durch eine Polka oder sonst unterbrochen! Auf die Feinheiten, mit denen der Operettenmeister selbst Szenisches durch ein Instrumentenspiel illustriert, muß man gleich ganz verzichten.

Und dann das Publikum — silvestergestimmt! Diese Freude, wann einer auf der Bühne hopst oder kalauert! Man übersieht dabei leicht, daß etwas nicht primitiv ist: der hübsche Gesang, den einige der Hauptrollenträger bieten, besonders Albert Kutzner als gräflicher Gesandter und Marie Ottmann als seine Frau. Dazu dann das gut komische Spiel von Poldi Deutsch als Minister und von anderen. Man ruft auch nicht nach Musteraufführungen. Mag die Direktion ihren Vorteil haben, wenn sie uns nur künftig noch mit etwas kommt, das vorwärts führt! sz.

Humor und Satire.

Berliner Nachtgesicht.

Ich hauche Zweifel in den dunklen Raum
Um jenes Haus, vor dem die Posten frieren;
Mir ahnt: in dieser Wahlnacht wird man kaum
Die Manneskehle strapazieren.

Aus keinem nationalen Jubelsinn
Wird sich vor Ihm die Wacht am Rhein entwickeln;
Er wird am Fenster stehn: Wo sind sie hin,
Die sonst wie junge Hähne kickeln?

Die nerv'ge Rechte wird am Barte ziehn,
Wenn man Ihm melden wird: Ein rotes Babylon!
Und dann — dann gibt's noch einen in Berlin,
Der traurig sein wird: Meister Habyn.

Hernach — ich ahn' es — hebt sich eine Hand
Und deutet sanft und schwer gen Hohenfinow . . .;
Still, still verrollt ein breites Ordensband,
Unsichtbar — wie der Film im Kino.

Den schlanken Accoucheur ergreift es heiß:
Ich fühle deine Hand, mein hoher Tadler!
Das Kind ist gräßlich rot — ich weiß, ich weiß:
Fahr hin, ersehnter schwarzer Adler!

Der Mensch, wo Lyrik macht, bemerkt hier schlicht:
Gott möge allen Trost und Hoffnung geben,
Die Schauder packt vor diesem Nachtgesicht —
Und möchten wir's doch so erleben!

(Peter Scher im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— **Vortrag.** Im Institut für Meereskunde spricht Freitag Dr. E. Mangold über „Tierisches Licht in der Tiefsee“. (Mit Lichtbildern.)

— Die „Freie Hochschule Berlin“ bietet in ihrem neuen Programm über 100 Vortragsreihen aus allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst. Es ist in allen Filialen von Loeser u. Wolff, in sämtlichen städtischen Lesehallen und Bibliotheken sowie in den Verkaufsstellen der Hörerkarten unentgeltlich zu haben.

— **Museumsführungen.** Im Museum für Naturkunde finden Sonntag, den 7., 14. und 21., von 10½ bis 12 Uhr, Führungen unter Leitung von Beamten statt; in der zoologischen Abteilung werden behandelt: 1. Der Vogelflug, 2. Korallen und Schwämme, 3. fliegende Tiere; in der geologisch-paläontologischen Abteilung: 1. Vulkanismus und 2. Entwickelung der Säugetiere, und in der mineralogisch-petrographischen Abteilung: 1. Gold und Silber, 2. Kupfer, Blei und Zinkerze und 3. Eisenerze.

...und Petersburger Filiale an Mac Donald und Frau Scott ... 100 000 M., und das Geschäft ging weiter großartig. ...wohlorganisierte Reklame den Leuten Sand in die Augen. In den ellenlangen Inseraten wurde den Leuten alles ... angeboten. Da wurden die verschiedensten Schriften zu ... Preisen ausgeboten: Wie werde ich reich? Wie werde ich ...ch? Wie werde ich energisch? So und ähnlich lauteten die ... Dummheit spekulierenden Titel der Bücher, die angepriesen ...den. In dem „Weg zum Reichtum" wurde den Lesern anempfohlen, recht früh aufzustehen, recht fleißig und recht genau zu sein. ...Dasein und Ewigkeit" führte in die Mysterien des Spiritismus. Unter anderem wurde auch eine „Kristallkugel" vertrieben, „um Bilder zu sehen". Derjenige, der die Kugel längere Zeit aufmerksam betrachtete, würde — so wurde versprochen — verborgene Dinge erblicken. Preis 5 M.! Der „Hypnograph" war eine schwarzbunte Pappscheibe, deren Anstarren „die Charakterbildung erleichtern" sollte. Eine „Drehscheibe" sollte die „Botschaft der Geister" übermitteln. Dazu kam eine Zeitschrift: „Neue Gedanken" mit vielen übersinnlichen Gedichten, ferner Werke über „Die Kunst des Atmens", „Okkultistische Philosophie" und dgl. mehr.

Mit der Zeit ließ die umfangreiche marktschreierische Reklame nach, die Geschäfte gingen schlechter und das Geld wurde knapp. Mac Donald und Frau Scott verfielen daher auf den Gedanken, aus ihrem Kundenkreise Darlehen aufzunehmen. Sie versandten in Massen Zirkulare, in denen sie unter Hinweis auf die angeblich glänzende Entwicklung des Geschäfts sogenannte „Korporative Darlehen" aufzunehmen suchten. Für 20 M. Darlehen wurden pro Monat 8 Proz. versprochen. Es wurde dabei gesagt, daß die für den Darlehnsgeber „ein beständiges Einkommen bringenden" Einlagen auf Verlangen jederzeit zurückgezahlt werden würden. Auch darauf fielen viele Personen hinein. Andere wurden jedoch mißtrauisch, sie sandten die Zirkulare im Jahre 1909 zur Polizei, und es kam zu einem Verfahren. Dieses wurde aber wieder eingestellt, weil sowohl Mac Donald als auch Frau Scott angaben, daß sie geglaubt hätten, die Darlehnsgeber würden zu Werbern ihres Verlages werden, weil ferner die Zinsen für die Darlehen bis dahin pünktlich gezahlt waren und weil ihre Behauptung, daß sie im Besitze genügender Werte waren, um jederzeit die Darlehen zurückzahlen zu können, nicht zu widerlegen war.

Bald nach Einstellung des Strafverfahrens begann Frau Scott, die die Seele der Berliner Filiale war, von neuem mit der Versendung solcher Zirkulare in großem Umfange. Sie hat in verhältnismäßig kurzer Zeit etwa 6000 solcher Darlehnsbriefe verschickt. Wenn dies nicht zog, wurde noch ein sogenannter Nachbrief versandt — sogenannte „Aprilbriefe" — und wenn die Leute skeptisch wurden, wurde ein sogenannter „Sicherheitsbrief" hinterher geschickt, in welchem stand, daß das Institut eine Garantie dem Darlehnsgeber gegenüber nicht übernehme. Frau Scott hatte vom Sommer 1909 die Darlehnsregistratur allein geführt; seit April 1910 war die Zahlung der versprochenen Zinsen vollständig eingestellt worden. Frau Scott gründete nun mit dem abwesenden und durch Frau Hörner vertretenen Mac Donald den Psychologischen Verlag in eine G. m. b. H. um, angeblich, um den kranken Mac Donald auf eine möglichst schonende Art auszuschalten. Bald nach der Gründung der G. m. b. H. verließ die Scott Deutschland, sie wurde in London verhaftet und nach längeren Verhandlungen an Deutschland ausgeliefert.

Sie bestreitet jede Schuld. Nach Ansicht der Anklagebehörde soll jedoch das ganze Geschäftsgebaren der Angeklagten Scott ein schwindelhaftes gewesen sein. Für die Verhandlung der Strafsache ist vorläufig eine ganze Woche angesetzt worden.

Die gestrige Verhandlung kam über die verantwortliche Vernehmung der Angeklagten nicht heraus.

Das Martyrium eines unehelichen Kindes

beschäftigte gestern wieder einmal den Moabiter Strafrichter. Unter der Anklage der fortgesetzten gefährlichen Körperverletzung mußte sich der Maurer Wilhelm Grunicke und dessen Ehefrau Helene geb. Freudenberg vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verantworten.

Die mitangeklagte Ehefrau ist Mutter einer vor der Ehe geborenen Tochter namens Elisabeth. Das arme Kind wurde von beiden herumgestoßen und gepufft, bekam wenig und vielfach gar nichts zu essen, so daß das Mädchen sich wiederholt bei fremden Leuten Eßwaren zusammenbettelte, um seinen Hunger zu stillen. Von den Hausbewohnern wurde häufig das Schreien des Kindes selbst zur Nachtzeit gehört, da der angeklagte Ehemann wiederholt, wenn er betrunken nach Hause kam, das Kind mit einem dicken Stocke schlug. Noch schlimmer wurde das Mädchen von der eigenen Mutter malträtiert, die es häufig an den Haaren herumschleifte und so lange schlug, bis der Stock zerbrach. Diese fortgesetzten Peinigungen währten über ein Jahr hindurch, bis die Hausbewohner ihre Scheu, sich „in die Familienverhältnisse anderer Leute" zu mischen, überwanden und endlich der Polizei Mitteilung machten. Das Kind wurde dem praktischen Arzt Dr. Freund zugeführt, welcher feststellte, daß der Körper des Mädchens von oben bis unten mit blauen Flecken und aufgeschlagenen Striemen übersät war. Das Kind mußte sofort in ein Krankenhaus geschafft werden, da es völlig unterernährt war. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die von den Angeklagten zutage gelegte Roheit und Brutalität gegen den Ehemann auf 3 Monate und gegen die Ehefrau auf 5 Monate Gefängnis.

Marktpreise von Berlin am 30. Dezember 1911, nach Ermittelung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 8,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis 2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,40—24,00.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Köpenicker Viertel. Bez. 210 II.)
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer
Wilhelm Hardwig
Oppelner Str. 17
gestorben ist. 212/1
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Dienstag, den 2. d. M., nachmittags 3½ Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Petersburger Viertel)
Bezirk 373 III.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Wilhelm Marquardt
Dolziger Str. 10
gestorben ist. 212/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Dienstag, den 2. Januar, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Paul Schirmer
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Charlottenstr. 18 aus statt. 201/1
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Zivilberufsmusiker Deutschlands.
Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege und langjähriges Mitglied 23325
Heinrich Turnbull
am 31. Dezember verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

...rband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Wilmersdorf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege
August Hatusch
Uhlandstraße 71,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Januar 1912, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Friedhofes, Berliner Straße 101—103, aus statt.
72/1 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Cöpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Paul Schirmer
am 30. Dezember 1911 an Lungenentzündung gestorben ist. 77/1
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Januar statt.
Die Kollegen treffen sich nachmittags 2 Uhr im Versammlungslokal, Schönerlinder Str. 5.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Lokalverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede u. verwandten Gewerbe Deutschl.
Nachruf.
Am 30. Dezember verstarb unser Mitglied
Otto Wegener
(Groß-Lichterfelde, Albrechtstraße.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits am Dienstag stattgefunden. 23275
Die Ortsverwaltung.

Am 31. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler
August Wiedemann.
Um stilles Beileid wird gebeten.
Bestattung heute nachm. 4 Uhr von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Britz aus. 23265

Allen, die meinem geliebten Mann, unserem unvergeßlichen Vater, dem Kaufmann
Franz Sieloff
die letzte Ehre erwiesen und uns Trost gespendet haben, herzlichen Dank.
Emma Sieloff nebst Kindern.

Danksagung.
Für die überaus rege Beteiligung und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Auguste Hellmann
geb. **Zechin**
sage ich allen Verwandten und Bekannten hiermit meinen herzlichsten Dank. 14062
Der trauernde Gatte
Karl Hellmann.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders 14033
Otto Bieberstein
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des dritten Wahlkreises, der Branchenleitung der Klavierarbeiter, des Deutschen Holzarbeiterverbandes, dem Personal Gebr. Jonas, dem Sparverein „Südost", dem Rauchklub „Deutsche Brüder", dem Arbeiter-Stenographenverein Arends, sowie dem Arbeiter-Turnverein Baka-Treptow unseren herzlichsten Dank.
August Bieberstein und Frau nebst Kindern.
Adalbertstr. 59. Grachtstr. 11.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort.

Bei Rückgratverkrümmung
glänzendste **Erfolge**
mit meinem weltberühmten regulierbaren **Redressions-Apparat** — Patent Haas — für Erwachsene und Kinder.
Mein Apparat wurde auf d. 10. Aerzte-Kongress mit d. 1. Preis ausgezeichnet u. erhielt auf der International. Hygiene Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille.
Prospekt u. fachmänn. Beratung kostenlos.
F. Menzel, Orthopädisches Institut,
Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 23.

Ein Versuch überzeugt
daß
Schloßbräu-Flaschenbiere
nahrhaft und, gehaltvoll
und sehr bekömmlich sind.
Die Qualität ist hervorragend!

Tanz-Lehr-Institut **Richard Heinrich** Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Beginn der **neuen Kurse** für Damen und Herren am
Sonntag, den 7. Januar
und folgende Tage.
Unterrichtsstunden: Sonntags von 3—6 Uhr, Dienstags von 8—11 Uhr.
Aufnahmen werden jederzeit vor Beginn des Unterrichts sowie in meiner Wohnung Wrangelstraße 107, II, entgegengenommen. Hochachtungsvoll
Richard Heinrich.

Abendkurse
Berlin, Neanderstr. 3
Technikum, Bauschule.
Direktor: Königl. Regierungs-Baumeister a. D. Arthur Werner, Inhaber.
Prospekte kostenfrei.

Billige Wohnungen
in vollständig renoviertem Hause,
1 Stube und Küche,
3 Stuben, Küche und Bad,
sofort zu vermieten
2236b* Liesenstraße 11a.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

HOMOKORD
Erstklassige Musik-Schallplatte
25½ u. 30 cm Durchmesser. Preis M. 3.—
RUBIN-REKORD
25½ cm Durchmesser, Preis M. 2.—
Kataloge gratis und franko sowie Nachweis von Bezugsquellen durch die
HOMOPHON-COMPANY m. b. H.
Berlin C 30. Klosterstr. 5/6.
Neu! „Eva" von Franz Léhar. Weihnachts-Premiere des Neuen Operetten-Theaters, Berlin.
Alle Schlager aus „Die moderne Eva" und „Polnische Wirtschaft" (von Jean Gilbert) in Original-Besetzung.
Ferner: Schlager aus „Die Nacht von Berlin".

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleide...
Prinzenstr. 41, dicht a... Moritzp...
10—2, 5—7. Sonntags 10—12.

Sensationell! Riesenabsatz!
Deutsche [256/10
Reichstagswahl 1912
Ansichtskarte
Fünf Führer der Sozialdemokratie.
in künstlerisch vollendeter Ausführung
Eine Karte von bleibendem Wert, ein
Schlager ersten Ranges!
Etwas ganz neues, noch nie dagewesenes.
Nur z. bezieh. d. d. Generalvertrieb
C. A. Gademann, **Nürnberg. I.**
Muster gegen 15 Pf. i. Marken franko.

Inventur

Keine Zeit verlieren!
Preise, Auswahl Ausführungen
werden
überraschen!
Ulster 5.— Staubmäntel 4.—
Waschkostüme 6.— Stoffkostüme 10.—
Westmann
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Str.)
Grosse Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69 (Laden).
Wir empfehlen:
Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner
von
Dr. Aug. Erdmann.
Preis geb. 2 M.

Reparaturen. Spez.: Unerläßlich saubere Mensur für **Schüler.** Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratenzahlung für Vorwärts-Abonnenten. Ungewöhnlich ehrende Anerkennungen.
Emil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin C., Joachimstr. 11a.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Inventur-Verkauf

Es kommen ausser bei der Inventur **zurückgesetzte Waren,** grosse Posten andere **besonders vorteilhafte** Artikel und Restposten, **enorm billig** zum Verkauf *Soweit Vorrat*

Blusen

aus verschiedenen Stoffen
90 Pf. 1.35 1.80

Wolle, auf Futter
1.50 2.65 3.95

Ein Posten
Damen-Hüte
zum Aussuchen, durchweg Stück **48 Pf.**

Markttaschen
aus Rindleder, ca. 36 cm gross **2.35**

Damen-Konfektion

Kostüme in schicker Verarbeitung .. 12.50, 14.75, 19.50
Paletots verschiedene Fassons 2.85, 4.75, 8.50
Garnierte Kleider 13.00, 18.00, 25.00
Kinderkleider verschiedene Stoffe . 1.65, 3.50, 4.95
Morgenröcke 2.90, 5.00, 7.00
Matinees hübsche Ausführungen 1.35, 1.75, 2.40
Kostümröcke neue Fassons 1.90, 3.75, 5.50

Wiener Blusen

weiss Volle oder Batist, elegante Ausführung **2.90 4.50 6.25**

Blusen

Tüll oder Seide
3.25 4.75 8.50

Schürzen
für Damen und Kinder, moderne Fassons, geschmackvolle Garnierungen ..... durchweg Stück **1.10**

Frisierkämme
in vorzüglicher Ausführung . **42 Pf.**

Portemonnaies
aus Leder, für Damen o. Herren **42, 85 Pf.**

Satin-Steppdecken diverse Farben, Grösse ca. 160/200 ... 4.75 | **Tischdecken** Wachstuch-Barchent, hübsche Muster, Grösse ca. 100/135 ..... 1.05

Reste u. Abschnitte in Kleider- und Seidenstoffen Seidenband, Spitzen, Stickereien aussergewöhnlich billig

---

ENGELHARDT SPECIAL HELL

Erstklassiges Spezial-Bräu
nach Pilsner Art

Überall käuflich

Flasche 10 Pf.

Réunion-Cigaretten

Ziehung 10. u. 11. Januar
Grosse Berliner
Automobil-Lotterie
8033 Gewinne in Gesamtw. von Mark
135000
spec. 23 Gewinne Gesamtw. Mark
90000
u. 8000 Silbergew. Gesamtw. Mark
45000
1. Hauptgew. W. Mark
30000
2. Hauptgew. W. Mark
20000
3. Hauptgew. W. Mark
10000
usw.
Berliner Automobil-**Lose** à **1** Mk.
11 Lose 10 M. Porto u. Liste 25 Pfg. extra in all. Lotteriegeschäften, Loseverkaufsst. u. durch das Generaldebit
Lud. Müller & Co.
in **Berlin C.,** Spittelstr. 5.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In **Berlin** (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße. Greif-
Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke Würzburg.**

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dirckensenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen

Pollmanns
Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach **Maß,** schick, dauerh. Zutaten von **25 Mark** an. **Moritz Laband,** Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bäre.)

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

4×B = Bock-Bier Berg-Brauerei

Ausstoß am Sonnabend, den 30. Dezember.

Weißensee, Berliner Allee 211/215. Telephon No. 2.

Flausch-
Stoffe, angewebten Futter, für Ulster, Inventurpreis jetzt Mtr. 3 u. 4,50 M.
Tuchlager Koch & Seeland, G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis d. Petrikirche.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Flugblattverbreitung findet heute abend von den bekannten Stellen aus statt.

Die Frauen und die Reichstagswahl.

Donnerstag, den 4. Januar, abends 8 Uhr, finden in Berlin und einigen Vororten öffentliche Versammlungen statt. Thema: Die Frauen und die Reichstagswahl. Da die Versammlungen besonders für die Agitation unter den Frauen bestimmt sind, ist es Pflicht aller Frauen, in den Versammlungen zu erscheinen und recht rege Propaganda dafür zu entfalten. Auch die Männer werden gebeten, zu erscheinen.

Das Massensterben der Obdachlosen

scheint nach neuesten Nachrichten zum Stillstand gekommen zu sein. In den letzten 36 Stunden sind Neuerkrankungen nicht mehr vorgekommen. Die Zahl der unter Vergiftungserscheinungen Erkrankten betrug bis zum Vormittag des Neujahrstages 161, von denen 71 gestorben sind. Man muß jedoch in der Beurteilung dieser Fälle sehr vorsichtig sein, da gewiß manche Erkrankungen auf übermäßigen Alkoholgenuß oder andere Ursachen zurückzuführen sein werden. Sind doch am 30. und 31. Dezember bereits acht Personen wieder aus dem Krankenhaus am Friedrichshain entlassen worden, bei denen sich andere Krankheitsursachen herausgestellt haben.

Die Ursache der Massenerkrankungen und Todesfälle

werden nicht mehr auf Bücklingsvergiftung zurückgeführt, obwohl ärztliche Untersuchungen bis in die letzten Tage daran festhielten. Neuere Ermittelungen haben dazu geführt, daß der den Obdachlosen verkaufte Schnaps große Mengen von Methylalkohol enthielt, dem jetzt die tödlichen Wirkungen zugeschrieben werden. Die Kriminalpolizei ermittelte in Charlottenburg, Wallstraße 42, einen Drogisten Julius Scharmach als Hersteller des Methylalkohols. Dieser Alkohol ist an den Destillateur Isaak in der Danziger Straße, wo viele Obdachlose verkehren, geliefert und dort vom zweiten Weihnachtstage ab zum Ausschank gebracht worden. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte einige Ballons dieses Produktes, das Scharmach als Sprit verkauft hat. Als weitere Käufer nannte er einen Gastwirt in der Landsberger Straße, sowie einen Gastwirt in der Frankfurter Allee. Auch bei diesen wurden größere Mengen des Getränks beschlagnahmt, ebenso auf dem Güterbahnhof in Westend. Betont muß dabei werden, daß diese Gastwirte im guten Glauben, reinen Sprit erhalten zu haben, ihn noch mit Wasser versetzt haben. Die drei Lokale sind vorläufig polizeilich geschlossen worden, ebenso der Laden Scharmachs; später noch das Lokal von Martin in der Rosenstraße 19. Scharmach wurde verhaftet.

Halbamtlich wird hierzu geschrieben: Alles in allem ist jetzt, nachdem die Lokale geschlossen sind, in denen die Scharmachsche Mischung verkauft worden war, ein Rückgang, wenn nicht ein Stillstand der Vergiftungsfälle zu verzeichnen. Außer dem die Ermittelungen leitenden Kriminalkommissar Toussaint neigen jetzt auch die Aerzte des städtischen Obdachs in der Fröbelstraße mehr und mehr der Ansicht zu, daß doch wohl — vielleicht abgesehen von den ersten Fällen — die Vergiftungen durch den Genuß von Methylalkohol entstanden sein können. Sehr auffällig ist jedenfalls, daß die Erkrankungen zu derselben Zeit aufgetreten sind, von welcher ab der Schankwirt Alexander Isaak in der Danziger Straße den Methylalkohol verkauft hat. Bis dahin hatte er seinen Sprit von der Spritbank bezogen. Uebrigens scheinen die Bezieher dieser Mischung, Isaak, Birkholz und Pflamm, auch nicht ganz schuldlos zu sein, da sie die Preise für Sprit, die genau auf der Börse festgestellt werden, kennen und für den Preis, den sie an Scharmach bezahlt haben, unmöglich die Lieferung reinen Sprits erwarten konnten. In dieser Angelegenheit erläßt das Polizeipräsidium folgende Warnung: „Anscheinend sind die zahlreichen Vergiftungsfälle der vorigen Woche auf den Genuß von Methylalkohol zurückzuführen. Auch der Genuß sonstiger auffallend billiger Spirituosen ist bedenklich.“

Aus den zahlreichen Zuschriften, die uns in dieser Sache von den verschiedensten Seiten zugehen, möchten wir die eine besonders hervorheben, nach der bereits am Donnerstag, den 28. Dezember zwei Drogisten in Charlottenburg dem die Untersuchung leitenden Kriminalkommissar telephonisch darauf aufmerksam gemacht haben, daß sie Gelegenheit hatten, im Sommer drei Fälle von Methylalkoholvergiftungen zu beobachten, von denen zwei tödlich verlaufen sind und daß sich die Vergiftungserscheinungen mit denen im Asyl beobachteten deckten. Der Herr Kommissar habe aber zunächst erklärt, daß schon verschiedene Untersuchungen stattgefunden hätten, aber ohne Ergebnis. Die Drogisten blieben aber bei ihrer Meinung. Daraufhin habe der Kriminalkommissar weitere Ermittelungen angestellt, die zu dem oben berichteten Resultat geführt haben.

Neue Obduktionen.

Die ärztlichen Untersuchungen geben noch kein klares Bild von den Ursachen des Massensterbens, was aus folgendem Obduktionsbefund hervorgeht: „Zur Aufklärung der Massenvergiftung öffneten Geheimrat Straßmann, die Medizinalräte Störmer und Hoffmann und Dr. Fränkel gestern nachmittag in Gegenwart des Prof. Weber vom Reichsgesundheitsamt wieder fünf Leichen der verstorbenen Asylisten. Es handelt sich wieder um fünf Männer, die gleich im Anfang im Asyl erkrankten und im Krankenhaus am Friedrichshain starben, die Arbeiter Bruno Krause aus Nathow, Max Teßner, Friedrich Schelke aus Eichberg, Friedrich Nehl aus Lippehne und den Schlosser Joseph Weiß aus Schwesterwitz. Bei allen zeigte sich wieder das schon bekannte Bild aus den früheren Fällen, dieselben Vergiftungserscheinungen. Bei Schelke hat außerdem ein Blutguß in das Gehirn stattgefunden, der allein schon geeignet gewesen wäre, einen plötzlichen Tod herbeizuführen. Worauf dieser Erguß zurückzuführen ist, konnte nicht festgestellt werden. Bei Weiß fand sich außer den Vergiftungserscheinungen auch eine starke Luftröhrenverengung und eine empfindliche Erkrankung des oberen Dünndarmes. Wie früher so wurden auch jetzt wieder der Mageninhalt und Leichenteile verschiedenen Stellen zur bakteriologischen und chemischen Untersuchung überwiesen. Erst nach deren Abschluß wird man näheres über die Todesursache sagen können. Geruch von Methylalkohol hat man nur in geringem Maße wahrgenommen, jedenfalls nicht soviel als man erwarten könnte, wenn der Tod durch Methylgenuß erfolgt wäre. Man muß bei diesen Dingen immer daran denken, daß fast alle Asylisten Alkoholiker sind, und es wird immer wahrscheinlicher, daß gewisse Schankwirte und Destillateure auch früher schon Methylalkohol zu ihren Mischungen benutzt haben.“

Die Kriminalpolizei erhält auch von Drogisten und aus dem Publikum eine Menge Zuschriften, die nach diesen Richtungen Angaben und Andeutungen machen. So erkrankte und starb schon am 15. Dezember in Lichtenberg ein Mann, nachdem er einen Liter Schnaps, den er bei Pflamm kaufte, getrunken hatte. Die Todesursache konnte damals nicht festgestellt werden. Von den jetzt erkrankten Asylisten ist einer fast erblindet. Bei den anderen haben sich die Sehstörungen wieder etwas gehoben. Mehrere von den Gestorbenen sind schon beerdigt worden, alles Männer, die noch Angehörige besaßen. Andere sind zur Beerdigung auch schon freigegeben worden. Die meisten werden auf städtische Kosten beerdigt, weil sich Angehörige nicht melden.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute abend 8½ Uhr Wählerversammlung im Schuhmacherinnungshaus, Fischerstraße 26. Genosse Waldeck Manasse spricht über die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Donnerstag, abends 8½ Uhr, findet in Happoldts Brauerei, Hasenheide 32/38, Eingang Graefestraße, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Heute abend 8½ Uhr Wählerversammlung für die dritte und vierte Abteilung bei Jul. Meyer, Oranienstraße 103. Vortrag des Genossen Richard Fischer. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute, Mittwoch, den 3. Januar, abends 8½ Uhr, finden in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39, und bei Gliesing, Wassertorstr. 68, öffentliche Wählerversammlungen statt. Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Referenten: Landtagsabgeordneter H. Ströbel und Stadtv. A. Ritter.

Vierter Wahlkreis. Am Sonnabend, den 6. Januar, finden zwei Theaterabende statt. In den Andreas-Festsälen kommt zur Aufführung: „Heimat“ von Sudermann und bei Boeker gelangt zur Aufführung: „Kasernenluft“ von Stein und Söhngen. Einlaßkarten 50 Pf. Anfang 8½ Uhr. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr findet in dem Lokal von Schütze, Englische Straße 32, eine öffentliche Versammlung statt. Vortrag: Das Recht des Volkes. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend, 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Kein Genosse darf fehlen.

Groß-Lichterfelde. Donnerstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr: Handzettelverbreitung. Freitag, den 5. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Richter, Chausseestr. 104: Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Der Kandidat und bisherige Vertreter des Kreises Fritz Zubeil. Sonntag, den 7. Januar, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Steglitz. Heute, Mittwoch, abends von 6 Uhr an: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Jede Genossin und jeder Genosse hat die Pflicht zu erscheinen.

Zehlendorf (Wannseebahn). Der Frauenleseabend fällt heute, Mittwoch aus. Dafür findet morgen Donnerstag, den 4. Januar, eine öffentliche Volksversammlung bei Wilh. Mieck, Karlstr. 12 statt. Tagesordnung: Die kommenden Reichstagswahlen und ihre Bedeutung für die Frauen.

Am Mittwoch, den 3. Januar, abends 7 Uhr, eine wichtige Flugblattverbreitung von allen Bezirken aus. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute, Mittwoch, Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Donnerstag, den 4. d. Mts., abends 8 Uhr, im Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9, öffentliche Wählerversammlung. Vortrag des Genossen Killitz-Rixdorf über „Liberalismus oder Sozialdemokratie?“

Weißensee. Am Donnerstag von 12 Uhr mittags ab findet das Einkuvertieren der Wahlaufforderungen usw. im Lokale des Genossen Peukert, Berliner Allee 251, statt. Hieran wollen sich auch die Frauen recht stark beteiligen.

Am Freitag, den 5. Januar, für alle Bezirke: Extra-Zahlabend. Die am Tage der Wahl helfenden Genossen wollen sich dort bestimmt melden.

Zossen. Am Donnerstagabend 7 Uhr von Kurzner aus: Handzettelverbreitung zu der am Sonnabend, den 6. d. M., abends 8 Uhr, ebendaselbst stattfindenden öffentlichen Versammlung mit dem Thema: „Die Volksausplünderer, ihre Helfershelfer und deren wohlberechnete Volksfreundlichkeit vor der Reichstagswahl“. Referent: Genosse Emil Unger. Wir fordern die Parteigenossen auf, recht rege für den Besuch der Versammlung zu sorgen.

Alt-Glienicke. Am Donnerstag, den 4. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Bohn, Grünauerstr. 54: Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Reichstagskandidat Genosse Fritz Zubeil-Berlin. Tagesordnung: 1. Der alte und neue Reichstag. 2. Freie Diskussion. Das Wahlkomitee.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Deutsch-Wusterhausen. Für oben genannte Ortschaften und deren Umgebung findet am Donnerstag, den 4. d. M., abends 7½ Uhr, im „Alten Schützenhaus“ eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“ statt. Hierzu treffen sich die Genossen am heutigen Mittwochabend 7½ Uhr in den bekannten Bezirkslokalen zur Flugblattverbreitung. Aufgabe der Parteigenossen muß es sein, dafür zu wirken, daß die Versammlung, namentlich von Frauen, gut besucht wird. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Heute abend von 7 Uhr ab von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Tegel. Heute Mittag, abends 7 Uhr: Handzettelverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Um 8½ Uhr: Extra-Zahlabend. Da dringende Sachen für die Reichstagswahlen zu erledigen sind, ist es Pflicht jedes Parteigenossen, diesen Zahlabend zu besuchen.

Morgen Donnerstag in Trapps Festsälen: Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Stadthagen. Die Bezirksleitung.

Bezirk Oranienburg. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Wählerversammlung. Referent: Stadtv. Genosse Arthur Stadthagen-Berlin.

Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet eine öffentliche Wählerversammlung unter freiem Himmel in Germendorf statt. Referent: Arbeitersekretär Florian Troeger-Berlin. Für den Besuch dieser beiden Versammlungen wollen die Parteigenossen rege agitieren. Das Wahlkomitee.

Bernau. Im hiesigen Bezirk finden Sonntag, den 7. Januar, folgende Versammlungen statt:

Nachmittags 2½ Uhr in Röntgental, Marx' Waldhaus. Referent: Karl Liesegang-Ober-Schöneweide.

Nachmittags 2½ Uhr in Ruhlsdorf, unter freiem Himmel auf dem Grundstück des Herrn Brahroß, an der Klosterfelder Landstraße gelegen. Referent Fritz Carl, Arbeitersekretär, Berlin. Wir ersuchen die Arbeiterradfahrer, diese Versammlung möglichst zu besuchen.

Abends 8 Uhr im Saale des Herrn Schulze, Ladeburg. Referent: Stadtverordneter Bruns-Berlin. Für diese Versammlung wollen die Bernauer Genossen eine rege Agitation entfalten und wenn möglich auch besuchen. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Die am heutigen Mittwoch, den 3. Januar, fällige Wahlvereinsversammlung fällt aus, dieselbe wird voraussichtlich am Mittwoch, den 10. Januar stattfinden.

Berliner Nachrichten.

Wie es auf einer königlichen Domäne aussieht. Uns wird geschrieben: „Bei den Wahlarbeiten im Dahlemer Dorf fanden Genossen grauenerregende Zustände vor. Sie entdeckten, daß in einem kleinen Stallgebäude an der Kreuzung von Cecilien-Allee und Königin-Augusta-Straße, der Kirche gegenüber, polnische Saisonarbeiter wohnten. Eine kleine niedere Stalltür, die den Eingang bildete, läßt den Gedanken gar nicht aufkommen, daß es sich hier um eine menschliche Behausung handeln könnte. Vom „Eingang“ bis zu einer halbmeterbreiten steilen Holzstiege ist ein Schritt. Der unter der Treppe befindliche Platz hat augenscheinlich einem ganz besonderen Zweck gedient .....

Zur Rechten dieser Treppe liegt ein Raum von vielleicht 2¾ Meter Länge und 1½ Meter Tiefe. Die Wände sind gekalkt, die Decke ist, um die von obenher durchlaufende Feuchtigkeit abzuhalten, mit Pappstücken vernagelt, die aber der Nässe nicht standhalten konnten und an einigen Stellen sich abgelöst haben. Wo dies der Fall ist, erblickt man dann die völlig vermorschten und verfaulten Bretter der Deckenschalung. In diesem Quartier, das einst wohl Kühe beherbergt haben mag, worauf ein großes hölzernes Stalltor deutet, das übrigens die eine ganze Längswand bildet, haben, aus den vorhandenen Bett„gestellen“ zu schließen, mindestens 10 Menschen gewohnt! Ein rohgezimmerter Tisch und die Einrichtung ist, so wie sie ist, komplett. Die Bettstellen sind ein Gewirr von eisernen Stangen und Bandeisen. Als unsere Genossen die marsche Stiege erklommen und die verschließende Falltür hochgedrückt hatten, wären sie gern sogleich wieder umgekehrt. Direkt unter dem Dach wohnten hier an 30 Menschen, Männer, Frauen, Kinder, beieinander. Einige Dachfenster geben die Beleuchtung, der Fußboden ist total verfault und an einigen Stellen eingebrochen. Das Dach ist in drei Verschläge geteilt, in denen ein Aufrechtstehen durch Sparren und Balken des Dachstuhls unmöglich gemacht wird. Im mittleren und hinteren „Raum“ befinden sich zwei eiserne Oefen, auf denen gekocht wurde. Alles ist von Holz, ein Funken, und das ganze Haus stand in Flammen, die Menschen aber, die sich darin befanden, waren unrettbar verloren! Auch hier gibt es zwei Tische und eine Anzahl Bettgestelle von der erwähnten Qualität. Die Wände sind gekalkt, den Boden bedecken Arbeitsgeräte und Schnapsflaschen, herumtollende, nahezu zahme Mäuse vervollständigen das Bild. Die Balken- und Sparrenverbindungen sind vernagelt und dienen als Vorratsspinden. Der Dachraum läuft nach beiden Seiten und oben spitz zu.

Am 18. Dezember mußten die Arbeiter in ihre Heimat zurückkehren. Aber wenn sie im nächsten Jahr zurückkehren! ..... Was gedenkt der Fiskus dann zu tun? Nun, er wird sie in denselben Ställen internieren, denn es ist doch nur sein Interesse, wenn diese Leute in ihrer Lethargie, in ihrem geistigen und sittlichen Tiefstand verbleiben, geben sie doch nur so das rechte Ausbeutungsmaterial!

Das ist agrarische Arbeiterfürsorge! Dieses Ostelbien macht der Königlichen Domäne Dahlem alle Ehre! Ein „Pour le mérite“ für die Herren der Verwaltung! Der Arbeiter freilich wird etwas anderes für sie haben: nämlich einen roten Stimmzettel am 12. Januar.“

Städtischer Seefischverkauf. Von jetzt ab findet wieder jeden Dienstag und Donnerstag ein billiger Verkauf frischer, von der Markthallenverwaltung an den Häfen angekaufter Seefische statt. Die Preise werden von der Markthallenverwaltung festgesetzt und an den Anschlagsäulen bekannt gegeben.

Kraetzes Schneckenpost kam am Neujahrstage mit der nun schon seit Jahren üblichen verdreifachten Verspätung in die Hände der Empfänger. Lieber Leser, wenn Du am Silvesterabend einen Geschäftsbrief oder einen wichtigen Privatbrief aufgibst, so verlaß Dich beileibe nicht auf die deutsche Reichspost. Du kannst von Glück sagen, wenn Du eine solche Postsendung, die am Silvestertage etwa um 5 Uhr nachmittags in den Briefkasten geworfen wurde, schon in der elften Vormittagsstunde des Neujahrstages erhältst. Wohnst Du aber am Ende Deines Bestellreviers, so wird es ganz sicher die zwölfte Stunde. Das heißt, der Brief ist 18 bis 20 Stunden unterwegs gewesen. Und das nennt sich dann die erste Tagespost, zu deren Bewältigung Dein wie ein Gepäckträger belasteter Leibpostschwede vom nahen Postamt bis zu Dir mindestens 4 Stunden braucht! In derselben Zeit kannst Du getrost eine Reise nach der Schweiz machen. Du bist ganz sicher eher im Auslande, als ein im Berliner Osten aufgegebener Neujahrsbrief Dich im Berliner Norden erreicht. Du willst, lieber Leser, an Onkel Kraetke schreiben und Dich beschweren? Bitte, lege die Sechsermarke lieber in die Sparkasse. Die Postexzellenz würde Dir vielleicht antworten, daß es beim besten Willen nicht anders geht, weil die Riesenein nahmen des Neujahrswechsels mit zum Bau neuer Kriegsschiffe, zur Verherrlichung des Imperialismus gebraucht werden, oder daß eine Aenderung in die berühmte Erwägung gezogen werden soll. Wenn Du aber etwa glaubst, daß es mit unserer Postherrlichkeit im nächsten Jahre besser werden wird, dann erhältst Du einen Taler.

Ein Kindesmord ist am Neujahrstag in der Luisenstraße entdeckt worden. In dem Hause Luisenstraße 46 wurde die Leiche eines Kindes gefunden, der die Arme, die Beine und der Kopf abgeschnitten waren. Als Urheberin des scheußlichen Verbrechens wurde die 18jährige Stütze Emma Kamulke ermittelt und verhaftet. Das junge Mädchen hatte Anfang vorigen Jahres ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen bleiben sollte. Die K. verstand es aber, ihrer Herrschaft, der Luisenstraße 46 wohnhaften Frau H. gegenüber, ihren Zustand zu verbergen. Vor drei Tagen verschwand sie nun plötzlich aus der Wohnung der Frau H. und man vermochte sich das Entfernen des Mädchens gar nicht zu erklären. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr unterzog die Wohnungsinhaberin das Zimmer der Stütze einer kleinen Untersuchung und dabei machte sie eine furchtbare Entdeckung

Als sie eine Schublade der Kommode herauszog, fand sie darin den vollständig verstümmelten Leichnam eines neugeborenen Kindes vor. Sie benachrichtigte schleunigst die Polizei. Die angestellten Ermittelungen ergaben, daß die K. heimlich einem Kinde das Leben geschenkt und den Säugling den Kopf vom Rumpf trennte und Arme und Beine von dem kleinen Körper schnitt. Sie hatte nun allen Grund, sich zu entfernen. Gestern abend gegen 7 Uhr kehrte sie jedoch wieder nach der Wohnung der Frau H. zurück und nun konnte sie von einem observierenden Kriminalbeamten verhaftet werden. Sie wurde dem Kgl. Polizeipräsidium eingeliefert und wird sich demnächst wegen Mordes zu verantworten haben. Sie erklärt, das Kind sei bei der Geburt tot gewesen.

Krankheit und Nahrungssorgen gaben der 57 Jahre alten Maurerswitwe Amalie Müller aus der Strelitzerstraße 68 Veranlassung zum Selbstmord. Nachdem vor 5 Jahren ihr Mann gestorben war, ernährte sich die Frau durch Stickereien, außerdem hatte sie von ihrer kleinen Wohnung ein Zimmer abvermietet. Als sie vor einiger Zeit von einem Fußleiden befallen wurde, konnte sie nicht mehr so viel verdienen um ihre Ausgaben zu bestreiten. Am vergangenen Mittwoch wunderte sich ihr Untermieter, daß er keinen Kaffee erhielt. Er sah sich deshalb nach der Frau um und fand die Türe zu ihrem Zimmer verschlossen. Da er auch einen Gasgeruch wahrnahm, benachrichtigte er den Hauswirt, der das Zimmer gewaltsam öffnen ließ. Im Bette fand man die Frau bewußtlos liegen. Sie hatte die drei Gashähne der Ampel geöffnet. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte Wiederbelebungsversuche an, die auch erfolgreich waren. Man brachte die Lebensmüde jetzt zum Lazarus-Krankenhause. Dort starb sie aber gestern an den Folgen der Gasvergiftung.

Ein Bauunfall ereignete sich am Sonnabendmittag am Karlsbad, Ecke Flottwellstraße. Dort verunglückte der Arbeiter Hermann Zabel, Stralsunder Str. 65, der beim Unterfahren des Nachbarhauses beschäftigt war, dadurch, daß das Mauerwerk eines im Abriß befindlichen Gebäudes einstürzte, wodurch die Steife den etwa 6 Meter entfernt arbeitenden Mann so unglücklich traf, daß der Tod bald eintrat. Wie wir hören, ist der Unfall erst abends 6 Uhr der Polizei gemeldet worden, so daß eine sofortige Untersuchung der Ursache des Unfalles nicht stattgefunden hat. Vielmehr ist nach dem Unfall weiter gearbeitet worden. Auch gestern morgen hatte die Polizei noch keine Feststellungen getroffen.

Wegen Kautionsschwindels ist der 23 Jahre alte Zigarrenhändler Karl Fuhrmann aus der Wrangelstraße 57 von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Er betätigte sich als Filialengründer. Der Schwindler mietete in verschiedenen Stadtvierteln leerstehende Läden, setzte sich dann mit Damen und Herren, die Filialleitungen suchten, in Verbindung und ließ sich von ihnen möglichst hohe Bürgschaften für die Uebernahme der Geschäfte zahlen. Allen gegenüber gab er sich für einen Zigarrenimporteur aus. Die geringen Warenbestände, deren er bedurfte, bezahlte er von den Kautionen, weil er keinen Kredit hatte. Die Beträge ließ er sich aber von den Filialleitern sofort wieder zurückgeben. Wiederholt benutzte er einen und denselben Laden, um mehrere Leute zu beschwindeln. Den ersten veranlaßte er durch die Vorspiegelung, daß er ein größeres Geschäft bekommen solle, weil er sehr tüchtig sei, auf den Laden, den er bereits hatte, zu verzichten. Den Zweiten setzte er dann sofort ein, um auch von ihm die Kaution zu bekommen. Auf diese Weise beschaffte er sich in drei Monaten 5400 M. Als er jetzt festgenommen wurde, besaß er trotzdem nichts mehr. Seinen ganzen Briefwechsel hatte er in der elterlichen Wohnung im Klosettraum versteckt.

Ein gemeingefährlicher Kinderfreund ist in der Person des 42 Jahre alten Händlers Max Steimann aus der Cöslinerstr. 2 verhaftet worden. St., der verheiratet und Vater erwachsener Töchter ist, wird beschuldigt, sich in zahlreichen Fällen an Schulmädchen vergangen zu haben. Unter Versprechungen verstand er es, Kinder unter 12 Jahren an sich zu locken und sie dann zu mißbrauchen. Die Eltern eines der Opfer des Unholds kamen dem Treiben schließlich auf die Spur, worauf die Kriminalpolizei einschritt.

Ein mysteriöser Todesfall in Schöneberg. Unter Vergiftungserscheinungen erkrankt und nach wenigen Stunden verstorben ist gestern der 30jährige Feuerwehrmann Stanislaus Borczyklowski aus der Hohenfriedberg Str. 21 in Schöneberg. B. kehrte am gestrigen Dienstag gegen 6 Uhr früh vom Dienst nach Hause zurück und bald darauf hörte der Wirt den Feuerwehrmann in seinem Zimmer heftig stöhnen. Auf die Frage des Vermieters, was ihm fehle, klagte Borczyklowski über Erbrechen und heftige Leibschmerzen. Nach etwa 8 Stunden begab sich der Feuerwehrmann wieder nach seiner Dienststelle, wo er jedoch alsbald so schwer erkrankte, daß er nach dem Schöneberger Krankenhause übergeführt wurde. Hier verstarb der Kranke kurz vor 12 Uhr mittags unter Vergiftungserscheinungen, wie solche auch bei den Todesfällen im Asyl in der Fröbelstraße beobachtet worden sind. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Eine genaue Feststellung der Todesursache konnte bisher noch nicht erfolgen, doch erscheint es als zweifellos, daß Nahrungsmittelvergiftung vorliegt.

Ein rätselhafter Todesfall wird auch aus **Lichtenberg** gemeldet. Dort war die in der Mozartstraße 3 wohnende fünfzigjährige Witwe Doris Schmidt am Freitag voriger Woche an heftiger Diarrhoe und Erbrechen erkrankt und legte sich deshalb zu Bett. Am vorgestrigen Montag wurde Frau Schmidt, die in ihrer Wohnung ganz allein lebte, von einer Verwandten, die sie besuchen wollte, tot aufgefunden. Die sofort benachrichtigte Polizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach der Leichenhalle bringen. Ueber die eigentliche Todesursache dürfte erst die Obduktion Klarheit ergeben.

Automobilzusammenstoß im Tiergarten. Auf der Charlottenburger Chaussee im Tiergarten ereignete sich Montag früh gegen 7 Uhr ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Automobildroschken. Bei der Kollision wurde die eine Droschke vollständig umgeworfen und stark zertrümmert. Von den Insassen verunglückte der 36 Jahre alte Korvettenkapitän v. Schlick, wohnhaft am Lietzenseeufer 8 zu Charlottenburg, und die 30 Jahre alte Directrice Emmy Schwan aus der Bayerischenstraße 30, während die beiden Chauffeure und eine zweite Dame mit dem bloßen Schreck davonkamen. Kapitän v. Schlick erlitt mehrere schmerzhafte Schnittwunden im Gesicht und an den Händen und Fräulein Schwan einige Beinquetschungen. Die Verunglückten fanden in der Charité die erste Hilfe und wurden dann auf ihren Wunsch nach den Wohnungen entlassen. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt. — An der Ecke der Haupt- und Ringbahnstraße stieß nachts ein Automobil mit einem Straßenbahnwagen der Linie D zusammen, wobei der Chauffeur Artur Hoffmann aus der Hubertusstraße 10 zu Steglitz mehrfache Quetschungen und andere Verletzungen erlitt.

Im Zirkus erhängt hat sich der 65 Jahre alte Oberrequisitenverwalter Salomon Kupfer, ein Junggeselle, der früher schon bei Renz tätig war, und seit vielen Jahren bei Busch angestellt war.

Der Arbeiter-Turnverein Fichte eröffnet am Freitag, den 5. Januar 1912, seine 6. Frauenabteilung in der Turnhalle der 286./298. Gemeindeschule, Scherenbergstraße, Ecke Carmen-Sylvastraße. Junge Mädchen und Frauen als Gäste herzlichst willkommen.

Neujahrsarbeit der Feuerwehr. Die Berliner Feuerwehr hatte am Sonntag und am Neujahrstage viel Arbeit zu verrichten. Der erste Alarm im neuen Jahr erfolgte eine Minute nach 12 Uhr nach der Koppenstraße, Ecke Grüner Weg, wo eine Litfaßsäule böswillig in Brand gesetzt worden war. Gleich darauf ging eine zweite Litfaßsäule an der Ecke der Koppen- und Rüdersdorferstraße in Flammen auf. Offenbar handelt es sich in beiden Fällen um ein und dieselben Täter, die aber entkommen sind. — Weihnachtsbaumbrände mußten etwa zehn abgelöscht werden, u. a. im Böhmischen Brauhaus in der Landsberger Allee. Zwei größere Brände brachen in der Waßmannstraße 25/26 und in der Rhinower Straße 7 in einer mechanischen Werkstatt und in einer Schneiderwerkstatt aus. In der Waßmannstraße wurde auch die Dachkonstruktion durch das Feuer stark in Mitleidenschaft gezogen. — In der Neuen Königstraße 36 gerieten bei einem Wohnungsbrand zwei Kinder in Lebensgefahr. Die Kleinen wurden aber noch vor Ankunft der Feuerwehr von einem Briefträger in Sicherheit gebracht. — Auch in der Ebelingstraße 17 schwebten am Neujahrstage mehrere Personen bei einem Wohnungsbrande in Lebensgefahr. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Feuerwehr konnten aber alle Gefährdeten gerettet werden. — Ferner wurde noch die Schloßfeuerwache am Montag alarmiert. Es handelte sich aber um blinden Lärm, verursacht durch einen Feuerschein aus einem Kaminfeuer.

Bei der Silvesterfeier des dritten Kreises im Gewerkschaftshause verlor ein junges Mädchen eine Kette mit Medaillon; ein Andenken ihrer verstorbenen Mutter. Der ehrliche Finder wird ersucht, die Gegenstände bei Pohl, Naunynstr. 30, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Tegel.

Die Fremdenbuch-Eintragung des Bürgermeisters Weigert. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte kürzlich das Amtsblatt die „Tegler Nachrichten" einen Artikel, in welchem dem hiesigen Bürgermeister vorgeworfen wird, in der Sommerfrische des vorigen Jahres Ehebruch getrieben zu haben. In der solchen Blättchen eigenen Weise wird daraus natürlich eine Weltbegebenheit gemacht; und zum Schluß fordert das Ortsblatt die Aufsichtsbehörde auf, gegen Herrn Weigert das Disziplinarverfahren mit dem Endzwecke der Amtsentsetzung ohne Pension zu eröffnen und bis zur Erledigung dieses Verfahrens den genannten Amts- und Gemeindevorsteher der Ausübung seiner amtlichen Befugnisse zu entheben. Die letzte Versammlung des liberalen Wahlvereins beschäftigte sich gleichfalls mit dieser delikaten Affäre, allerdings mit dem für den Verein traurigen Ergebnis, daß verschiedene der liberalen Mannesseelen unter großem Applomb aus dem Wahlverein austraten und der Wahlverein selbst vier Wochen vor den Reichstagswahlen aufgelöst werden mußte.

Wir würden von diesen rein privaten Angelegenheiten des Amtsvorstehers nicht Notiz nehmen, wenn sich jetzt nicht die Freunde des allezeit durch sein scharfmacherisches Vorgehen gegen die Sozialdemokratie auszeichnenden Bürgermeisters in einem Flugblatt an die Einwohner von Tegel wendeten und diese um Zustimmung ersuchten, damit die „bewährte Kraft" auch in Zukunft als Ortsoberhaupt der Gemeinde erhalten bleibt. Unterzeichnet ist das Flugblatt neben verschiedenen Lokalgrößen von den Brüdern von Borsig sowie zwei Borsigschen Direktoren usw. Worin sich diese Kraft bewährt hat, haben die Unterzeichner des Flugblattes für sich behalten. In Arbeiterkreisen ist der Bürgermeister W. als ein Reaktionär bekannt, der den Aufstieg und den zunehmenden Einfluß der Arbeiterklasse auf die öffentlichen Interessen beseitigen möchte. In aller Erinnerung ist noch die Brüskierung der Tegeler Arbeiterschaft bei der vor zwei Jahren erfolgten Zusammensetzung des Wahlvorstandes zu den Gemeindevertreterwahlen, in welchem Herrn Weigert von unseren Vertretern bittere Wahrheiten gesagt wurden. Hat doch selbst der Bezirksausschuß die auf diese ungesetzmäßige Weise zustande gekommenen Wahlen für ungültig erklären müssen. Das noch zu erwartende Urteil des Oberverwaltungsgerichts wird auch wohl den letzten unrechtmäßigen Inhaber eines Gemeindevertretermandats aus dem Ortsparlament verdrängen. Bekannt ist ferner die Gegnerschaft des Bürgermeisters gegen die Freibäder. Fehlt es doch hier trotz des schönen Tegeler Sees an einer den modernen Ansprüchen genügenden Sommer- sowie Winterbadeanstalt. Für Kirchen und Pfarrhäuser sowie für das Bootshaus des exklusiven Ruderklubs war bisher der nun von den feindlichen Brüdern Angegriffene mit Wärme und großer Freigebigkeit eingetreten. Wenn es galt, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, hat der Bürgermeister stets versagt. Die Arbeiterschaft wird daher die Gesellschaft in ihrem häuslichen Streit um die „bewährte Kraft Tegels" unter sich lassen.

Friedenau.

Ein eigenartiger Straßenbahnunfall ereignete sich in der Beckerstraße. Dort riß während der Fahrt von einem Straßenbahnzug der Linie 60 die Kuppelung. Als dann der Motorwagen hielt, fuhr der Anhänger mit ziemlicher Gewalt auf diesen auf, so daß mehrere Scheiben in Trümmer gingen. Nach dem Unfall meldeten sich vier Personen als verletzt. Die Verunglückten wurden im Auguste-Viktoria-Krankenhaus verbunden.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der Erlaß eines Ortsstatuts über die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen ist wiederholt Gegenstand der Beratung gewesen. Die Gemeindevertretung hatte bekanntlich ein weitergehendes Ortsstatut als das Berliner beschlossen. Einzelne Gewerbetreibende bewirkten jedoch durch Einsprüche, daß die Verkaufszeiten wie in Berlin festgesetzt wurden. Von unseren Genossen wurde dieses sonderbare Verhalten der Gewerbetreibenden gebührend beleuchtet, sogar einige bürgerliche Herren sprachen sich mißbilligend hierüber aus. Die Verkaufszeit ist nunmehr im Sommer auf 8—10 Uhr, im Winter auf 12—2 Uhr festgesetzt, ausgenommen sind die Nahrungsmittel- und Blumengeschäfte. Einem Vertrage mit dem Fiskus über die Errichtung einer königlichen evangelischen Präparandenanstalt am 1. April 1912 wurde zugestimmt. Diese Anstalt, bestehend aus drei Klassen, soll in der neuen Volksschule in der Fallenberger Straße untergebracht werden. Das Schulgeld soll 120 M. pro Jahr und Schüler betragen. Die Anstalt soll sich völlig selbst erhalten; eine Annahme, die vom Genossen Taubmann in Frage gestellt wurde. Bemerkenswert ist, daß vor allem die zur Verfügung zu stellenden Schulräume in der Berechnung gar nicht mit aufgeführt sind. Den Herren Mewes und Laugsch paßten die Ausführungen unseres Genossen nicht in den Kram. Sie betonten ganz besonders die Errungenschaft, daß nunmehr auch in Weißensee sich eine „Königliche Anstalt" auftue. Für so etwas könne man schon einen kleinen Zuschuß übrig haben. — Eine stundenlange Debatte entspann sich über die Feststellung der Grundsätze für die Bildung eines Hypothekenfonds. Da die Beschaffung von zweiten Hypotheken für den Hausbesitzer sehr schwierig sind, wurde bereits in ihren Vereinen fortwährend dahin gedrängt, daß die Gemeinde ein solches Hypothekeninstitut errichte. Nach den Satzungen werden Grundstücke, die in den letzten 10 Jahren erbaut sind, bis zu 75—80 Proz. des Wertes des Grundstückes beliehen. Das Darlehen ist mit 5 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgen. Für diesen Zweck soll eine Anleihe von 5 Millionen Mark aufgenommen werden. Der Gemeindevorstand wurde ermächtigt, mit Hohenschönhausen über einen Zweckverband in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Zum Schluß rühmte es Herr Kohler noch ganz besonders, daß Weißensee als erste Gemeinde um Großberlin für die Hausbesitzer etwas „Großes geleistet" habe. Seine Nachbarschaft sowie die ganze Vertretung hörte mit einem skeptischen Lächeln diesen Lobpreisungen zu. — Für die Errichtung der neuen Seebadeanstalt hatte das Bauamt das dritte Projekt vorgelegt. Diese Angelegenheit ist nunmehr erledigt. Die Kosten für die Errichtung der Anstalt an derselben Stelle, an der sich die alte befand, sollen 84 000 M. betragen. — Der Fernsprechnachtdienst soll auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Die Gemeinde übernimmt die Garantiesumme im Betrage von 1420 M.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde die Eröffnung der öffentlichen Rechtsauskunftstelle zum 1. Januar 1912 beschlossen. Vorläufig sollen in jeder Woche abends 2 Sprechstunden von 5 bis 7 Uhr abgehalten werden. Der am 31. Dezember 1911 abgelaufene Fährvertrag wurde auf 3 Jahre verlängert. Der Fiskus forderte anstatt der bisherigen Pachtsumme von 400 M. eine solche von 500 M. Die Vertretung stimmte dem Vorschlage zu. In die Gesundheits- und Hundesteuerkommission wurde Genosse Mieke gewählt. Eine längere Debatte entspann sich bei der Ergänzung der Tiefbaukommission. Schöffe Dr. Wallburg legte in dieser Kommission sein Amt als Vorsitzender nieder, weil er angeblich von dem Bürgermeister Dr. Stiller beiseite geschoben sei. In der sich anschließenden Debatte zwischen dem Bürgermeister Dr. Stiller und dem Schöffen Dr. Wallburg kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Genosse Barth nahm bei dieser Gelegenheit Anlaß, zu erklären, daß sich die Gemeindevertreter auf die Dauer derartige persönliche Auseinandersetzungen nicht gefallen lassen werden. Hierbei erinnerte der Redner daran, daß, obwohl die frühere Gemeindevertretung durch die Bewilligung einer Viertelmillion für den Kirchenbau und den famosen Gasanstaltsvertrag geradezu ein Verbrechen an der Gemeinde begangen habe, seinerzeit derartige persönliche Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen und bürgerlichen Vertretern nicht vorgekommen seien. Nach fast zweistündiger Debatte über diesen Punkt wurde die Tiefbaukommission durch die Verordneten Lehmann, Hinze und Stephan (Soz.) verstärkt. Bei der Wertzuwachssteuerveranlagung wurde beschlossen, die Veranlagung für das nächste Jahr dem Kreisausschuß zu überlassen, um erst zu sehen, wie sich die Sache entwickelt. Die Angelegenheit betreffs Zahnpflege der Schulkinder wurde der Schuldeputation überwiesen, damit diese in Gemeinschaft mit dem Schulzahnarzt der Vertretung geeignete Vorschläge machen kann. Genosse Mieke stellte alsdann den Antrag, die Punkte: „Umfrage über das Elisabethhospital" und „Gedächtnisfeier für Friedrich den Großen" in der öffentlichen Sitzung zu verhandeln. Ihm schloß sich auch Genosse Barth an, der vorschlug, die Beschlüsse der geheimen Sitzung, soweit sie nicht durch die Veröffentlichung der Gemeinde Schaden bringen können, in das offizielle Protokoll aufzunehmen. Begründend hierzu bemerkte Redner, daß die Bürgerschaft über einzelne Punkte nicht genügend unterrichtet sei. So seien z. B. die Anträge betreffs der Badeanstalt und des Friedhofes erst in öffentlicher Sitzung verhandelt worden, um dann später in geheimer Sitzung fortgeführt zu werden. Dadurch komme es, daß kein Mensch wisse, wie weit diese Angelegenheiten vorgeschritten seien. Die geheimen Sitzungen müßten so viel wie möglich vermieden werden. Bürgermeister Dr. Stiller versprach, nach Möglichkeit alles in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Es wurde hierauf der Antrag, die beiden Punkte in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, angenommen. Betreffs des Elisabethhospitals teilte der Bürgermeister mit, daß unter den hiesigen Aerzten eine Umfrage vorgenommen worden sei, in der sich dieselben in jeder Weise lobend über die Behandlung, Verpflegung usw. ausgesprochen hätten. Nur sei das Krankenhaus ständig überfüllt. Der Vertrag mit dem Hospital enthalte keinerlei Bestimmungen, daß unbedingt Betten für uns freigehalten werden müssen; es sei dieses in der Praxis auch gar nicht durchzuführen. Alsdann empfahl der Bürgermeister am 24. Januar 1912 zur Erinnerung an den 200jährigen Geburtstag Friedrich des Großen einen Bierabend zu veranstalten und dazu die gesamte Bürgerschaft einzuladen. Der Oberpostassistent Ehlert hat eine Chronik Friedrichshagens geschrieben, welche er der Gemeinde zur Verfügung stellt. Der Bürgermeister beantragte daher, diese Chronik im Auftrage der Gemeinde drucken zu lassen, damit dieselbe am 24. Januar erscheinen könne. Die Kosten für den Druck der Chronik würden etwa 500 M. betragen. Genosse Mieke sprach sich gegen die Feier aus, da die Arbeiter keinen Anlaß haben, diesem Monarchen besondere Ehrung als angeblichem Begründer Friedrichshagens zuteil werden zu lassen. Betreffs der Chronik Friedrichshagens sei er der Meinung, daß man im Prinzip gegen eine solche nichts einwenden könne. Der Gemeindevertretung müsse aber Gelegenheit gegeben werden, den Inhalt derselben kennen zu lernen. Nachdem sich mehrere Verordnete noch gegen die augenblickliche Drucklegung gewandt hatten, wurde der Antrag angenommen, die Chronik eventuell zu übernehmen, wenn der Vertretung Gelegenheit gegeben wird, diese auf ihren Inhalt hin zu prüfen. Der Bierabend wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Betreffs des Freibades wurde mitgeteilt, daß ein Lokaltermin stattgefunden habe und eine Aenderung des Freibades bestimmt zu erwarten sei. Nur über die Einrichtung sei man sich noch nicht im klaren. Jedenfalls solle die Verwaltung des Bades einer gemeinnützigen Gesellschaft überwiesen werden. Genosse Barth brachte bei dieser Gelegenheit die Errichtung der Gemeindebadeanstalt in Erinnerung. Aus Anlaß ihrer langjährigen Tätigkeit für die Gemeinde sind dem früheren Schöffen Anklam und dem früheren Vertreter Sonnenburg (Soz.) Ehrengeschenke überwiesen worden. Zum Schluß gab es noch unter Persönliche Bemerkungen zwischen dem Bürgermeister Dr. Stiller einerseits und den Schöffen Dr. Wallburg, Dr. Kohli und Hofrat Lange andererseits eine heftige Auseinandersetzung, die erst dadurch ihr Ende erreichte, daß fast die gesamte Vertretung den Saal verlassen hatte.

Schmargendorf.

Eine erhebliche Belästigung, nicht aber eine Gefahr. Die Vororte Berlins haben in den letzten Jahren einen erstaunlich starken Aufschwung genommen. Meist treibt den in der Knochenmühle der Arbeit zermürbten Großstädter das Bedürfnis nach frischer, unverdorbener Luft hinaus. Aus diesem Grunde bringt er erhebliche Opfer ab Zeit und Geld, die das Draußenwohnen notwendigerweise erfordert. Zuweilen allerdings gerät er aus dem Regen unter die Traufe, besonders dann, wenn ihm sein Geldbeutel kategorisch gebietet, in einem der berüchtigten „Gartenhäuser" zu wohnen. Dann kann es ihm sehr oft passieren, daß er statt guter Luft und erquickender Ruhe mehr Lärm und Staub verdauen muß, als in irgend einem Viertel Berlins. Wegen dieses Mißstandes haben vor einiger Zeit zirka 30 Mieter eine Petition an den Amtsvorsteher von Schmargendorf gerichtet und gebeten, Maßregeln gegen das unsinnige Klopfen von Teppichen, Polstermöbeln, Betten usw. im Freien oder auf dem Balkon zu jedweder Zeit zu treffen und die Klopfzeit einheitlich zu regeln. Die Petenten sahen sich zur Beschreitung dieses Weges gezwungen durch die Regellosigkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der ein Teil der Schmargendorfer Herrschaften an jedem Tage und zu jeder Stunde, oft bis in die Nacht hinein und nicht selten auch am Sonntag, durch Klopfen obengenannter Gegenstände in unerträglicher Weise Lärm und Staub verursachen, so daß es Personen, die zum Teil geistig arbeiten müssen, sowie solchen Personen, die anstrengenden Nachtdienst haben, geradezu unmöglich ist, diesen Zuständen gegenüber sich noch länger passiv zu verhalten. Nach einigen Wochen lief ein amtliches Schreiben ein, worin der Empfang der Petition bestätigt und die Prüfung der Angelegenheit zugesagt wurde. Nunmehr ist der Entscheid, der ein klassisches Dokument auf unsere heutigen Rechtszustände darstellt, den Petenten zugestellt worden. Derselbe lautet folgendermaßen:

Amtsvorsteher
Tgb.-A. 8203.

Schmargendorf, 18. 12. 1911.

Zum Schreiben vom 9. Oktober 1911.

Von dem Erlaß einer Polizeiverordnung zur Regelung der Zeit des Teppichklopfens muß ich Abstand nehmen.

Das Kammergericht hat wiederholt derartige Polizeiverordnungen aufgehoben, da die mit dem Teppichklopfen verbundenen Nachteile, sowohl der Lärm als auch die Staubentwickelung, wohl eine erhebliche Belästigung, nicht aber eine Gefahr für das Publikum bilden, welche eine polizeiliche Regelung, wie sie hier geplant ist, auf Grund des § 10, II, 17 A. L.-R. rechtfertigen würde. (Vergl. Johow, Jahrb. der Entsch. des K.-G., Bd. 34; C. 54.)

Eine Ausnahme hat das Kammergericht nur da gemacht, wo es sich um Kurorte handelt. Schmargendorf kann aber zweifellos als Kurort nicht angesehen werden.

Es empfiehlt sich daher, die Frage im Wege der Hausordnung durch die Hauswirte zu regeln.

Den Mitunterzeichnern der Eingabe bitte ich hiervon Kenntnis geben zu wollen.

Die Feststellung, daß der Staub nur eine erhebliche Belästigung darstellt, ist geradezu köstlich. Warum geht denn die Polizei so strenge vor, wenn es sich um Vorderwohnungen handelt. Hausfrauen und Dienstmädchen wissen, daß sie ein Strafmandat zu gewärtigen haben, wenn sie beim Ausschütteln eines einzigen Staubtüchleins nach der Straße hin ertappt werden, von Klopfen von Teppichen, Betten usw. auf Balkone an der Straße ganz zu schweigen. Ebenso befremdlich muß der Umstand anmuten, daß bei Kurorten Ausnahmen gemacht werden können. Mögen doch diejenigen, die nicht in der beneidenswerten Lage sind, einen derartig polizeilich geschützten Kurort aufsuchen zu können, ruhig Staub fressen und Steuern zahlen.

Aus aller Welt.

Immer schneidig!

Den Weltruf des preußischen Assessors und Reserveoffiziers hat am Dienstag in Frankfurt a. M. der Forstassessor und Hauptmann der Reserve v. Knobloch auf schneidigste Weise gewahrt. Auf dem Grundstück der alten Post kam es zwischen ihm und dem Kaufmann Hedrich von der Speditionsfirma Pinnow wegen der Aufstellung von Möbeln auf dem Speicher der Speditionsfirma zu Zwistigkeiten, in deren Verlauf v. Knobloch einen Revolver zog und zwei Schüsse auf Hedrich abfeuerte; die eine Kugel durchbohrte die rechte Hand, die andere drang in den Rücken. Hedrich wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er um 10 Uhr starb. v. Knobloch, der sich ungehindert entfernen konnte, wurde um 10 Uhr im Hotel Deutsches Haus verhaftet. Er mußte durch einen Nebenausgang aus dem Hotel transportiert werden, da sich eine erregte Menge angesammelt hatte, die v. Knobloch zu lynchen drohte.

Auf der Flucht ertrunken.

Eine Zigeunerbande, die in der Umgegend der ungarischen Ortschaft Vibdan längere Zeit ihr Wesen getrieben hatte, versuchte auf der Flucht vor einer Militärabteilung einen Donauarm zu überschreiten. Ein Wagen von 14 Mitgliedern der Bande wollte den Strom durchfahren. Als das Fahrzeug die Mitte des Flusses erreicht hatte, verschwand es plötzlich in den Wellen. Sämtliche Personen fanden den Tod.

Der Spion als Held.

Aus dem wegen Spionage verurteilten französischen Hauptmann Luz ist über Nacht ein Held geworden. Es ist ihm gelungen, nach seiner Flucht aus der Festung Glatz französischen Boden zu erreichen. Nach seiner Meldung im französischen Kriegsministerium wurde er dem Kriegsminister vorgestellt. Die französischen Blätter bringen spaltenlange Berichte über die Vorbereitung und Ausführung der Flucht und es wird wohl nicht lange dauern, bis aus dem Hauptmann und Spion ein funkelnagelneuer Major wird.

Interessant an dem ganzen Vorgang ist die Verschiedenheit der Moralbegriffe. Was den deutschen Patrioten an dem französischen Offizier als ein schandbares Verbrechen gilt, das nach dem bürgerlichen Recht mit Festung oder Zuchthaus bedroht ist, erscheint den französischen Patrioten, wenn es ihnen nutzt, als eine durchaus moralische, ja preiswürdige Tat. Und ebenso umgekehrt. Und trotzdem jagen unsere Moralphilosophen von feststehenden Moralbegriffen, von Ewigkeitswerten, die durch übersinnliche Schöpfung im Menschen schlummern.

Naturkräfte.

In der Nacht zum Montag sind große Massen der historischen Weißen Klippen bei Dover abgebröckelt und in die See gestürzt. Das durch den Absturz verursachte Getöse war meilenweit zu hören. Eine mächtige Flutwelle erreichte Folkestone, wo außerhalb des Hafens liegende Kohlenschiffe um mehrere Fuß von dem Wasser gehoben wurden, so daß die Ankerketten rissen. Die Fischerboote tanzten auf dem Wasser wie Korken.

Tunneleinsturz.

In der Nähe von Svrljig in Serbien ist am Sonntag ein im Bau befindlicher Tunnel an der neuprojektierten Eisenbahnlinie Knjaschevatz—Nisch eingestürzt. Siebzehn Arbeiter sind verschüttet worden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen und gelang es nach langstündigen Mühen 16 Arbeiter unversehrt ans Tageslicht zu bringen; man hofft auch den letzten Verunglückten noch lebend aus seiner qualvollen Lage zu befreien.

Kleine Notizen.

In den Flammen umgekommen. In Bacha an der Werra ist das Gasthaus zum Fremdenverkehr in der Neujahrsnacht abgebrannt. Zwei Töchter des Wirtes sind verbrannt.

Gekentertes Segelboot. Drei junge Leute aus Kiel, die eine Segelbootfahrt nach der Strander Bucht unternahmen, sind beim Kentern ihres Bootes ertrunken. Die Leichen wurden noch nicht gefunden.

In den Fahrstuhlschacht gestürzt. In einem Palais in der Königinstraße in München ist Graf Bellegarde, Mitglied des österreichischen Herrenhauses und des Reichsrates in einen offenen Fahrstuhlschacht gestürzt und hat dabei so schwere Verletzungen erlitten, daß er nach einigen Stunden verstarb.

Umsonst gemüht. Wie aus Lemberg gemeldet wird, wurde einem aus Amerika heimkehrenden Bauern sein ganzer Verdienst von 14 000 Kronen, den er in Banknoten in seiner Weste eingenäht hatte, im Eisenbahnkupee gestohlen. Der Bedauernswerte war eingeschlafen, dabei war ihm der Teil der Weste, wo die Banknoten eingenäht waren, abgeschnitten worden.

Russisches Neujahr. In Minsk wurden sechs Gefangene, die an der Gefängnismeuterei in Borrissow teilgenommen hatten, zum Tode durch den Strang verurteilt. Bei der Meuterei waren mehrere Polizeibeamte getötet worden.

Ein Sittenskandal in Ungarn. Nach Blättermeldungen ist man in Marmaros Sziget einem Sittlichkeitsskandal auf die Spur gekommen, dessen Helden und Heldinnen den feinsten Kreisen der ungarischen Gesellschaft angehören. Bekannt wurden die Vorgänge, weil in einem Mädchenpensionat der Stadt vier adelige Mädchen unter so bezeichnenden Umständen erkrankten, daß sie von der Schule entfernt werden mußten.

Ein Badeort durch Feuer zerstört. Das Bad Buchenthal bei Niederuzwil bei St. Gallen ist niedergebrannt.

Todessturz aus dem Zuge. Der Reisende Gerth aus Berlin stürzte bei Zakrzewo (Kreis Gnesen) aus einem in voller Fahrt befindlichen Eisenbahnzuge und erlag bald darauf seinen Verletzungen.

Arbeiterrisiko. Infolge des Reißens eines Drahtseiles in Oberndorf bei Regensburg sind die Steinbrucharbeiter Jakob und Johann Knittl in die Donau gestürzt und ertrunken.

Opfer des Eises. Beim Eislaufen auf dem Pichlarsee in der Umgebung von Villach sind zwölf Personen eingebrochen. Zwei davon sind ertrunken.

Arbeiter-Esperanto-Vereinigung Groß-Berlin. Gruppe Zentrum. Freitags 8½ Uhr, Restaurant Trödel, Blankenfelde-Str. 10. — Gruppe Moabit. Freitags 8½ Uhr, Restaurant Frosch, Gotzkowskystraße 36. — Gruppe Rixdorf. Sonnabends 8 Uhr, Restaurant Kuhlmey, Steinmetzstr. 84.

Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost". Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, bei Reidhardt, Görlitzer Straße 58: Vortrag. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiderens Almanak 1912 (Arbeiter-Almanach), herausgegeben von der dänischen Sozialdemokratie. Gyldendals Verlag, Kopenhagen.

Reclams Universalbibliothek. Nr. 5360. Pech-Schulze. Originalposse von H. Salingré. Herausgegeben von Ernst Weiland. — Nr. 5364. **Der lebende Leichnam.** Drama von Leo Nikolajewitsch Tolstoj. Deutsch von Fred M. Balte. Jede Nummer 20 Pf. Ph. Reclam, Leipzig.

„Revanche". Komödie von O. Soyka. 2,50 M., geb. 3,50 M. A. Langen, München.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— **A. 5.** Ja, das ist schon wiederholt vorgekommen. — **A. B. 1872.** Auf technische und physikalische Abhandlungen können wir uns im Briefkasten nicht einlassen. Dazu ist das Studium der Fachliteratur notwendig. Erhältlich in den öffentlichen und Gewerkschaftsbibliotheken. — **M. Z. 16.** Näheres zu erfahren im Bureau des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen, Sebastianstraße 37/38, Quergebäude II.

Witterungsübersicht vom 2. Januar 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 4°R	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 4°R
Swinemde.	765	W	4	Nebel	6	Haparanda	740	N	2	bedeckt	—6
Hamburg	768	SW	3	Nebel	7	Petersburg	747	WSW	2	Schnee	2
Berlin	768	SW	3	bedeckt	6	Scilly	774	WSW	2	wolkig	9
Frankf.a.M.	774	SW	4	Nebel	4	Aberdeen	766	SSW	1	bedeckt	9
München	777	W	4	heiter	1	Paris	776	SSW	1	bedeckt	7
Wien	770	W	2	bedeckt	3						

Wetterprognose für Mittwoch, den 3. Januar 1912.

Etwas kühler, zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit öfter wiederholten Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 1. cm	seit 31. 12. cm[1])	Wasserstand	am 1. 1. cm	seit 31. 12. cm[1])
Memel, Tilsit	154	—7	Saale, Grochlitz	135	+11
Pregel, Insterburg	-45[2])	+1	Havel, Spandau[3])	—	—
Weichsel, Thorn	34	0	„ Rathenow[3])	48	—4
Oder, Ratibor	133	—12	Spree, Spremberg[3])	82	+2
„ Krossen	92	+4	„ Beeskow	82	0
„ Frankfurt	103	+5	Weser, Münden	246	—12
Warthe, Schrimm	34[4])	0	„ Minden	306	—12
„ Landsberg	—	—	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	2	—4	„ Kaub	298	—16
Elbe, Leitmeritz	3	0	„ Köln	—	—
„ Dresden	—124	—1	Neckar, Heilbronn	150	—20
„ Berlin	97	+3	Main, Wertheim	200	—11
„ Magdeburg	84	+4	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Oberhalb der Brücke Eisstand. — [4]) Eisgang.

Bis 20. Januar

Meine Serien-Preise sind um zirka 20% ermässigt

Bisher M.	Jetzt M.
3	2.25
4	3
5	3.75
6	4.50
7	5.25
8	6
9	7
10	8
11.50	9
13	10.50
15	12
17.50	14
21	17

Inventur-Verkauf

Im Erdgeschoss: **Herren-Kleidung:** Jackett- u. Rock-Anzüge

Gesellschafts-Anzüge ▫ Ulster und Paletots für Sommer und Winter ▫ Hosen ▫ Fantasie-Westen ▫ Loden- und Pelz-Joppen ▫ Schlafröcke ▫ Morgen-Joppen

Im ersten Stock: **Jünglings- und Knaben-Kleidung:**

Jackett-Anzüge ▫ Ulster ▫ Paletots ▫ Joppen- und Schul-Anzüge ▫ Blusen- und Jacken-Anzüge ▫ Pyjacks ▫ Sweaters

Im zweiten Stock: **Sport-Abteilung:** Joppen-Anzüge

Loden-Pelerinen und Wetter-Mäntel für Damen und Herren

Besonders günstig:

Ein großer Posten Stoffe für Herren- u. Damensachen geeignet

Herren-Gehpelze 10—20 Prozent Preisermässigung!

Bis 20. Januar

Meine Serien-Preise sind um zirka 20% ermässigt

Bisher M	Jetzt M.
25	20
28	22
32	26
36	29
39	31
42	34
45	36
48	38
54	43
60	48
68	54
75	60
85	68

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6 gegenüber der Breite Strasse

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6 gegenüber der Breite Strasse

Aufarbeiten von Betten und Bettfedern

Bettfedern-Gustav Lustig

Fabrik mit elektrischem Betriebe

BERLIN S 85
Prinzen-Str. 46 u. 47

Bettfedern
zu 0⁵⁵, 1⁰⁰, 1²⁵, 1⁵⁰, 1⁷⁵, 2⁵⁰, 3⁰⁰, 3⁵⁰ bis 6⁰⁰ M. per Pfund

Fertige Betten
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) zu 12, 15, 23⁵⁰, 28⁵⁰, 32⁵⁰, 39, 46, 55, 63, 77 bis 105 M.

Daunen
zu 2⁸⁵, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁵⁰ bis 9⁰⁰ M. per Pfund

Jährlicher Umsatz **3000 Zentner**
Bettfedern und Daunen.
Kein zweites Geschäft, das an Private liefert, kann einen auch nur annähernden Umsatz nachweisen. Gleiche anderweitige Angaben sind unwahr; man lasse sich daher nicht täuschen.

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllung:
Monopoldaunen
Pfund M. 2.85 (gesetzlich geschützt)
Monopoldaunen
3–4 Pfund zum grossen Oberbett.
Monopoldaunen
sind natürliche Daunen wie alle inländischen

Metallbettstellen
von 5⁰⁰ M. an. Ständiges Lager von über **1000 Stück**

Proben und Preislisten gratis.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 20,00, feinste Brautbetten, Wäsche, Gardinen, Decken. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. *

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841K*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Pflanzendaunen, bestes Füllmaterial für Kissen, Bettfedern, Daunen, Inletts, Bettfedernreinigung, Gardinen, Stores, Teppiche, Bettvorleger, Möbelstoffe, Tischdecken usw. Frankfurter Allee 104, Eckhaus Friedenstraße, und Brunnenstr. 40. *

Zehn **Prozent** Rabatt Vorwärtslesern.

Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 126.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1.25, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 801K*

Federbetten, Prachtstand, zweischläfrig, 16,00, hochfeine 22,00. Wäscheverkauf spottbillig. Zentralleihhaus Schöneberg, Hauptstraße 111. *

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Alles spottbillig: Betten, Stand 9,—, mit 2 Kissen 10,—. Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9 Flureingang. Vorwärtslesern zehn Prozent. Sonntags geöffnet. 2488K*

Pfandleihhaus. Küstrinerplatz 7, billigster Uhrenverkauf, goldene Kettenverkauf, Doublee-Kettenverkauf, 20jährige Garantie, Teppiche, Portieren, Paletots, Anzüge, Pelzstolas, Verschiedenes. 656K*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nast, Mulackstraße 14. *

Pommersche Betten! zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen. Pfandleihe, Prinzenstraße 34. 811K*

4.25, Prachtbett 10,00, ganzer Stand, rotrosa gestreift. Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. *

Monatsanzüge, Paletots, große Auswahl, speziell für starke Figuren, sowie elegante neue Garderobe, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 10. *

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe Landsbergerstraße. 2057K*

Teppiche, Prachtstücke mit kleinen Farbfehlern, 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 6,75, Steppdecken 4,50. Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 4,50. Günstigste Kaufgelegenheit. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 7978K*

Kanarienroller, 5,00. Zeidler, Kopernikusstraße 25. †65

Umzugshalber. Prachtbetten 13,00, zwei Stand, Bettstelle, Matratze 18,00. Yorckstraße 17 II. †144

Gaskronen ohne Anzahlung wöchentlich 1,00, Riesenlager Louis Böttcher (selbst), Ratenverkauf nur in Betriebsleitung Boxhagenerstraße zweiunddreißig, erste Etage. (Bahnverbindung Warschauerstraße). Persönlich anwesend. Bedeutend herabgesetzte Preise. 832K*

Geschäftsverkäufe.

Verkaufe Grünkramgeschäft krankheitshalber für Taschengeld Swinemünderstraße 53. †145*

Möbel.

Nußbaumwirtschaft, passend für Brautleute, Stube, prächtige Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich 220,00 verkauft schleunigst der Verwalter, Weinmeisterstr. 1b/2. 589K

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstraße. Riesen-Auswahl in Möbeln jeder Art. Billige Preise auf Kredit und gegen bar. Kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. *

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Nußbaummöbel, fast unbenutzt, sowie Pianino, echte Bronzekrone, Wert 225,—, jetzt 75,—, umständehalber sofort bis 9 abends. Privatleute bevorzugt. Linienstraße 115, I links (nahe Artilleriestraße). †150*

Bettstelle mit Matratze, Waschtisch, Marmorplatte, Tisch billig verkäuflich. Lenbachstraße 16, Quergebäude III, Hentschke.

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Chaiselongue, neues, 16,—. Herdt, Große Hamburgerstraße 13/14.

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Tischlermeister Nejemske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Chaiselongue, hochelegant, 16,—, Plüschsofa, Auszugtisch. Lützowstraße 74 I. 210/1

30 Prozent billiger Sofas, Garnituren, Chaiselongues, Umbauten, Klubsessel, Ledersofas, Standuhren, komplette Wohnungseinrichtungen, auch mahagoni! Riesen-Möbel-Inventur-Verkauf; nur Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 7/12

Brautleuten bildschöne Nußbaumwirtschaft, Stube und Küche auch einzeln, spottbillig verkäuflich Waßmannstraße 13 I. 2/4*

Nußbaumwirtschaft Geldmangelhalber verkäuflich. Broda, Weißenburgerstraße 66. 1/19

Musikinstrumente.

Flügel-Gelegenheitskäufe (Schiedmayer, Bechstein, Förster, Schröder, Pfeiffer) zu billigsten Inventurpreisen. Niederlage Potsdamerstraße 27 B, Vorderhaus. 2/17

Prachtgrammophon verkauft Drews, Schliemannstraße 19. 2/3*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumenstraße 44. 23K*

Herrenfahrrad, guterhalten, 25,00, Damenfahrrad spottbillig. Große Frankfurterstraße 14, Hof Keller.

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Zahngebisse, Quecksilber, Metalle höchstzahlend, Goldschmelze Kieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 2095K

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold-, Silber, Zahngebisse, Stanniol, kauft Blümel, Augustastraße 19. †97*

Platinabfälle, altes Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, Staubgold, Goldwatten, photographische Rückstände sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Abfälle kauft Edelmetallschmelze Groß, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958.

Zahngebisse, Zahn bis 0,95, Platinabfälle, alte Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Zinn, Quecksilber, Gummiabfälle, Goldwatten, Blattgold, edelmetallhaltige Rückstände, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. 813K*

Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 210/2*

Zahngebisse, Platina, Goldsachen, Stanniol, Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 1/18

Goldeinkauf. Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend Edelschmelzerei, Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke). 1/1

Unterricht.

Klavier-, Violine-, Gesang- (Stimmbildung), Violoncello-, Blasinstrument-, Mandolinen-, Gitarre-, Zitherunterricht. Monatshonorar 4,00 an. Tageskurse, Abendkurse. Gormannstraße 1 (Rosenthalerstraße). 249/3*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44K*

Verschiedenes.

Wirkliche Hausmacherwurst. Hackepeter, Gr. Frankfurterstraße 106.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439K*

Großwäscherei Brelchke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche. 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag.

Handwäscherei Karl Görés-Oberschöneweide, Rathenaustraße 9, wäscht sauber, schonend, chlorfrei, trocknet Freien, kein Vertausch. Köpenicker Preise. Abholung, Lieferung täglich. Bitte Postkarte. 800K

Wäscherei. Wäsche wird sauber, schonend, chlorfrei gewaschen, trocknet Freien, kein Vertausch, billigste Preise. Abholung, Lieferung täglich. Bitte Postkarte. Karl Menz, Köpenick, Marienstraße 16. 799K

Lewandowsky-Gesellschaft Dulkowstraße 105. †100*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Allen meinen Gästen, Freunden und Bekannten ein frohes Neues Jahr! Franz Zohl und Frau, Stralau, Tunnelstraße 17, Kantine Ruderverein „Vorwärts". †1

Die Verdächtigungen, welche ich über Frau Besel dritten Personen gegenüber geäußert habe, erkläre hiermit für unwahr. Jahn, Liebigstraße 47. 2/7

Vermietungen.

Großbeerenstraße 44 (am Viktoriapark) Geschäftskeller nebst Wohnung sofort oder später zu vermieten. *

Wohnungen.

Prachtvolle große Vorderwohnungen und Gartenwohnungen, 1 und 2 Zimmer, Bad, Balkon, sehr billig. Treppenläufer. Neubau Brüsselerstraße 35 (Müllerstraße—Virchow-Krankenhaus). 2292b*

Billige Wohnungen, Zwei und drei Stuben, Bad: Rixdorf, Fuldastraße 14—15, Elbestraße 15—16. Rixdorfer Spar- und Bauverein, e. G. m. b. H. 2203b*

Schöne Wohnungen, Stube und Küche mit Gas, von 19 bis 23 Mark zum 1. April zu vermieten. Buttmannstraße 15, beim Wirt. 7968*

Billige Balkonwohnungen Bühlichstraße 36, Hochbahn. †68*

Umständehalber 2 Stuben und Küche 15 Mark, hernach 24 Mark, sofort. Nitschke, Lüderitzstraße 5. 2335b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen Herrn. Frau Rosenthal, Forsterstraße 54, Hof III. 2270b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, einen auch zwei Herren, Brückenstraße 10b, Hof rechts III rechts. 2194b

Gewerkschaftskartell Duisburg a. Rh.

Die Stelle des **Arbeitersekretärs** ist zum **1. April 1912** neu zu besetzen. Bewerbungen, mit entsprechender Aufschrift, bis **20. Januar cr.** unter Angabe der Gehaltsansprüche an die Adresse **A. Schmidt, Duisburg,** Marienstr. 29, erbeten. 285/2*

Verkäufer für unsere geschützte Bromsilberkarte — **Singer—Liebknecht—Bebel** gesucht.
100 Stück **4.⁸⁵**, 500 Stück **23.—**.
Kunstverlag „Veritas", Berlin C. 2, Stralauer Brücke 3.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Habnisch, Augustr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstraße 83. **R. Wengels,** Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Neul,** Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. **F. Trapp,** Stettiner Str. 10. Karl Mars, Greifenhagener Str. 27. J. Hönisch, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tietz, Invalidenstr. 124. L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. **Lawerenz,** Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. **Dachn,** Hagelberger Str. 27.
S. Ct. Fritz, Prinzenstr. 31. **F. Gutschmidt,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horsch,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Bielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Kutter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gehrt, Britzer Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Ritzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 2. **Conrad,** Hermannstr. 50. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albenstr. 5.
Tempelhof. Franz, Berliner Str. 76, Laden.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillert, König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 26, Hof parterre.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Reichstagswahlpostkarte! Alleinvertreter für Berlin II und Teltow-Beeskow-Charlottenburg: W. Künzel, Rixdorf, Erlangerstraße 8. Händler, Bezirks- und Unterverkäufer für jeden Ort sofort melden. 2329b

Jüngeren, tüchtigen Schuhmacher verlangt R. Haberlandt, Köpenickerstraße 124. 2331b

Schleifer auf Holzleisten, jüngerer, dauernd verlangt. Andrée, Stallschreiberstraße 23a. 2330b

Künstliche Blumen. Arbeiterinnen, nur geübte, sucht Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 2276b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 60 Pf. die Zeile.

Der Geschäftsführerposten

am Gewerkschaftshaus in Flensburg ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank.
285/1 **Die Verwaltung.**

Feinmechaniker

Tüchtige Feinmechaniker erhalten gute Anstellung bei Telephonfabrik **in** Skandinavien. 2/5*

Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, des Alters, der Gehaltsansprüche und der Antrittszeit unter **H. A. 2317** bef. **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Einige Parteigenossen zum **Vertrieb von Reichstagswahlandenken** gesucht. Persönl. Meldungen Donnerstag, den 4. Januar nachm., Börsen-Hotel, Burgstr. 26. 2336b
Louis Donner aus Barmen.

Achtung! Mützenmacher.

Wegen **Lohndifferenzen** sind die **Mützenfabriken**
G. A. Hoffmann, Gneisenaustraße 33,
Adolf Winter, Marsiliusstr. 10,
Lachmann & Pinkus, Wallstraße 11/12,
Gustav Kahlbow, Marsiliusstraße 21,
Emil Schebeler, Prenzlauer Allee 38, **gesperrt.** 101/1*
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Deutscher Kürschnerverband.
Filiale Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.